

Sirikit Krone (Hrsg.)

Schule im kooperativen Staat

Berufliche Orientierung Jugendlicher als
Gemeinschaftsaufgabe im lokalen Netzwerk

ISSN 1430-8738

Gelsenkirchen 2006

Herausgeber:
Institut Arbeit und Technik
Munscheidstr. 14
45886 Gelsenkirchen
Telefon: +49-209-1707-0
Telefax: +49-209-1707-110
E-Mail: krone@iatge.de
WWW: <http://www.iatge.de>

Zusammenfassung

Seit Beginn der 90er Jahre ist zunehmend deutlicher geworden, dass die bestehenden Bildungs- und Fördersysteme in Deutschland nicht mehr in ausreichendem Maße geeignet sind, um Jugendliche und junge Erwachsene auf ihrem Weg in das Erwerbssystem adäquat vorzubereiten. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen von 16 bis unter 25 Jahren stieg in Deutschland von 4,4 Prozent im Jahre 1990 auf über 10% seit 1997. Empirische Studien zeigen, dass ein zentrales Problem der Jugendlichen darin besteht, bereits frühzeitig eine berufliche Orientierung zu entwickeln, um die Übergänge in das Ausbildungssystem und später in den Arbeitsmarkt erfolgreich zu bewältigen.

Da für viele Jugendliche Arbeitslosigkeit das negative Ergebnis einer fehlgeschlagenen individuellen Erziehungs-Bildungs-Berufs-Biographie darstellt, muss es zukünftig verstärkt darum gehen, Jugendliche frühzeitiger, umfassender und gezielter als bisher auf die Anforderungen des Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarktes vorzubereiten. Diese Anforderung kommt insbesondere auf die allgemein bildende Schule zu, als für die Jugendlichen vermittelnde Institution im Zentrum zwischen Elternhaus, Wirtschaft und den Fördersystemen.

Welchen Beitrag kann und sollte Schule als staatliche Instanz im kooperativen Staat zur beruflichen Orientierung Jugendlicher und damit zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit der nächsten Generation leisten? Mit dieser Frage beschäftigten sich WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen auf einer Tagung im April 2004 im Institut Arbeit und Technik.

Abstract

Since the beginning of the 1990th it became significant that existing systems of education and support in Germany aren't suitable enough to prepare young people on their way into the system of employment. The rate of youth unemployment for young people between 16 and 25 years went up from 4,4% in 1990 to over 10% since 1997. Empirical studies have shown that one of the central problems for young people is to develop an early occupational information to cope successful with the transition into the system of education and later into the employment market. For many young people unemployment is the negative result of an unfortunately education-occupation-biography. Therefore in the future the preparation of young people for the request of training and employment market must be earlier, more extensive and purposeful than today. This is specially a request for the schools, they are the negotiating institution for young people in the centre between parental home, economy and the system of support. Which contribution can and must school as a state institution in a cooperative state achieve for the occupational information of young people and so to avoid youth unemployment and lack of prospects for the next generation? This question was the main topic for scientists and practical woman and man on a conference at the institute work and technology in April 2004.

Inhaltsverzeichnis

1	<i>Volker Grünewald</i>	
	Schule im kooperativen Staat - Berufliche Orientierung Jugendlicher als Gemeinschaftsaufgabe im lokalen Netzwerk.....	7
2	<i>Sirikit Krone</i>	
	Berufliche Orientierung in der Schule	10
3	<i>Adalbert Evers</i>	
	Schule als soziales Unternehmen und partnerschaftliches Lernzentrum	19
4	<i>Birgit Schäfer</i>	
	"Das Programm ‚Schule - Wirtschaft / Arbeitsleben‘: Ergebnisse der 3-jährigen wissenschaftlichen Begleitfor- schung.....	27
5	<i>Barbara Koch</i>	
	Konzepte für Kooperationen zwischen Unternehmen, Hochschulen und Schulen - Umsetzungserfolge und -probleme	37
6	<i>Andreas Oehme</i>	
	„Dialog Schule – Wirtschaft NRW“	46
7	<i>Franz Stein</i>	
	Konzeption und Umsetzung von Lernortkooperationen zwi- schen Schulen und Unternehmen.....	54
8	<i>Annegret Lehnert, Gabriele Buchholz</i>	
	Förderung der beruflichen Orientierung durch die Bundes- agentur für Arbeit	65
9	<i>Michael Vornweg</i>	
	Ausbildungsberatung durch die IHK	80
10	<i>Melanie Gläser, Tim Rietzke</i>	
	Das BUS-Programm: Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung	84
11	<i>Monika Schulte</i>	
	Sekundarstufen I und II an der Gesamtschule Berger Feld der Stadt Gelsenkirchen	89

12 *Monika Käseberg***Berufswegplanung im Kreis Groß-Gerau 92****13 Diskussionsergebnisse..... 99**

Einleitung

Schule wird in den vergangenen Jahren nicht mehr als eine in sich abgeschlossene Institution betrachtet, deren alleinige Aufgabe es ist, ihre SchülerInnen zu einem bestimmten Schulabschluss zu führen. Vielmehr werden verstärkt die gesellschaftlichen Funktionen von Schule und ihre Öffnung zu ihrem Umfeld thematisiert: Öffentliche Institutionen wie Schulen sind nur in Kooperation untereinander und mit privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren in einem kooperativen Staat zur Problemlösung fähig. Der wachsende Problemdruck im Beschäftigungssystem stellt für die Schulen zudem eine doppelte Herausforderung dar: Auf der einen Seite stehen ein drohender Fachkräftemangel und steigende Qualifikationsanforderungen, auf der anderen Seite sind wachsende soziale Disparitäten zu verzeichnen mit der Folge, dass eine größer werdende Gruppe von Jugendlichen nicht in der Lage ist, den Übergang von der Schule in die Berufswelt erfolgreich zu bewältigen. In diesem Kontext ist in den letzten Jahren eine Vielzahl von Projekten entstanden, die darauf abzielen, die berufsorientierende Rolle der Schulen zu stärken.

Vor diesem Hintergrund wollten wir der Frage nachgehen, wie Schule als Institution im kooperativen Staat mit anderen Akteuren in lokalen Netzwerken einen Beitrag zur Lösung von Ausbildungs- und Beschäftigungsproblemen leisten kann. Hierzu haben wir Praktikerinnen und Praktiker aus Schule, Politik, Verwaltung, Gewerkschaften und Verbänden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im April 2004 zur Tagung ‚Schule im kooperativen Staat – Berufliche Orientierung im kooperativen Staat‘ in das Institut Arbeit und Technik (IAT) eingeladen. Veranstalter war neben dem Forschungsschwerpunkt ‚Bildung und Erziehung im Strukturwandel‘ des IAT die Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf.

Der hier vorgelegte Tagungsband umfasst die Hauptreferate des Vormittags sowie die Referate, die in den drei Arbeitsgruppen am Nachmittag gehalten wurden. Abschließend werden thesenartig die zentralen Ergebnisse der Diskussionen in den Arbeitsgruppen zusammengefasst. Die ReferentInnen kommen aus der Wissenschaft, aus Verbänden, Schulen, der Arbeitsverwaltung sowie aus konkreten, besonders erfolgreichen Praxisprojekten. Ihnen allen sei an dieser Stelle noch einmal herzlich für Ihren Beitrag zum Gelingen der Tagung gedankt.

1 Schule im kooperativen Staat – Berufliche Orientierung Jugendlicher als Gemeinschaftsaufgabe im lokalen Netzwerk

Volker Grünewald

Der Titel unserer Tagung verweist zum einen auf ein Problem, das uns in wachsendem Maße „unter den Nägeln brennt“ – es geht um die berufliche Orientierung von Jugendlichen. Zum anderen sprechen wir von Schule im kooperativen Staat und von einer Gemeinschaftsaufgabe im lokalen Netzwerk. Damit ist die Richtung angesprochen, in der wir die Problemlösung suchen. Schule wurde lange als eine in sich abgeschlossene Institution angesehen, deren Aufgabe es war, ihre Schüler zu einem bestimmten Schulabschluss zu führen. Das reicht unter heutigen Bedingungen nicht mehr aus; Schule muss sich zu ihrem Umfeld öffnen und mit anderen Akteuren kooperieren.

Damit ist der Gegenstand unserer heutigen Tagung in einen erweiterten Zusammenhang einzuordnen. Das Thema „Kooperativer Staat in der Dienstleistungsgesellschaft“ stellt einen Schwerpunkt in der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung dar. Durch die Globalisierung der Finanz-, Waren- und Arbeitsmärkte und durch die Europäisierung und Internationalisierung von Ökonomie und Politik stellen wir einen Autonomieverlust des Nationalstaates fest. Für nationale Politik vermindert sich damit die Möglichkeit, aktive Lösungen zu finden für Probleme wie Massenarbeitslosigkeit, Bildungsrückstand oder neue Armut. Die Probleme wie auch die Lösungsansprüche kumulieren insbesondere auf der kommunalen Ebene. Deren Finanzbasis ist jedoch der Zunahme der Handlungserfordernisse nicht gewachsen. Angesichts der Vielfältigkeit und Komplexität der gesellschaftlichen Problemlagen bieten hierarchische Anordnungsmacht und standardisierte Leistungsangebote immer weniger adäquate Lösungen an.

Um in einer solchen Situation die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit wiederzugewinnen, steht gegenwärtig eine Neubestimmung der Aufgabenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft sowie zwischen Staat und Markt auf der Agenda. Durch Kooperation und Lernbereitschaft aller Beteiligten kann ein Mehrwert erreicht werden; für komplexe Probleme können Lösungen gefunden werden, wenn Wissen und Kompetenzen von unterschiedlichen Akteuren gebündelt werden, wenn Austausch und Kooperation stattfinden. Daher der Begriff vom Staat als „kooperativer Staat“.

Was für das Staatsverständnis gilt, gilt auch für die Rolle der einzelnen Institutionen des öffentlichen Sektors – eben auch für die Rolle der Schule. Soll der kooperative Staat nicht ein abstrakter Begriff bleiben und damit wenig zu konkreten Lösungsansätzen beitragen, muss der Grundgedanke für die einzelnen Institutionen umgesetzt werden. Dieser Frage wollen wir uns heute im Hinblick auf die Rolle der Schule und das Problem „Berufsorientierung Jugendlicher“ widmen.

In der Tat haben wir es hier mit einem komplexen Problem zu tun. Der Problemdruck im Beschäftigungssystem wächst, so dass sich Schule einer doppelten Herausforderung ausgesetzt sieht: Auf der einen Seite stehen ein drohender Fachkräftemangel und steigende Qualifikationsanforderungen, auf der anderen Seite sind wachsende soziale Dis-

paritäten zu verzeichnen, die dazu führen, dass eine größer werdende Gruppe von Jugendlichen nicht in der Lage ist, den Übergang von der Schule in die Berufswelt erfolgreich zu bewältigen. Die Arbeitslosenquote für Jugendliche beträgt in Nordrhein-Westfalen bereits über einen Zeitraum von mehreren Monaten eine Quote von ca. 10%. Das bedeutet, dass jeder zehnte junge Mensch hierzulande bereits an der ersten Schwelle zum Arbeitsmarkt scheitert. Die Vielen, die zunächst in Maßnahmen untergebracht werden, obwohl sie lieber eine Ausbildung beginnen würden, noch nicht mitgezählt. Die Unübersichtlichkeit der Ausbildungsberufe sowie der Mangel an Vorbildern führt bei vielen Jugendlichen zu einer Orientierungslosigkeit über ihre berufliche Zukunft und damit bereits in der Schule zu Resignation und Verweigerung.

Hier sind auf die Schulen eine Reihe neuer Aufgaben zugekommen, infolge dessen in den letzten Jahren eine Vielzahl von Projekten entstanden ist, die darauf abzielen, die berufsorientierende Rolle der Schule zu stärken. Analog zur theoretischen Diskussion um den kooperativen Staat wird dabei in der Praxis offensichtlich, dass Schule diese Funktion nur dann erfüllen kann, wenn sie mit anderen regionalen Akteuren kooperiert – zu nennen sind beispielsweise Unternehmen, Verbände, Arbeitsämter, Jugendberufshilfe, Berufsschulen.

Vor diesem Hintergrund wollen wir heute der Frage nachgehen, wie Schule als Institution im kooperativen Staat durch Vernetzung mit anderen Akteuren einen Beitrag zur Lösung von Beschäftigungsproblemen leisten kann. Wir haben kompetente Vertreterinnen und Vertreter dieser Akteursgruppen eingeladen, die aus ihrer Sicht und vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen über Lösungsansätze für die beschriebene Problematik berichten und diese in den Arbeitsgruppen am Nachmittag zur Diskussion stellen werden. Es werden Projekte und Modelle gelungener Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen vorgestellt, die Zusammenarbeit in lokalen Netzwerken zwischen Schulen und Unternehmensverbänden sowie der Arbeitsverwaltung dargestellt sowie positive Beispiele der Kooperation zwischen Schulen und der Jugendberufshilfe zur Benachteiligtenförderung vorgestellt. Vorrangig geht es in der gesamten Diskussion um eine regionale Vernetzung der Aktivitäten und einen Austausch der regionalen Akteure untereinander, zu dem wir auch Sie herzlich einladen möchten, sich daran zu beteiligen.

Abschließend wird die Frage der Bildung erfolgreicher Netzwerke in der Region zur Weiterentwicklung von beruflicher Orientierung in der Schule in einer Podiumsdiskussion heute Nachmittag erörtert. Auf diesem Podium sind kompetente Akteure vertreten, auf deren Antworten zu der Frage nach einer Verstetigung und Optimierung einer Netzwerkarbeit in der Berufsorientierung wir sicherlich gespannt sein dürfen.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine erfolgreiche Tagung.

2 Berufliche Orientierung in der Schule

Dr. Sirikit Krone

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

auch ich wünsche Ihnen allen einen ‚Guten Morgen‘ und heiße Sie herzlich willkommen im Institut Arbeit und Technik. Das IAT ist eines der drei Forschungsinstitute im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, das Institut ist eine Einrichtung des Landes. Wir forschen im Verbund zu den Prozessen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels und haben den Auftrag, unsere Forschungsergebnisse dazu zu nutzen, diesen zu fördern.

Ich freue mich, dass Sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind zu unserer gemeinsamen Fachtagung 'Schule im kooperativen Staat - Berufliche Orientierung Jugendlicher als Gemeinschaftsaufgabe im lokalen Netzwerk'.

Die zur Zeit heftig geführte Debatte um die Ausbildungsabgabe, die wir alle in den letzten Tagen in den Medien verfolgen konnten, zeigt, dass die Problematik der beruflichen Bildung der Jugend in unserem Land im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert ist und vorrangig und dringend einer Lösung bedarf. Darüber sind sich ebenfalls alle politischen Handlungsträger einig, wenn auch Uneinigkeit darin besteht, welcher Lösungsweg einzuschlagen ist und welcher letztlich zum Erfolg führen wird.

Das laufende Ausbildungsjahr ist das schwierigste seit der Wiedervereinigung: Die BIBB-Erhebung vom September 2003 weist eine Zahl von 574.926 Ausbildungsplätzen, die zur Verfügung standen, aus; demgegenüber standen 595.101 junge Menschen, die eine Lehrstelle suchten.¹ Damit war nicht einmal der rein rechnerische Ausgleich gewährleistet: Laut Bundesverfassungsgericht sollte das Angebot an Ausbildungsstellen die Nachfrage sogar um 12,5% übersteigen, um eine Auswahl für die Jugendlichen zu ermöglichen.²

Hinzu kommen fast 50.000 Jugendliche, die zunächst eine Alternative akzeptieren, wie z.B. eine Arbeitsaufnahme oder den Einstieg in eine berufsvorbereitende Maßnahme, obwohl eine Ausbildung für sie weiterhin oberste Priorität hat. Diese Jugendlichen werden in der Statistik der Nachfrager nach einer Lehrstelle nicht mehr gezählt. Sie müssen jedoch mitgedacht werden, wenn wir die Lücke am Ausbildungsstellenmarkt beziffern wollen, zusammen mit den unversorgten Lehrstellensuchenden beläuft sich das Defizit an Ausbildungsstellen insgesamt auf eine Zahl von 70.000.

Das neue Ausbildungsjahr 2004/2005 wird - nach dem derzeitigen Stand - kaum besser werden: Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe meldet hierzu die Zahl von 342.678 gemeldeten Ausbildungsstellen, die im Verlauf der ersten fünf Monate des Berufsberatungsjahres 2003/2004 zur Vermittlung standen. Dies waren knapp 7% weniger als im Vorjahr und gut 20% weniger als im Vergleich zum Berufsbe-

¹ Vgl.: <http://www.bibb.de/de/8637.htm>.

² Hierbei handelt es sich allerdings um eine Entscheidung aus dem Jahre 1980.

ratungsjahr 2000/2001. Damit sind die Probleme für das kommende Ausbildungsjahr bereits vorprogrammiert und die Zahl der unversorgten Jugendlichen wird voraussichtlich wieder in der gleichen Größenordnung liegen wie in diesem.

Der Zugang zu Ausbildung wird für junge Menschen immer schwieriger, gleichzeitig steigen in unserer Gesellschaft die Anforderungen an die individuelle Qualifikation. Bildung und berufliche Ausbildung werden damit in zunehmendem Maße das „Eintrittsbillet für den Arbeitsmarkt“ und darüber hinaus auch Voraussetzung für die Teilhabe in anderen gesellschaftlichen Bereichen – von der Wirtschaft über Politik und Demokratie bis zur Kultur. Dies zeigt sich am abnehmenden Anteil der Ungelernten an den Beschäftigten, an der (besonders bei Frauen festzustellenden) Abhängigkeit der Erwerbsbeteiligung vom Bildungsstand und an den unterschiedlichen Verdienst- und Aufstiegschancen (Bosch 1998, 321 ff.). Der Anteil der gering Qualifizierten an der Gesamtbeschäftigung wird für das Jahr 2010 auf nur noch 11,4 % geschätzt (1995: 16,7 %). Die Arbeitslosenquote der Hochschulabsolventen hat sich in den letzten Jahren nicht erhöht, während die der Ungelernten dramatisch gestiegen ist (Dostal 2000, 3 f.) und mit Abstand die höchste ist: Der Anteil der gering Qualifizierten an allen Arbeitslosen liegt bei 35 %³. Die Abwärtsspirale 'fehlender Schulabschluss - keine berufliche Ausbildung - Arbeitslosigkeit' findet in diesen Zahlen ihren Ausdruck.

Im Bildungssektor sind zudem wachsende soziale Disparitäten zu verzeichnen. Die Ergebnisse der PISA-Studie über die extrem starken Leistungsunterschiede und die Abhängigkeit der Leistungen von der sozialen Herkunft sind dabei nur ein Symptom für gesellschaftliche Entwicklungstendenzen, die zu einer wachsenden Abkopplung benachteiligter Gruppen führen. Im Ruhrgebiet zeigt sich diese Differenzierung in einem Nord-Süd-Gefälle des Bildungsstandards: Eine Studie, an der unser Institut beteiligt war⁴, belegt, dass SchülerInnen im nördlichen Ruhrgebiet ihre allgemein bildende Schulkarriere häufiger mit gar keinem Abschluss bzw. mit dem Hauptschulabschluss beenden und seltener mit dem Abitur als der Landesdurchschnitt. Viele Stadtteile in den Kommunen dieser Region sind durch eine hohe Arbeitslosigkeit, unterschiedliche kulturelle Milieus, soziales Konfliktpotenzial oder bildungsferne Elternhäuser gekennzeichnet und bieten damit extrem ungünstige Lernbedingungen für Jugendliche.

Wachsende soziale Disparitäten zeigen sich bundesweit bei den Perspektiven für Jugendliche besonders deutlich: Eine größer werdende Gruppe ist nicht in der Lage, den Übergang von der Schule in die Berufswelt erfolgreich zu bewältigen. Insofern stellt sich die Frage, wie die Integration von Jugendlichen in die Wissensgesellschaft gefördert werden kann. Vorrang haben in diesem Kontext zunächst der gesicherte Zugang zu Wissen sowie die Vermittlung der Fähigkeit, erworbenes Wissen sinnvoll und effektiv anzuwenden. Da Schule die zentrale gesellschaftliche Institution ist, die Jugendliche in der Phase vor dem Berufseinstieg begleitet, gehen wir davon aus, dass Schule hier eine Schlüsselrolle einnehmen kann und muss.

³ Vgl.: IAB-Kurzbericht Nr.19/2003.

⁴ Vgl.: Büttner u.a.: Bildungsbeteiligung in Ruhrgebiet – Auf der Suche nach einer neuen Kompensatorik', Essen 2003

Im Forschungsschwerpunkt „BEST“ (Bildung und Erziehung im Strukturwandel) am Institut Arbeit und Technik greifen wir diese Problemstellungen auf. Bildung und Erziehung, so unsere Ausgangsthese, befinden sich in einem „doppelten Strukturwandel“. Zum einen hat der Strukturwandel eine externe Dimension: Das Bildungs- und Erziehungssystem muss sich den Anforderungen stellen, die sich aus dem Wandel hin zur Wissensgesellschaft, aber auch aus der Verschärfung sozialer Problemlagen ergeben. Der externe Strukturwandel erfordert einen internen Strukturwandel: Das System als Ganzes, seine einzelnen Institutionen und seine Regulationsstrukturen müssen – auch angesichts knapper Ressourcen – dazu befähigt werden, die an sie gestellten Anforderungen besser zu erfüllen.

Seit Beginn der 90er Jahre ist zunehmend deutlicher geworden, dass die bestehenden Bildungs- und Fördersysteme in Deutschland nicht mehr in ausreichendem Maße geeignet sind, Jugendliche und junge Erwachsene auf ihrem Weg in das Erwerbssystem adäquat vorzubereiten. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen von 16 bis unter 25 Jahren stieg in Deutschland von 4,4 % im Jahre 1990 auf 9 % im Jahre 2000 an (OECD-Daten). Die Schwierigkeiten junger Menschen am Arbeitsmarkt finden jedoch nicht nur in steigenden Arbeitslosenzahlen Ausdruck – die natürlich auch die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt reflektieren –, sondern auch in einer leicht zunehmenden Anzahl von Ausbildungsabbrüchen von derzeit 25 % (vgl. Hecker 2000, 55 ff; BMBF 2003, 94) sowie darin, dass immer mehr Jugendliche auf Grund von mangelnden Arbeitsmarktperspektiven in das weiterführende Bildungssystem ausweichen, ohne damit eine konkrete berufliche Perspektive zu verbinden. Schließlich existiert eine kaum zu quantifizierende Anzahl von statistisch nicht erfassten Jugendlichen, die sich aus Perspektivlosigkeit völlig aus dem Bildungs- und Beschäftigungssystem zurückgezogen haben. Hierzu zählen insbesondere auch Schulverweigerer, deren Anzahl nach Aussage von Expertinnen und Experten kontinuierlich zunimmt (vgl. Schreiber-Kittl 2001, 13).

Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit liegt zurzeit etwa bei 10 %. Hinter dieser nüchternen Zahl stehen allein in NRW 105.552 junge Menschen, deren Zukunft ungewiss ist, die bereits zu Beginn ihres beruflichen Lebens mit Misserfolgen und Frustrationen zu kämpfen haben, häufig darüber resignieren und sich latent oder manifest verweigern. Gerade angesichts der steigenden Qualifikationsanforderungen in unserer Gesellschaft ist die Gefahr groß, dass diese Jugendlichen dauerhaft ausgegrenzt bleiben.

Wodurch wird die perspektivische Orientierung auf den Arbeitsmarkt bei den jungen Menschen erschwert? Hierzu sind verschiedene Entwicklungen anzuführen: Der Strukturwandel in vielen Wirtschaftsbereichen führt zum Rückgang manueller Tätigkeiten; die Berufe der Eltern werden abstrakter und bieten daher weniger Identifikationsmöglichkeiten für ihre Kinder. Auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Müttern sowie die steigende Zahl von Ein-Eltern- bzw. Patchwork-Familien hat die Politik bislang nicht angemessen reagiert und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (etwa Ganztagschulen) vernachlässigt. So entsteht zunehmend ein Erziehungsvakuum, in dem die Jugendlichen mehr und mehr auf sich allein gestellt sind und Orientierungen verstärkt in ihren peer-groups suchen. Besonders problematisch ist die Situation für Jugendliche, die in von Arbeitslosigkeit geprägten Familien aufwachsen, ihre Sozialisation ist häufig e-

her auf den erfolgreichen Umgang mit den sozialen Sicherungssystemen als auf die Bewältigung beruflicher Anforderungen ausgerichtet. Schließlich gibt es Diskrepanzen zwischen den Erziehungsstilen in Elternhaus und Schule einerseits und betrieblichen Umgangsformen andererseits. Im Betrieb sind die Jugendlichen der Konfrontation mit starren Hierarchien sowie mit hohen kognitiven und sozialen Anforderungen häufig nicht gewachsen.

Empirische Studien - und das können wir aus unseren Forschungsergebnissen bestätigen - haben gezeigt, dass ein zentrales Problem der Jugendlichen darin besteht, bereits frühzeitig eine berufliche Orientierung zu entwickeln, um die Übergänge in das Ausbildungssystem und später in den Arbeitsmarkt erfolgreich zu bewältigen (vgl. z.B. Krone/Muth 2001). Dies gilt insbesondere für Hauptschüler, da sie bereits in der neunten Jahrgangsstufe berufsrelevante Entscheidungen treffen müssen, die für ihr späteres Leben weit reichende Konsequenzen haben (vgl. Fend 2001, 373). So haben viele Jugendliche selbst in den Abschlussklassen der allgemein bildenden Schulen nur wenig oder gar falsche Vorstellungen davon, welchen beruflichen Weg sie einschlagen wollen und welche Voraussetzungen sie für ihren vermeintlichen „Traumberuf“ erfüllen müssen. Eine solide und konkrete Berufsorientierung stellt aber für viele Jugendliche eine grundlegende Motivationsbasis zum erfolgreichen Durchlaufen des allgemein bildenden Schulsystems dar.

Der wachsende Problemdruck im Beschäftigungssystem stellt für die Schulen zudem eine doppelte Herausforderung dar. Neben der beschriebenen Problematik für die Ausbildungschancen der Jugendlichen stehen auf der Seite der Wirtschaft ein drohender Fachkräftemangel und steigende Qualifikationsanforderungen, denen die SchulabgängerInnen vermeintlich nicht mehr gewachsen sind. In einer Pressemitteilung von letzter Woche geht unsere Bildungsministerin, Frau Bulmahn, davon aus, dass in Deutschland ohne ausreichende Ausbildung bis zum Jahr 2015 ein hoher Fachkräftemangel von bis zu 2,9 Millionen unter den 30 bis 45-Jährigen zu erwarten sei.

Zunehmend wird von Unternehmen die fehlende Ausbildungsreife der Schulabgänger bemängelt und die fehlende Ausbildungsreife wird mehr und mehr zum Ausbildungshemmnis. Eine Befragung der IHK⁵ in 1.200 Ausbildungsbetrieben im Jahre 2002 lässt sich wie folgt auf den Punkt bringen: Die allgemein bildenden Schulen müssen die Jugendlichen besser auf die Berufsausbildung vorbereiten, so die Forderung der Unternehmensvertreter. Damit ist sowohl die Steigerung der Qualität von Bildung gemeint als auch die Förderung der SchülerInnen in Sachen Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit. Die Gewährleistung eines differenzierten Bildungsangebotes gehört ebenso dazu wie die Vermittlung ökonomischer Bildung. Der Mangel an Vorkenntnissen führt häufig dazu, dass qualifizierte Ausbildungsplätze schwierig oder sogar gar nicht zu besetzen sind.

Gelingt es den Jugendlichen nicht selbstständig, den Einstieg in das Erwerbsleben erfolgreich zu bewältigen, ist es die Aufgabe der Gesellschaft, hier unterstützend und beratend einzugreifen. Dies erfolgt auf vielfältige Weise durch Förderansätze und

⁵ vgl.: www.dihk.de/inhalt/download/Ausbildung2005

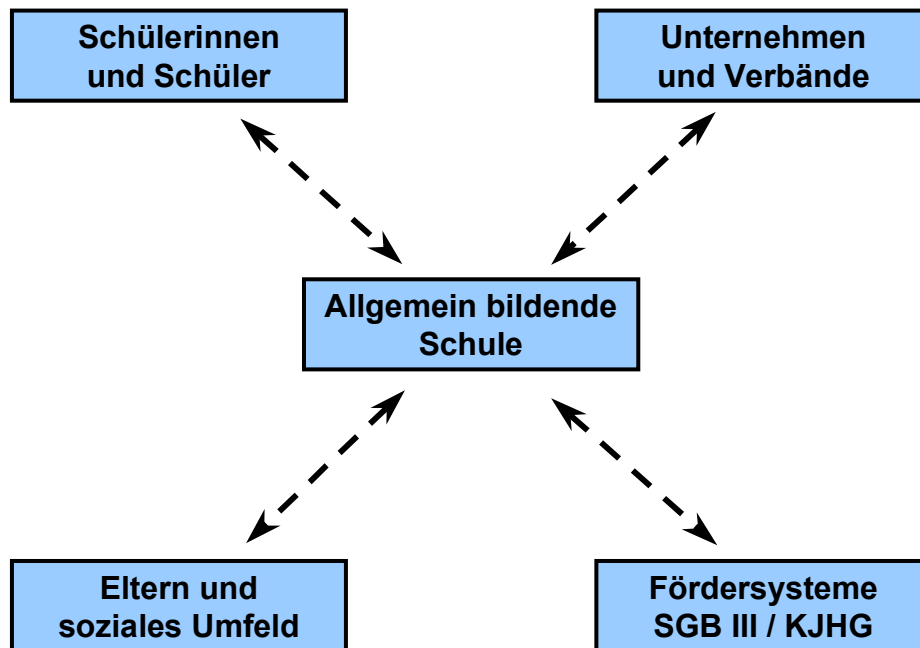
-programme auf unterschiedlichen Ebenen, deren Ziel es ist, die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen zu reduzieren. Zur Bekämpfung der Probleme von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt wurden neben den bereits seit langem bestehenden Angeboten der gesetzlich fixierten Regelförderung im Rahmen des Sozialgesetzbuch III (SGB III), des Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) sowie aktuell der ‚Hartz – Gesetze‘, auf den verschiedenen politischen Ebenen sowie von privaten Institutionen vielfältige und konzeptionell unterschiedlich ausgestaltete Sonderprogramme installiert.

Hierzu werden wir im Laufe des Tages sicherlich einiges Interessantes hören.

Aus den bisherigen Erfahrungen dieser Initiativen und Modelle wird dabei deutlich, dass die Mehrzahl der Jugendlichen, auch wenn sie als benachteiligt, gescheitert und problematisch gelten, zu motivieren ist, wenn ihnen eine realistische Perspektive aufgezeigt wird, wenn sie gefordert und ihnen Verantwortung und Disziplin abverlangt werden. Diese in Projekten unter dem Stichwort „Fördern und Fordern“ gemachten Erfahrungen können wir durch unsere eigene Forschung bestätigen. Es wird jedoch auch offensichtlich, dass zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stärker als bisher „ganzheitliche“ Förderansätze angewendet werden müssen. Da für viele Jugendliche Arbeitslosigkeit das negative Ergebnis einer fehlgeschlagenen individuellen Erziehungs-Bildungs-Berufs-Biographie darstellt, liegen die Ursachen für die Probleme am Arbeitsmarkt zeitlich häufig weit in ihrer Jugend- oder sogar Kindheitsphase zurück – an der ersten und zweiten Übergangsschwelle des Arbeitsmarktes manifestieren sich die Probleme letztlich nur noch. Förderansätze, die erst zu diesem Zeitpunkt einsetzen, können nur begrenzt erfolgreich sein. *Zukünftig muss es folglich verstärkt darum gehen, Jugendliche frühzeitiger, umfassender und gezielter als bisher auf die Anforderungen des Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarktes vorzubereiten.*

Neben der Familie, die dieser Aufgabe häufig nicht mehr gewachsen ist, kommt diese Anforderung insbesondere auf die allgemein bildende Schule zu. Sie ist die zentrale gesellschaftliche Institution, die Jugendliche auf dem Weg des Erwachsenwerdens begleitet und sie auf die Lebensphasen nach dem Schulbesuch vorbereitet, wozu insbesondere auch das Erwerbsleben zählt. Die Schule steht für die Jugendlichen als vermittelnde Institution im Zentrum zwischen Elternhaus und dem sozialen Umfeld, der Wirtschaft, also den Unternehmen und ihren Verbänden und den Fördersystemen.

Schule als vermittelnde Institution im Zentrum der verschiedenen Interessen



© IAT

Schule tritt hier als vermittelnde Instanz auf, sie öffnet sich dabei ihrem Umfeld und nimmt neue und umfassendere gesellschaftliche Funktionen wahr. Den steigenden Anforderungen kann zunehmend nur noch in Kooperationen entsprochen werden.

Grundsätzlich haben die Schulen vielfältige gesellschaftliche Aufgaben, die in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Dieses Spannungsverhältnis ist dadurch gekennzeichnet, dass die Schulen auf der einen Seite den gesellschaftlichen Auftrag der Vermittlung von Allgemeinwissen mit dem Ziel einer möglichst breiten und zukunftssicheren Qualifizierung wahrnehmen müssen, während auf der anderen Seite die Unternehmen von den Schulen erwarten, dass sie ihnen möglichst passgenau ausbildungsreife Jugendliche weitergeben, die bereits die spezifischen sozialen und kognitiven Voraussetzungen für den jeweiligen Ausbildungsberuf mitbringen. Die allgemein bildenden Schulen stehen damit letztlich in einem Spannungsverhältnis von Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, und es besteht die Gefahr, dass die widerstreitenden Anforderungen sich wechselseitig blockieren und eine Weiterentwicklung verhindern.

Um dieser möglichen Entwicklung entgegenzuwirken ist eine konsequente Vernetzung der berufsorientierenden Aktivitäten in Schulen mit unterschiedlichen Partnern aus der Region notwendig. Hierzu gibt es eine Vielzahl von Ansätzen, wie wir heute Nachmittag in den Arbeitsgruppen noch diskutieren werden. Ich möchte nur die relevanten Akteure benennen: Das sind zunächst - wie bereits angeführt - die Unternehmen. Perspektivisch wäre es wünschenswert, bei der Vorbereitung des beruflichen Einstiegs der Schülerinnen und Schüler die ortsansässigen Unternehmen als verlässliche Partner einzubinden, die diesen Prozess ihrerseits und im eigenen Interesse fördern. Die empirische

Analyse von verschiedenen Modellprojekten hat bestätigt, dass viele Schulen bereits heute hierzu in der Lage sind.

Kooperationen sind auch von Unternehmensseite her verstärkt gewünscht: Nach einer Umfrage des Bundesinstitutes für Berufsbildung von 2003 in ausbildenden Klein-, Mittel- und Großbetrieben würde die Hälfte der Ausbildungsbetriebe eine Intensivierung der Kontakte zwischen Betrieb und Schule begrüßen, weniger als die Hälfte der Befragten pflegen jedoch bisher regelmäßige Kontakte.

Kooperationen mit Betrieben, die bereits ausbilden oder für Ausbildung gewonnen werden können, umfassen Aktivitäten wie betriebliche Praktika für SchülerInnen, Betriebsbesichtigungen, Messetage in den Schulen, Beratung durch Ausbilder und Auszubildende in den Schulen, um nur einige zu nennen. Betriebliche Praktika als zentrale Maßnahme können sehr vielfältig organisiert sein: Von Tagespraktika zum kennen lernen bis zu Jahrespraktika, in denen die SchülerInnen einmal wöchentlich die Betriebe besuchen und so die Gelegenheit haben, nahezu alle betrieblichen Abläufe kennen zu lernen und auch die Anforderungen an eine Ausbildung einschätzen zu können. Zielgruppen von betrieblichen Praktika können und sollen, neben den SchülerInnen, auch die Lehrkräfte sein. Häufig fehlt ihnen die konkrete betriebliche Erfahrung und die Vielfalt der Berufsbilder, insbesondere von neuen Berufen, ist auch für LehrerInnen schwer zu überblicken. Zur Vorbereitung ihrer SchülerInnen auf den betrieblichen Alltag und die dort herrschenden Umgangsformen und Standards sowie die Vermittlung der Anforderungen an die zukünftigen Auszubildenden ist es hilfreich, diesen Alltag einmal hautnah miterlebt zu haben. Hier kommt die zweite Gruppe der Kooperationspartner ins Spiel: die Verbände. Dort wo die Organisation von Betriebspraktika das einzelne Unternehmen/ die einzelne Schule überfordert, können Verbände Wege ebnen, Kontakte herstellen und bei der Planung, Durchführung und Auswertung konkrete Hilfestellung leisten. Aber auch für die Ausbildungsberatung und -vorbereitung in der Schule können Verbände kompetente Ansprechpartner sein und dazu beitragen, den Unterricht anhand konkreter Betriebsbeispiele praxisnah zu gestalten und damit Lernerfolg und Lernmotivation zu steigern. Ausbildungsberatung gehört zu den originären Aufgaben der Arbeitsverwaltung als weiterem Kooperationspartner, die sich in den letzten Jahren verstärkt den Schulen direkt geöffnet hat und auf diese zugegangen ist. Neben der Beratung Einzelner und ganzer Schulklassen in unterschiedlichen Kontexten gehören umfangreiche Förderkonzepte sowie die dazu nötigen Fördermittel zur präventiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit. Diese kommen in den letzten Jahren verstärkt bereits während der schulischen Ausbildungsphase zur Anwendung und beugen damit der Ausbildungslosigkeit vor. Hier sind auch besondere Problemgruppen zu benennen, die aufgrund geringer oder gar fehlender Schulabschlüsse zunächst eine Qualifizierung für die berufliche Bildung benötigen, die sie in berufsvorbereitenden Maßnahmen vielfältigster Art erhalten.

In diesem Bereich der Benachteiligtenförderung ist ein weiterer Kooperationspartner aktiv: die Jugendberufshilfe. Hier ist ein Netz von Beratung und konkreten Handlungskonzepten der Schulsozialarbeit entstanden, um auch weniger qualifizierten oder aus anderen Gründen benachteiligten Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu schaffen.

Es zeigt sich hier ebenfalls, dass die Aktivitäten, die in Kooperation mit Schulen bereits während der schulischen Ausbildung stattfinden die besten Chancen auf Erfolge verbuchen können.

Meine Damen und Herren,

es existiert bereits zu den Feldern, die ich kurz skizziert habe, eine Vielzahl von erfolgreichen Ansätzen, die teilweise auch schon regional vernetzt sind und an denen ganz unterschiedliche Akteure beteiligt sind. Darüber hinaus gibt es aber noch eine Reihe offener Fragen und Probleme, insbesondere die Klärung über den Transfer und die Nachhaltigkeit erfolgreich erprobter Ansätze und Modelle. Nicht zuletzt besteht dringender politischer Handlungsbedarf, um die Zukunftsperspektiven für unsere Jugend zu verbessern und unsere Wirtschaft konkurrenzfähig zu halten.

Mit diesen Themenfeldern möchten wir uns auf unserer heutigen Tagung beschäftigen und ich freue mich, dass wir hierzu kompetente Referentinnen und Referenten gewinnen konnten, die uns sowohl aus der Praxis als auch aus der Wissenschaft Impulse für die Debatte geben werden. Aber auch auf Ihre Erfahrungen aus dem Plenum, auf Ihre Beiträge und Einschätzungen bin ich gespannt und wünsche uns allen in diesem Sinne eine erfolgreiche Tagung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

2.1 Literatur

- BMBF, 2003 [Bundesministerium für Bildung und Forschung] (Hg.): Berufsbildungsbericht 2003. Bonn.
- Bosch, Gerhard, 1998: Bildung, Innovation und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. In: Elsner, Wolfram / Engelhardt, Werner Wilhelm / Glastetter, Werner (Hg.): Ökonomie in gesellschaftlicher Verantwortung. Berlin: Duncker & Humblot. 317–334.
- Dostal, Werner, 2000: Langfristige Entwicklung der Qualifikationen und Berufe. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Qualifikationsstrukturbericht 2000. Bonn. http://www.bmbf.de/pub/qualifikations_strukturbericht_2000.pdf.
- Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens, 2002: Auf dem Weg zur Finanzierung lebenslangen Lernens. Zwischenbericht. Bielefeld: Bertelsmann.
- Fend, Helmut, 2001: Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Opladen, 2. Aufl.
- Hecker, Ursula, 2000: Ausbildungsabbruch als Problemlösung? Überlegungen zu vorzeitigem Ausstieg aus der Ausbildung. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Jugendliche in Ausbildung und Beruf. Bonn.
- Krone, Sirikit / Muth, Josef 2001: Wissenschaftliche Begleitung des Förderprogramms „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung. Gelsenkirchen: 2. Zwischenbericht des Instituts Arbeit und Technik.
- Schreiber-Kittl, Maria, 2001: Alles Versager? Schulverweigerung im Urteil von Experten. München: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 1/2001.

3 Schule als soziales Unternehmen und partnerschaftliches Lernzentrum

Prof. Dr. Adalbert Evers, Justus-Liebig-Universität Gießen

Gegenstand dieser Tagung sind Beiträge zur Kooperation von Schule und Wirtschaft zugunsten verbesserter Möglichkeiten von Jugendlichen, den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt zu meistern. Der mögliche Beitrag der Institution Schule lässt sich dabei nur im Zusammenhang ihrer Traditionen und ihres bisherigen Selbstverständnisses einerseits und der gegenwärtigen Reformtendenzen in der Schulpolitik und im Schulalltag vor Ort andererseits verstehen. Meine These lautet: Es besteht die Chance, dass Schulen von bisherigen staatlichen „Schulanstalten“ sich zu „sozialen Unternehmen“ entwickeln. Mit dem Begriff „Unternehmen“ soll ein kreatives selbstständiges Handeln von Schule, ihrer Leitung und den sie Mittragenden verstanden werden. Mit dem Begriff „sozial“ soll einerseits die Öffnung der Schule nach innen und außen – auch, aber nicht allein zu Unternehmen als potentiellen Arbeitgebern – angesprochen werden, andererseits aber auch die generell stärkere Verflechtung von Schule und Akteuren im lokalen Umfeld. In diesem Kontext, so die These, wäre die Kooperation von Schulen und Unternehmen Teil einer allgemeineren Wende zu einer selbstständiger agierenden und partnerschaftlich orientierten Schule. „Sozial“ meint schließlich aber auch, im Rahmen eines solchen Leitbildes Ansprüche an Gleichheit nicht hintanzustellen, sondern neu zu formulieren.

3.1 Ein anderes Leitbild von Schule - Dimensionen der Schulreform

In der durch die PISA-Studie und ähnliche internationale Vergleiche ausgelösten heftigen Debatte um das zukünftige Gesicht des deutschen Schulwesens werden zugleich pädagogische Konzepte, Organisationsformen und Formen der Steuerung des Schulsystems diskutiert.

- Bei der Neubestimmung von Inhalten, Verfahren und pädagogischen Konzepten geht es etwa um die Frage, wie Grundlagenwissen und anwendungsbezogenes Wissen in ein rechtes Verhältnis gesetzt werden sollen, ob man weiter im Stunden- und Minutentakt lernen soll und inwieweit mit anderen Vermittlungskonzepten lernen anschaulicher und motivierender gestaltet werden kann.
- Bei der Neubestimmung der Organisationsformen und Prozesse von Schule geht es um die Frage, inwieweit Ansprüche auf bessere Bildung nicht eine Abkehr vom gegliederten Schulsystem erfordern sowie mehr Gesamtschulen und Ganztagschulen.
- Bei der Neubestimmung der Steuerung, des Regierens und Verwaltens, oder, wie die Politikwissenschaftler sagen würden, den „governance“ – Formen im Schulbereich, geht es vor allem darum, inwieweit andere Inhalte, Verfahren und Lernprozesse nicht auch eine selbstständigere Schule notwendig machen, in der vor Ort in Sachen Personal, Finanzen, Profil und Lehrmethoden mehr entschieden werden kann.

3.2 Mehr Selbstständigkeit für Schulen – ein erster Schritt

Gerade in NRW hat man sich seit Jahren dem Ziel verschrieben, durch ein landesweites Programm und Modellschulen mehr Selbstständigkeit für die einzelne Schule zu erreichen, vor allem bei ihrem Management als „Betrieb“.

Konzepte zur Schulverwaltung und -politik und Vorstellungen von der Organisation Schule waren traditionell eindimensional: Lenkung und Kontrolle erfolgten hierarchisch, ausschließlich von staatlicher Seite und Schule als „Schulanstalt“ wurde mit ihren Aufgaben auf das begrenzt, was sie allein auf sich gestellt ohne besonderen Umweltbezug leisten konnte. Die zum Teil ja schon länger diskutierten pädagogischen Reformen können nun aber nicht einfach von oben angeordnet werden, sondern sie erfordern eigenständige Initiativen von unten. Innovationen lassen sich nicht im Gleichschritt bewältigen, sondern müssen der einzelnen Schule Gelegenheit geben, zu experimentieren und ihren eigenen Weg zu suchen. Dabei ist sie auf Partner in der Gemeinde und der Gesellschaft angewiesen. Neben der Arbeitsmarktverwaltung und Teilen der Gesundheitspolitik ist das Schulsystem gewissermaßen der letzte von drei großen sozialstaatlichen Dienstleistungsbereichen, die auf eine lange Tradition ausschließlich hierarchischer Steuerung - zentraler Pläne, Vorgaben, Budgetierungen usw. - zurückschauen können. Es erübrigt sich, hier im einzelnen darzulegen, mit welchen Kosten in Hinblick auf die Reduzierung lokaler Mitbestimmung und Initiative diese Form der Herstellung von Gleichheit und Gleichartigkeit von oben seit jeher verbunden gewesen ist – sie alle hier sind einmal zur Schule gegangen. Nicht nur in NRW lautet deshalb die Devise: „Selbstständige Schulen“ ermöglichen! Diese Selbstständigkeit soll gelten

- bei der Verwaltung finanzieller Budgets (Möglichkeit erwirtschaftete Überschüsse zu behalten, eigene Schwerpunkte zu setzen, zwischen Titeln Gelder auszutauschen etc.): Eigeninitiative ist auch gefordert, wenn neben der Regelförderung die Bedeutung zeitlich begrenzter Investitions-/Modell-Programme zunimmt, die zu bestimmten Entwicklungen anreizen sollen und so etwas wie einen eigenen Markt mit einem Wettbewerb um solche öffentlichen Programmmittel etablieren; zu berücksichtigen sind auch eigene Anstrengungen von Schulen, sich durch Vermietungen von Räumen u.ä. Zusatzmittel zu erschließen
- bei der Auswahl von Personal: es sollte mehr Möglichkeiten geben, dass Schulen nach den Erfordernissen des von ihnen festgelegten Aufgabenprofils ihr Lehrpersonal selbst auswählen; wenn der Beschäftigungsbereich Schule stärker ein Arbeitsmarkt wie andere auch würde, könnte das nicht nur beinhalten, andere Verträge mit aufzunehmen (Projektmitarbeiter auf Zeit), sondern auch Kräfte mit anderen Qualifikationen an der Schule zu beschäftigen – etwa einen Computerspezialisten oder jemanden, der als ehemaliger Student der Theaterwissenschaften ein Musicalprojekt mit Schülern erarbeitet
- bei der Anpassung und Ausgestaltung von Lehrplänen und Lehrmethoden: Natürlich kann es nicht im Belieben der einzelnen Schule liegen, zu bestimmen, was an Kompetenzen in Mathematik oder Physik nach dem Abschluss vorhanden sein sollte; aber warum sollte der Weg zu dem Ziel, eine möglicherweise landesweit einheitli-

che Prüfung zu bestehen, nicht von Schule zu Schule anders aussehen? Warum sollen nicht Lernmethoden voneinander abweichen, so dass etwa die eine Schule mehr mit Praxisprojekten arbeitet und die andere mehr mit speziellen Leistungskursen? Warum sollte also nicht öffentliche Politik mit Anreizen zur Profilbildung einen Qualitätswettbewerb unter Schulen unterstützen, wobei zur Qualitätskontrolle externe Prüfungen eingeführt werden könnten?

So verschieden die Politik der Bundesländer im Schulbereich auch sein mag – es gibt doch so etwas wie einen gemeinsamen tieferliegenden „Trend“ zu mehr Selbstständigkeit der einzelnen Schule. In der grundsätzlichen Richtung sind hier sozialdemokratische Forderungen wie die der NRW Landesregierung und – um nur ein Beispiel zu nennen – Forderungen der hessischen Unternehmerverbände kaum zu unterscheiden. In der Regel sind die heute dominierenden Änderungsvorstellungen inspiriert von Konzepten des „new public management“, bei denen privatwirtschaftliche Managementkonzepte auf die öffentliche Verwaltung übertragen werden, mitsamt einer Öffnung zu Organisations- und Lenkungsformen aus dem Bereich von Markt und Wettbewerb. Bereits das kann ein Grund sein, die Schule als soziales Unternehmen zu bezeichnen: Schulleiter, Kollegium und evtl. noch andere Beteiligte können und müssen in vielen Dingen eigene Entscheidungen treffen – Entscheidungen über ihre „Produkte“ und „Produktionsprozesse“, die durchaus finanzwirksam sein können. Entscheidungen zu bestimmten Schwerpunktsetzungen können sich auszahlen oder auch als Flop erweisen – das ist eines der Risiken, ohne die es keine Chancen gibt.

3.3 Öffnung der Schule nach innen und außen– ein erweitertes Konzept von Selbstständigkeit

Nun wäre ein solcher Rückbau hierarchisch bürokratischer Steuerungsmechanismen zugunsten von mehr Eigenständigkeit und Wettbewerb insofern nur eine halbherzige Modernisierung, wie dabei nach wie vor Schule als eine Art geschlossenes System betrachtet wird. Es ist aber fast eine Binsenweisheit, dass an Bildung und Ausbildung auch noch andere beteiligt sind – natürlich die Eltern, aber auch andere Sozialisationsinstanzen wie Vereine, die örtliche Politik im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe u.a.m. Und – um im Bild zu bleiben - der Schulerfolg hängt auch vom „Betriebsklima“ ab, also davon, wie Schulleitung, Lehrpersonal und Schüler miteinander umgehen. Auf beide Aspekte zielt das Konzept der „Öffnung der Schule nach innen und außen“

- nach innen: das bedeutet, kooperative Formen von Lernen und Alltagsgestaltung zu finden, so dass z.B. Schüler mitgestalten aber auch wirkliche Mitverantwortung für ihre Schule übernehmen können
- nach außen: das bedeutet, die bewusste Entwicklung von Partnerschaften zu all denen, die an der Schule ohnehin bereits beteiligt sind, wie etwa die Eltern und zu denen, die an ihr interessiert sind bzw. interessiert sein sollten – Vereine, lokale Jugendhilfe, aber auch Betriebe als Ausbilder und Arbeitgeber.

Die Öffnung der Schule und dem entsprechende Praktiken lassen sich als ein „give and take“ beschreiben; so können z.B. Vertreter von Unternehmen die Chance erhalten, direkt daran mitzuwirken, dass das oft beklagte Wissens- und Erfahrungsdefizit von Schü-

lern in Hinblick auf die Arbeitswelt, deren Realitäten und Ansprüche verringert wird, während umgekehrt Schule und Schüler durch Praktika ein erweitertes Lernfeld erhalten. Ein anderes Beispiel für das erwähnte „give and take“ bilden Beispiele aus dem Bereich des „service learning“. Gemeint ist damit ein Entwicklungen in den USA entlehntes Konzept, wo Schüler über Sozial- und Kulturprojekte sich in die örtliche Gemeinschaft einbringen – sei es nun als Fußballpartner im Kindergarten oder als Einkaufsbegleiter in der Altenhilfe – und wo diese Erfahrungen als praktisches Anschauungsmaterial auch für den Unterricht eine Rolle spielen. Im Idealfall würde also eine Öffnung nach außen bedeuten, durch die Verbindung zu einer Vielzahl öffentlicher Partner von den Beiträgen einer größeren „Schulgemeinde“ zu profitieren und den Partnern im lokalen Umfeld etwas zurück zu geben. Lernen und auch Lernangebote würden ebenfalls nicht mehr allein Sache der Lehrer sein.

In einem derartigen Konzept wäre dann die Kooperation mit Unternehmen und Unternehmen in der Region eine Form praxisbezogener Orientierung und Lernerfahrung unter anderen; auf diese Weise wäre es auch am ehesten möglich, Befürchtungen entgegenzuarbeiten, dass Schule sich interessierten Nutznießern aus dem privatwirtschaftlichen Bereich ausliefert.

Alles in allem: die Komponente der Öffnung von Schule hat bislang in den offiziellen Politiken nach PISA nur eine geringe Rolle gespielt, aber an Bedeutung gewonnen auf der Ebene einzelner Schulen – auch in ihrem Bemühen, angesichts fehlender staatlicher Mittel das soziale Kapital von Engagementbereitschaft stärker zu nutzen. Durch Prozesse einer Öffnung nach innen und außen wird die Schule zu einem sozialen Unternehmen. Die Bedeutung von „sozial“ geht über die oft verwendete Gleichsetzung mit staatlich/kommunal hinaus und meint nicht mehr nur eine unterste Hierarchieebene, sondern eine von einer lokalen „Schulgemeinde“, die sich aus den verschiedensten interessierten Akteuren und Gruppen zusammensetzen kann, mitgetragene Einrichtung.

3.4 Ansatzpunkte für eine kooperative Schule im lokalen Netzwerk

Lassen sie mich nun an einigen konkreten Ansatzpunkten illustrieren, wie Prinzipien der Kooperation von Schulen und Unternehmen in Hinblick auf die Verbesserung der beruflichen Integrationschancen von Jugendlichen ergänzt und unterstützt werden könnten - von einem Leitbild von Schule, das sie insgesamt weit mehr als bisher als eine kooperative Einrichtung im lokalen Netzwerk versteht.

1. Fördervereine: Sie sind heute in der großen Mehrzahl von Schulen ein wichtiger Kooperations- und Unterstützungspartner; dabei müssen nicht die Eltern allein tonangebend sein; solchen Fördervereinen können auch Institutionen beitreten (z.B. die örtliche Sparkasse) und sie können je nach Lage der Schule auch mehr tun als nur als Lückenbüßer für zu knapp geratene Zuweisungen des Landes oder der Gemeinde fungieren – sie können Ausgangspunkt sein für Fonds mit denen Exkursionen, spezielle Geräte oder Projekte besorgt werden können, aber auch Schaltstellen für den Aufbau von Außenkontakten, die Gewinnung von Mentoren u.ä..
2. Das Ziel „Ganztagsschule“ als Katalysator von Initiativen: Dieser Punkt wird hier herausgestellt, weil er einen wichtigen Aspekt beleuchtet, nämlich die Frage nach

dem rechten Zusammenspiel lokaler und zentraler Initiativen. Wenn Ganztagschulen nicht lediglich „mehr vom Gleichen“ bieten sollen, dann wird die Ansprache z.B. von Trainern aus Sportvereinen, Kulturinitiativen u.a.m. umso wichtiger; außerdem sollte man nicht vergessen, dass der erste Schritt hin zu mehr Betreuungskapazitäten der Schule vielerorts Elterninitiativen für die Einrichtung von Mittagstischen, Lernhilfen am Nachmittag u.a.m. gewesen sind. Mehr Zeit an und mit der Schule wäre auch eine Chance, trotz gedrängten Lehrplänen zusätzliche Lern- und Realitätserfahrungen vermitteln zu können; in dem auf dieser Tagung im Mittelpunkt stehenden Themenbereich könnte das bedeuten, stärker mit Betrieben, aber auch den Familien von Schülern in Kontakt zu treten, also die Dreiecksbeziehung Familie – Schule – Unternehmen, auf die es speziell bei Schülern mit besonderen Schwierigkeiten ankommt, positiv zu gestalten.

3. Kooperation mit Vereinen und Verbänden - Kompetenz an die Schulen holen: Betriebliche Kompetenz wäre bei einer Öffnung der Schule ein - sicherlich wichtiger - Bereich unter anderen, bei dem die Lehrenden nicht immer die Lehrer sein müssen, sondern diese auch einmal als Moderatoren, Vermittler und Mentoren agieren können. Kultur- und Freizeitangebote sind dabei schon länger etablierte Partnerbereiche an Schulen; neueren Datums sind z.B. Kooperationen zur Verbesserung der Medienkompetenz.
4. Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft: der engere Gegenstand dieser Tagung, die Kooperation von Schule und Unternehmen zur besseren Bewältigung des schwierigen Übergangs von der Schule in das Arbeitsleben ist sicherlich der Kern, aber doch nicht der ausschließliche Inhalt schulischer Aufgaben im Zusammenhang mit der Welt der Arbeit; neben der Gewinnung von Plätzen für Praktika und Ausbildung geht es ja z.B. auch um eine Sensibilisierung für Berufswirklichkeiten im Verlauf der schulischen Ausbildung und die Nutzung von Kompetenz bei Unternehmen; wenn diese immer öfter gern einmal Mitarbeiter für einige Tage ehrenamtlicher Arbeit freistellen, warum soll das nicht auch für eine Schul-AG geschehen wo es z.B. um technische Erfindungen und entsprechende Entwicklungsprojekte geht?
5. „service learning“: dieses bereits angesprochene, aus den USA kommende Konzept ist nicht zuletzt deshalb so wichtig, weil es hilft, die Frage nach dem Erwerb von Sozialkompetenzen nicht deckungsgleich mit der Frage des Erwerbs beruflicher Kompetenzen zu behandeln. Sensibilität für Themen wie „Altern“, „Hilfebedürftig sein“ erwirbt man dann z.B. nicht nur aus einschlägigen Medien; lokale freie Träger und kommunale Institutionen können für einige Tage so etwas wie ein erweiterter Lernraum sein; umgekehrt kann Schule auf diese Weise auch außerhalb des Elternbereichs auf sich aufmerksam machen und helfen, ihr eigenes Bild und das von der „heutigen Jugend“ selber mitzuprägen; Schüler im Rahmen ihrer praktischen Tätigkeit bei lokalen Initiativen im Kultur- und Sozialbereich kennen zu lernen ändert auch hier mehr, als eine allein über die Medien vermittelte Urteilsbildung.
6. Öffentlichkeitsarbeit / „fund and friend-raising“ / Sponsoring: Schule als ein soziales Unternehmen muss natürlich auch darauf bedacht sein, dass ihr Image und ihr Profil lokal wahrgenommen werden und Anerkennung finden; und bei der auch wei-

terhin offenen Schere zwischen Ansprüchen, die an Schule gestellt werden und Mitteln über die sie verfügt, geht es auch um die Suche nach materieller Unterstützung – etwas wofür man im Kulturbereich den Begriff des „fund and friend-raising“ verwendet; wenn es darum geht, dass lokale Akteure, aber auch größere Unternehmen „ihre“ Schulen unterstützen, sollte ebenfalls nicht gleich ängstlich die Abhängigkeit von irgendeinem privatwirtschaftlichen Akteur beschworen werden; viele freie Träger und Organisationen im „Dritten Sektor“ lernen heute gerade, wie man sich durch vielfältige Förderbeziehungen Unabhängigkeit bewahren kann – warum sollten Schulen das nicht auch lernen können?

3.5 Von der hierarchisch gesteuerten Schulanstalt zum sozialen Unternehmen: nicht nur Selbstständigkeit, sondern auch partnerschaftliche Orientierung und lokale Einbindung

Die bisherige Argumentation hat versucht zu zeigen, dass Schulen - auch dort wo sie Einrichtungen von Ländern und Kommunen bleiben - durchaus mehr unternehmerische und mehr partizipative Elemente in sich aufnehmen könnten. An anderer Stelle habe ich im Zusammenhang eines Forschungsprojektes zur veränderten Steuerung und Identität öffentlicher Einrichtungen von Schulen als Beispiel für „hybride“ Organisationsformen gesprochen, für Organisationen also, die heterogene Prinzipien in sich vereinigen; sie wären demnach zugleich

- staatlich – kommunal verantwortete öffentliche Einrichtungen
- Unternehmen, die ihr Kapital an Finanzen, Wissen und Beziehungen (soziales Kapital) „investieren“, sich profilieren, dem Wettbewerb stellen
- Soziale Projekte der Zivilgesellschaft, vor Ort vernetzt und mitgetragen von der lokalen Bürgerschaft

Dazu bräuchte es allerdings neuer Formen des Regierens und Verwaltens, oder wie es heute oft heißt, der „governance“ und des „public management“. Schule, ihr Profil und die dortigen Entscheidungen sollten weder allein von oben, durch eine fast allmächtige Schulverwaltung gelenkt, aber auch nicht allein als von einem Schulmanager geleitete selbstständige Wettbewerber um Schüler und Ressourcen auftreten; Eltern, Vereine und Verbände sollten mittragen und auch Einfluss nehmen können, ohne aber Schule unter die Fuchtel lokaler Interessen geraten zu lassen. Neue Formen einer „mixed governance“, der Mischung und Ausbalancierung verschiedener Lenkungs- und Steuerungsformen, sind also gefragt; die gerade angesprochenen drei Ansatzpunkte sollten sich wechselseitig beschränken und ergänzen können.

- hierarchische Steuerung würde zwar in Form der traditionellen bevormundenden Schulverwaltung an Bedeutung verlieren, aber in neuen Formen der Entwicklung von Standards und der Evaluation und Qualitätskontrolle bedeutsam bleiben.
- Steuerung durch den Wettbewerb unter Schulen würde an Bedeutung gewinnen, ermöglicht durch selbstständige Schulen mit mehr Freiraum für Leitung und Management der einzelnen Schule.

- Steuerung durch Partizipation, Vernetzung und Aktivierung des sozialen Kapitals, das sich aus Partnerschaften und Kooperation vor Ort ergibt, wäre schließlich jenes Element, das in der gegenwärtigen Diskussion, insoweit sie weitgehend auf die Modernisierung des „geschlossenen Systems“ Schule fixiert ist, kaum in Betracht gezogen wird.

Alle drei Elemente zusammen könnten also Schule mitgestalten. Bei zweien von ihnen – Wettbewerb und Management auf der einen und hierarchische Steuerung durch Landes-, Kommunalpolitik und Schulverwaltung auf der anderen Seite scheint man bereit zu sein, nach einer neuen Balance zu suchen. Das dritte Element, die Einbeziehung von Partnern, wie sie hier heute beispielhaft mit Blick auf die Unternehmen, aber auch die Elternarbeit diskutiert wird, kommt in der Regel noch zu kurz.

3.6 Zusammenfassung und Schluss: Herausforderungen an die Schulpolitik

Natürlich ergibt der gerade skizzierte Wandel nicht nur neue Handlungsmöglichkeiten – er wirft auch eine ganze Reihe schwieriger Fragen auf. Wie weit können sich z. B. die zuvor erwähnten verschiedenen Elemente - Wettbewerb, unternehmerische Selbstständigkeit und Einbindung in die Zivilgesellschaft - tatsächlich ergänzen und wie weit rivalisieren sie miteinander? Vertragen sich z.B. Engagement und Management? Lassen sie mich aber statt der Aufzählung weiterer Schwierigkeiten lieber an den Schluss stellen, was in der hier skizzierten Perspektive eingefordert werden könnte.

1. Nach PISA und auf dem Weg zu Ganztagsangeboten sollte öffentliche Schulpolitik nicht „mehr vom Gleichen“, sondern Chancen für neue Lern- und Kooperationsformen bieten
2. Zentrale Initiativen des Landes für den Ausbau der Schulen sollten dabei vorhandene lokale Initiativen ermuntern und nicht etwa ablösen oder konkurrenzieren
3. Auf kommunaler Ebene geht es um die Einrichtung einer Schulentwicklungsplanung, die diesen Namen auch tatsächlich verdient; das könnte der Aufwertung der lokalen Schulpolitik und der Einbeziehung lokaler „stakeholder“, auch aus dem Bereich der Wirtschaft, zu Gute kommen
4. Will man ein traditionelles Leitbild von Schule verändern, dann braucht es jenseits der Regelförderung Modelle, Wettbewerbe, spezielle Förderprogramme und Öffentlichkeit
5. Eine Erweiterung des Lernfeldes macht auch eine Abkehr von der reinen „Lehrerschule“ erforderlich – auch im Rahmen einer längerfristig geplanten Kooperation mit der Wirtschaft wird die Öffnung des Arbeitsfeldes Schule für verschiedene Berufe und Formen der Mitarbeit notwendig werden
6. Wenn es in der Schulpolitik künftig um Chancengleichheit und Vielfalt gehen soll, dann erfordert das auch neue Formen der Regulierung und Finanzierung. Ungleiches darf nicht länger gleich behandelt werden. Schulen, die mit einem

schwierigeren Umfeld und mit Schülern zu tun haben, die von Haus aus weniger Kompetenzen mitbringen, brauchen mehr öffentliche Unterstützung als andere; auch deshalb ist es so wichtig mit speziellen Programmen und Initiativen zur gezielten Vermittlung einzelner Schüler zu fördern; Zuwächse an Mitteln in solchen für verbesserte Chancengleichheit entscheidenden Bereichen können guten Gewissens aus der Reduzierung der allgemeinen Mittel finanziert werden.

Das Fazit der hier vorgetragenen Überlegungen lautet: Die nach dem PISA – Schock eingeleiteten Schulreformen gehen in die richtige Richtung, insoweit sie der einzelnen Schule mehr Autonomie ermöglichen. Sie sind jedoch unvollständig, insoweit sie den Bezug von Schule und Umwelt ausblenden – die Beziehung zu Eltern, aber auch anderen Akteuren und Partnern im lokalen Umfeld, wie der Wirtschaft. Die Beteiligung von Partnern – oft als eine vorübergehende Notmaßnahme zum Stopfen der Lücken in der öffentlichen Förderung angesehen - sollte innovativ verwandelt werden: zu einer Ressource für Qualitätsentwicklung durch eine Öffnung von Schule nach innen und außen. Für das engere Anliegen dieser Tagung, die Kooperation von Schulen und Betrieben zur besseren Bewältigung des Übergangs von der Ausbildung ins Arbeitsleben, würde eine derartige partnerschaftlich organisierte Schule wohl ein besserer Ausgangspunkt sein als die immer noch weithin dominierende geschlossene Lehranstalt. Aber auch umgekehrt: Kooperation mit Partnern aus dem Arbeitsleben kann ein wichtiger Hebel sein, um dem Leitbild einer selbständigen und kooperativen Schule als einem sozialen Unternehmen näher zu kommen.

4 "Das Programm 'Schule – Wirtschaft/ Arbeitsleben': Ergebnisse der 3-jährigen wissenschaftlichen Begleitforschung"

Dr. Birgit Schäfer, Universität Flensburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich sehr herzlich dafür bedanken, hier in Gelsenkirchen im Rahmen Ihrer Fachtagung einen Vortrag zum Programm "Schule – Wirtschaft/ Arbeitsleben" halten zu dürfen. Dazu möchte ich mich kurz vorstellen: Mein Name ist Birgit Schäfer. Ich bin stellvertretende Leiterin der wissenschaftlichen Begleitung des Programms "Schule – Wirtschaft/ Arbeitsleben" (im Folgenden kurz nur noch SWA-Programm).

Der Titel meines Vortrags heute lautet: "Das Programm 'Schule – Wirtschaft/ Arbeitsleben' Ergebnisse der 3-jährigen wissenschaftlichen Begleitforschung". Der Titel lässt zum einen auf Kooperationen im Spannungsfeld Schule und Wirtschaft schließen. Zum anderen suggeriert er, dass Ergebnisse vorgestellt werden – in diesem Fall Zwischenergebnisse, wobei die Betonung auf "Zwischen" liegt.

Dazu möchte ich kurz etwas zum SWA-Programm ganz allgemein sagen, um dann erste Zwischenergebnisse der im Sommer/ Herbst 2002 stattgefundenen Programmevaluation vorzustellen. In meiner Redezeit kann ich sicher nicht auf alle Zwischenergebnisse gleichermaßen eingehen. Ich beschränke mich im Wesentlichen auf erste Ergebnisse zu den Programmzielen: "Veränderung von Lern- und Lehrformen", "Stärkung von Kompetenzen", "Aneignung von Medienkompetenz" sowie "Entwicklung von Kooperationen".

Nun zum SWA-Programm ganz allgemein.

4.1 Das Programm "Schule – Wirtschaft/ Arbeitsleben"

Die Bundesregierung hatte im Dezember 1998 ein Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagen und dabei im Rahmen ihrer berufsbildungspolitischen Verantwortung Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation angekündigt. In diesen Zusammenhang gehört das SWA-Programm.

Im Herbst 1999 wurde das Programm gestartet. Seit 2001 wird es mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds kofinanziert.

Übergeordnetes Ziel ist die **Entwicklung innovativer und nachhaltig wirksamer Maßnahmen zur Förderung und Verbesserung der Berufsorientierung von Jugendlichen.**

Die im Sommer/ Herbst 2002 durchgeführte Zwischenevaluation belegt die bisher erfolgreiche Realisierung des SWA-Programms. Aufgrund des spezifischen Programmcharakters (Implementationsprogramm, nicht Forschungsprogramm) und des Aufgabenschwerpunkts der zentralen wissenschaftlichen Begleitung (wissenschaftsgestützte Evaluation) können allerdings weder repräsentative Aussagen noch methodisch abgesicherte Erkenntnisse über die Wirkungen der verschiedenen Projektmaßnahmen auf die Berufswahlfähigkeit der Jugendlichen getroffen werden.

Im Folgenden nun möchte ich einige Ergebnisse unserer Arbeit vorstellen.

Ich komme zunächst auf die Kriterien: Veränderung von Lern- und Lehrformen sowie Stärkung von Kompetenzen zu sprechen.

4.2 Veränderung von Lern- und Lehrformen/ Stärkung von Kompetenzen

Nicht erst seit PISA stellt sich die Frage, ob unsere Formen der Wissensvermittlung noch zeitgemäß sind. Nein, über die Schaffung einer neuen Lern- und Lehrkultur wird nachgedacht, seitdem in der Bildungsdebatte die Stärkung der Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern Bedeutung erlangt hat. Analog zu den Umbrüchen auf dem Arbeitsmarkt und den daraus resultierenden Problemen, muss auch eine schulische Berufsorientierung die Jugendlichen darauf vorbereiten, sich ständig mit neuen Ansprüchen und Anforderungen erfolgreich auseinander zu setzen. Berufsorientierung als pädagogische Herausforderung und damit als schulische Aufgabe hat sich deshalb von der faktenorientierten Wissensvermittlung hin zu einer prozessorientierten Kompetenzvermittlung bewegt. Entsprechend richtet sich auch das SWA-Programm an einem Schülerinnen- und Schülerbild aus, das den Jugendlichen als **eigenverantwortlich handelndes Subjekt** sieht.

Auch im Rahmen des SWA-Programms favorisiert die überwiegende Mehrheit der Projekte – anstelle des immer noch üblichen Frontalunterrichts – **modulares, handlungsorientiertes Lernen**. Die Entwicklung eines fächerübergreifenden Berufsorientierungsansatzes und die Erprobung verschiedener Ansätze selbstgesteuerten Lernens stehen im Vordergrund der Bemühungen. Module und Lernprogramme zur eigenständigen Erforschung von Interessen und Fähigkeiten gehören dabei ebenso zum Programm wie der Aufbau von Schülerfirmen, die Einrichtung von fächerübergreifenden Kursen und die Durchführung von Planspielen.

Die Maßnahmen zur Förderung des **selbstgesteuerten Lernens** beinhalten neben der eigenständigen Planung, Durchführung und Auswertung von Aufgaben, den Einsatz neuer Lernbausteine zum Abbau individueller Leistungsdefizite und die Verzahnung mit außerschulischen Bereichen. Eine besonders positive Wirkung auf die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler haben veränderte Lernorte und die regelmäßige Präsenz von Personen aus anderen Gebieten. Zu erwähnen ist an dieser Stelle der Berufswahlpass als Instrument zur Stärkung des selbstgesteuerten und selbstverantwortlichen Lernens. Der Pass wurde in Hamburg entwickelt und seit 2001 zunächst im Nordverbund (dazu gehören die Länder: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen sowie Schleswig-Holstein) sowie mittlerweile im ganzen Bundesgebiet an allgemein bildenden Schulen erprobt. Das Konzept des Berufswahlpasses strukturiert den schulischen Berufsorientierungsprozess, bindet die relevanten Partner ein und ermöglicht den einzelnen Schulen, die schulischen und/ oder länderspezifischen Ansätze aufzunehmen.

Bis heute sind im Nordverbund und darüber hinaus ca. 40.000 Exemplare im Einsatz.

Der erste Eindruck des Berufswahlpasses ist zunächst der eines Ordnungssystems in einer recht stabilen Sammelmappe. Allerdings offenbart der Berufswahlpass mit seinen unterschiedlichen Abschnitten auf den zweiten Blick, dass hier ein instrumenteller Einstieg in ein ganzheitliches Unterrichtskonzept der Berufsorientierung vorliegt. Er erfüllt mehrere Aufgaben. Der Berufswahlpass ist ein Instrument

- zur Lernplanung und fördert das selbstregulierte Lernen.

- zur Organisation und Verbesserung der inner- und außerschulischen Kommunikation und Kooperation.
- zur Förderung der Eigenaktivität und Selbstverantwortung.

Wichtig für die Einführung und Anwendung des Berufswahlpasses als ein Instrument zur Förderung selbstgesteuerten Lernens innerhalb und außerhalb der Schule ist die Anerkennung und Nutzung des Instrumentes durch Dritte. Dazu gehören neben der Schule die Berufsberaterinnen und Berufsberater, die Eltern und auch die Fachpersonen aus Unternehmen, die den Berufsorientierungsprozess der Schülerinnen und Schüler begleiten. In dem Maße, in dem der Pass als Begleiter für den Orientierungsprozess genutzt wird, erhält er Bedeutung auch in der Wahrnehmung der Lernenden.

Seit September 2003 gibt es den Berufswahlpass in drei Varianten: A, B und C. Äußerlich unterscheiden sich die Pässe nicht, aber die Inhalte sind auf unterschiedliche Lerngruppen abgestimmt.

- Variante A ist geeignet für Schülerinnen und Schüler, die voraussichtlich im Anschluss an ihre Schulzeit weiteren Bildungsbedarf haben, bevor sie eine berufliche Ausbildung beginnen. Die Texte und Materialien sind im Vergleich zu den Varianten B und C einfacher gestaltet und inhaltlich auf Schülerinnen und Schüler ausgerichtet, die von Lernschwierigkeiten betroffen sind.
- Variante B, der Klassiker, ist geeignet für Schülerinnen und Schüler, die voraussichtlich im Anschluss an ihre 9 oder 10-jährige Schulzeit mit einer dualen Berufsausbildung beginnen. Sollte sich im Laufe der Zeit herausstellen, dass Schülerinnen oder Schüler sich für weiterführende Schulen entscheiden, können die Materialien um Blätter aus der Variante C ergänzt werden.
- Variante C ist geeignet für Schülerinnen und Schüler, die voraussichtlich nach dem 10. Schuljahr weiterführende Schulen besuchen, sei es die gymnasiale Oberstufe oder andere Schulformen, deren Abschluss über den Realschulabschluss hinausgeht.

Besonders positiv werden im Rahmen des SWA-Programms die Wirkungen von **praktischen Erfahrungen**, sei es durch die Bearbeitung realer Aufträge aus der Wirtschaft oder durch die Mitarbeit von Jugendlichen an jeweils ein oder zwei Tagen in der Woche in einem Unternehmen, gesehen. In einigen Fällen wechseln die Jugendlichen nach einer bestimmten Zeit den Betrieb und lernen auf diese Weise unterschiedliche Berufsfelder intensiv kennen. Häufig werden Aufgaben am Praxisort bearbeitet, oft in Form von Schüler-Azubi-Projekten.

Durch die **Zusammenarbeit mit Betrieben** und Betriebsangehörigen wird aus Sicht der SWA-Projekte die Grenze zwischen eher theoretischer Information über Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarktsituation auf der einen und praxisorientierten Betriebskontakten auf der anderen Seite überwunden. Dies wird besonders bei den Neukonzeptionen der Betriebspraktika deutlich. Sie dienen in zunehmendem Maße nicht nur der Überprüfung der eigenen Fertigkeiten und der Anforderungen des Arbeitslebens, sondern werden immer stärker als Erkundungspraktika angelegt, in denen auch theoretische Aspekte wie Betriebsabläufe, technologischer Wandel und Arbeitsmarktsituation analysiert werden.

Ein antizipierbarer Einwand zu Beginn des SWA-Programms war, dass das Programmziel "verstärkte Kooperation zwischen Schulen und Betrieben" durch eine Art "Bestenauslese" durchkreuzt werden könnte, die Unternehmen bei der Lehrstellenbesetzung aus SWA-Projekten praktizieren. Dagegen spricht, dass der Kompetenzentwicklungsgedanke überwiegend bei Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I, aber auch bei Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe II, der Förderschulen sowie der Schulen für Lernbehinderte im Vordergrund steht und nicht die Lehrstellenvermittlung. Der Einwand hat sich im Kern als nicht hinderlich erwiesen. Weder sind die Projekte und Maßnahmen auf diejenigen zugeschnitten, die ohnehin die besten Chancen beim Übergang von der Schule in den Beruf haben ("creaming off"), noch ergreifen die Betriebe die Chance, sich etwa bei den Praktika die besten Schülerinnen und Schüler als ihre zukünftigen Auszubildenden heraus zu suchen.

Eine weitere Befürchtung war die Konkurrenz um Praktikumsplätze, die sich zwischen den Schulen erhöhen könnte, wenn zunehmend die Bedeutung neuer Formen von Betriebspraktika für eine verbesserte Berufsorientierung erkannt wird. Auch dieser Einwand hat sich im Kern als nicht hinderlich erwiesen. So bewirken Absprachen und Abstimmung sowie die im SWA-Programm wichtige Bildung von Beiräten (z.B. Beiräte "Schule und Beruf" hier in Nordrhein-Westfalen) und Netzwerken sowie Agenturen auf Landesebene zwischen verschiedenen Schulen kooperatives Verhalten.

Die Stärkung der **sozialen Kompetenz** und die Entwicklung von Individualkompetenz wie Selbstvertrauen, Selbstkritik und Reflexionsfähigkeit werden durch gezielte Maßnahmen, in der Regel in Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft, angestrebt. Durch den Einsatz von Selbstbeurteilungs- und Rückmeldeinstrumentarien sowie von Assessment-Center-Verfahren haben sich nach Einschätzung der Lehrenden die Selbsteinschätzungs- und Kritikfähigkeit der Jugendlichen sowie deren soziale Kompetenzen verbessert.

Weil zur Schulung der Kompetenzen von Jugendlichen entsprechende didaktische Fähigkeiten bei den Lehrkräften vorliegen müssen, steht deren Weiterentwicklung im Zentrum der **Lehrerfortbildungen**. Ein anderer Schwerpunkt besteht darin, den Lehrenden vertiefte Einblicke in die Berufs- und Arbeitswelt zu ermöglichen. Die überwiegende Mehrheit der SWA-Projekte wählt dabei Internetangebote und Workshops zur Qualifizierung der Lehrenden. Sehr häufig werden Praktika für Lehrerinnen und Lehrer eingesetzt.

In mehreren Schulen sind die im Rahmen der SWA-Projekte entwickelten Lern- und Lehrkonzepte feste Bestandteile der **Schulprogramme** geworden, damit zum einen Konstanz gewährleistet wird, zum anderen Berufsorientierung als eine Hinführung auf das Arbeitsleben nicht als isoliertes Konstrukt im Raum steht. Die inhaltliche Verankerung der Berufsorientierung in allen Fächern, und nicht nur in den dafür vorgesehenen, wird von den Beteiligten für wichtig erachtet. Entsprechend muss sie als Aufgabe für die ganze Schule empfunden werden und frühzeitig und in enger Verzahnung mit dem gesamten schulischen Alltag stattfinden. Dies bedeutet analog zu den konstruktivistischen und projektorientierten Ansätzen in der Berufsvorbildung auch den Einsatz neuer Lernarrangements im gesamten Fächerkanon.

In der Regel stehen in den SWA-Projekten die verschiedenen bereits genannten Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung (modulares, handlungsorientiertes Lernen, selbstgesteuertes Lernen, praktische Erfahrungen, Zusammenarbeit mit Betrieben, Kompetenzvermittlung, Lehrerfortbildungen sowie Schulprogramme) nicht als

Einzelelemente isoliert im Raum, sondern sind Teil eines **Gesamtkonzepts**. Entsprechend können die Ergebnisse der gleichen Maßnahme an verschiedenen Schulen unterschiedlich ausfallen. Was sich an der einen Schule als sinnvoll und als großer Erfolg erweist, kann unter anderen Bedingungen fast wirkungslos bleiben. Darauf wurde seitens vieler SWA-Projekte reagiert, indem für die inhaltliche Arbeit nur ein grober Rahmen vorgegeben wurde, der von den einzelnen Schulen nach eigenen Vorstellungen und unter Berücksichtigung der spezifischen Rahmenbedingungen mit Inhalt gefüllt wird.

Trotz dieser Kontextgebundenheit ergeben sich aus den Projekterfahrungen eindeutige Hinweise auf die Wirkung erweiterter oder veränderter Unterrichtsformen.

So lässt sich zusammenfassend konstatieren: Für die Entwicklung der heute zunehmend wichtig werdenden überfachlichen Qualifikationen wie Selbstständigkeit, Teamfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit sind jene **Lern- und Lehrformen** besonders förderlich, die den herkömmlichen Frontalunterricht durch projektorientiertes, modularisiertes, fächerübergreifendes und selbstgesteuertes Lernen ergänzen. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Verknüpfung von schulischem Lernen mit praktischen Erfahrungen zu, was nicht nur zu einer Verbesserung der sozialen und methodischen Kompetenzen führt, sondern auch positive Impulse auf Motivation und Anwesenheit ausübt.

Ich komme nun zum nächsten Kriterium, nämlich der Aneignung von Medienkompetenz.

4.3 Aneignung von Medienkompetenz

Immer häufiger ist die Rede von "reduzierter Halbwertszeit des Wissens" oder aber von "schnell lernenden Organisationen", die einen Intensivierungs- und Beschleunigungsbedarf in der Entwicklung individueller Handlungsfähigkeit suggerieren. Lernen ist heute zur Lebensaufgabe geworden. Schlagworte wie "Globalisierung" oder "die Welt als Dorf" sind uns allen geläufig.

Eine Option, die Ressource Wissen heute zeitgemäß zu vermitteln, ist e-learning – im Rahmen des SWA-Programms exemplarisch von dem DGB-Projekt "Workshop Zukunft" praktiziert. Den Lernenden, die zum Teil über völlig unterschiedliche Ausgangskompetenzen verfügen, wird dabei Unterrichtsstoff über das Internet angeboten. E-learning teildigitalisiert in diesem Prozess den Schritt der Wissensvermittlung, der in herkömmlichen Lehrarrangements durch Lehrkräfte übernommen wird. Die Interaktivität, die gegenüber herkömmlichem Unterricht in Form direkter Rückkoppelungen auf der Strecke bleibt, wird durch dialogisch aufgebaute Inhalte, Diskussionsforen oder Chat-Möglichkeiten ersetzt. Diese als Ergänzung zu herkömmlichem Unterricht gedachten Bildungsangebote unterstützen eine individualisierte, selbst gesteuerte Kompetenzentwicklung.

Im Rahmen des SWA-Programms setzen zahlreiche SWA-Projekte **neue Medien** ein.

Neben der Nutzung von E-mail, Chat oder Diskussionsforen werden auf Internetplattformen vielfältige Informationen für Ausbildung, Studium und Beruf sowie Bewerbungstipps, Links und Downloads angeboten. So können sich beispielsweise Jugendliche im Rahmen einiger SWA-Projekte mittels eines Planspiels im geschützten Raum einer virtuellen Lernwelt bewerben. Das Internet als Informations- und Lernquelle im Rahmen der Berufsorientierung hat sich vielfach bewährt, so auch im SWA-Projekt "Schule und Beruf", das in Duisburg durchgeführt wurde. Die wachsende Zahl der Besucherinnen und Besucher der lokalen Internetplattform

www.berufswahlorientierung.de des Projekts in Duisburg lässt den Schluss zu, dass eine solche Internetplattform, sofern sie zielgruppenorientiert und übersichtlich gestaltet ist, dem Bedürfnis nach schneller Informationsvermittlung ebenso Rechnung trägt wie dem Anspruch nach aktuellen und detaillierten Informationen zu einem speziellen Themengebiet.

Während von Schwierigkeiten beim Umgang mit neuen Medien bei Jugendlichen im Rahmen des SWA-Programms kaum berichtet wird, hat sich die fehlende technische Medienkompetenz der Lehrenden bei mehreren SWA-Projekten als ein Problem herausgestellt. Interessant ist, dass im Projektverlauf die Lehrenden selbst zu Adressaten des Projektthemas wurden. Die Vermittlung von Medienkompetenz richtet sich zunehmend an sie. Dieses Bedürfnis entstand aus der Notwendigkeit der zu bewältigenden Projektaufgabe. Daher sollten Projekte mit diesem Ziel in ihrem Konzept eine entsprechende Qualifizierung und auch Motivierung der Lehrkräfte vorsehen, selbst wenn das erklärte Ziel die Förderung der Medienkompetenz der Jugendlichen ist.

Typische Probleme beim Einsatz neuer Medien im Rahmen des SWA-Programms sind der häufig unterschätzte, relativ hohe Zeitaufwand und die hohen Kosten, insbesondere angesichts der schnellen Veralterung der Technik.

Ich komme nun zum letzten Kriterium, nämlich der Entwicklung von Kooperationen.

4.4 Entwicklung von Kooperationen

Im SWA-Programm ist der systematische Auf- und Ausbau von **Kooperationen** zwischen Schule und anderen für die Berufsorientierung relevanten Akteuren eine zentrale Aufgabe fast aller Projekte. Einbezogen sind hier: Betriebe, Wirtschaftsverbände, Industrie-, Handels- und Handwerkskammern, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Hochschulen, Elternschaft sowie weitere Organisationen und Einrichtungen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Direkte betriebliche Kontakte und praktische Erfahrungen sind ein unverzichtbares Kernstück der Berufsvorbereitung. Der Kontakt und die **Zusammenarbeit zwischen Schulen und Arbeitswelt** helfen nicht nur, vorhandene Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen, sondern tragen auch zum gegenseitigen Verständnis und zur Wertschätzung der Arbeit der anderen Seite bei. Von einer grundsätzlichen Offenheit dem Anliegen gegenüber bis hin zu bereitwilligen betrieblichen Kooperationsangeboten seitens der Betriebe berichtet die große Mehrheit der SWA-Projekte. Die Übrigen hingegen beobachten zeitliche und finanzielle Grenzen der Kooperationsbereitschaft, eine starke regionale Abhängigkeit der Beteiligungsbereitschaft innerhalb der Länder sowie verhaltene Reaktionen der Betriebe.

Die Zusammenarbeit mit ihren Partnerunternehmen bewerten die meisten Schulen als sehr gut. Die Einbeziehung der Betriebe in schulische Veranstaltungen, die Nutzung von Firmen-Know-How für den Fachunterricht sowie die Einbindung von Firmenangehörigen in Lehrerfortbildungsveranstaltungen und im Unterricht sind in mehreren Projekten zum festen Bestandteil der Arbeit geworden. Häufig wird eine verstärkte Zusammenarbeit mit Unternehmen in Kooperationsvereinbarungen vertraglich festgelegt. Als Instrument zur Stärkung und Unterstützung der Verbindlichkeit der Zusammenarbeit wird ihr jedoch unterschiedliche Bedeutung beigemessen. Während einige Schulen eine Kooperationsvereinbarung für unabdingbar halten, stellen andere keinen Zusammenhang zwischen ihr und dem Engagement der Betriebe fest.

Knapp die Hälfte der Projekte stellt **Kontakte zu Hochschulen** und Fachhochschulen her. Die hohen Abbrecherquoten sowohl in der beruflichen Ausbildung wie im Studium sowie die nicht geringe Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern nach der zehnten Klasse des Gymnasiums zeigen, dass nicht nur Real- und Hauptschülerinnen und -schüler ein Problem mit der nicht ausreichenden Berufsorientierung haben.

Im Rahmen des SWA-Programms beschränkt sich die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hochschulen sowie Fachhochschulen in der Regel nicht auf eine bilaterale Kooperation, sondern ist in ein Netzwerk eingebunden. In einigen Fällen erfolgt das Kooperationsangebot seitens der Universität. Dabei präsentiert sich die Hochschule nicht nur als Studienort für die Sekundarstufe II, sondern richtet sich auch an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, organisiert Praktika und stellt Kontakte zu Betrieben und anderen Organisationen her. Exemplarisch ist hier das SWA-Projekt "Förderung der betrieblichen und akademischen Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern im regionalen Verbund von Hochschulen, Schulen, Unternehmen und Verbänden" in Bielefeld bzw. das Anschlussprojekt "Arbeitsstelle für Berufsorientierung - Schulentwicklung und Lehrerbildung mit regionalen Partnern" (kurz: ABo) in Bielefeld zu nennen. In den beiden Projekten steht neben der nachhaltigen systematischen Vor- und Nachbereitung der Schülerbetriebspraktika für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I auch die Entwicklung und Durchführung der dualen Informations- und Orientierungsangebote für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II im Vordergrund. Mit der Vor- und Nachbereitung der Praktika für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I werden die Aktivitäten zur Berufsorientierung in Nordrhein-Westfalen – Schülerinnen- und Schülerbetriebspraktika der Sekundarstufe I sind für alle Schulformen obligatorisch – maßgeblich unterstützt. Mit dem in beiden Projekten praktizierten dualen Informations- und Orientierungsangebot für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II, das auf eine gute Vorbereitung der Befähigung zu akademischen Berufen schließen lässt, werden auch Gymnasiasten sinnvoll in die Projektarbeit einbezogen.

Nahezu alle SWA-Projekte arbeiten mit den **Arbeitsverwaltungen** zusammen, sei es durch die üblichen Angebote der Berufsberatungen oder aber durch direkte Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Arbeitsamtes an Beiräten, den Steuergruppen oder "Runden Tischen". Die Erfahrungen in der Zusammenarbeit sind unterschiedlich. Einige Projekte berichten von einer hervorragenden Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt, jedoch von verhaltenen Reaktionen bei den Berufsberaterinnen und Berufsberatern vor Ort, die offenbar eine Konkurrenzsituation vermuten. Hier ist noch angezeigt, die Aufklärung und die Information der Arbeitsämter vor Ort zu intensivieren.

Der Einfluss der Eltern auf die Berufswahlentscheidung ihrer Kinder ist ungebrochen. So werden die Impulse durch schulisch organisierte Betriebspraktika für die Berufswahl zwar positiv beurteilt, insgesamt jedoch haben in der Wahrnehmung der Jugendlichen Schule und Berufsberatung weniger Gewicht bei der Berufswahl und rangieren weit hinter dem Einfluss von Eltern, Freunden und Verwandten. Die schulische Berufsorientierung muss sich dieser Konkurrenz stellen und versuchen, die Eltern in die Arbeit zu integrieren. Einige SWA-Projekte stellen deshalb Kontakte zur Elternschaft her, während andere auf diese Möglichkeit verzichten. Projekte, die den Einbezug der Elternschaft angestrebt haben, stoßen hierbei auf positive Resonanz und Unterstützung. Von einigen Projekten wird auch von kaum konstruktiver Mitarbeit seitens der Eltern berichtet. Dies ist insbesondere in jenen Projekten der Fall, die sich schwerpunktmäßig mit benachteiligten Jugendlichen befassen. Eine Ursache wird darin vermutet, dass die Eltern der eigenen Arbeitslosigkeit hilflos gegenüber stehen.

Die Erfahrungen zeugen davon, dass systematische und auf Dauer angelegte **Kooperationen** zwischen Schulen, Unternehmen und anderen relevanten Einrichtungen ein geeignetes Instrument sein können, um die Berufsorientierung Jugendlicher nachhaltig zu verbessern, das gegenseitige Verständnis von Schulen und Unternehmen zu stärken und positive Impulse für die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu geben. Diese Kooperationen sind im günstigsten Fall als **Netzwerk** angelegt und binden sowohl die Arbeitsverwaltungen und andere Institutionen als auch die Eltern ein.

Zu berücksichtigen ist, dass Kooperationen von intensiven persönlichen Beziehungen leben. Sie müssen permanent gepflegt werden und das benötigt Zeit. Angesichts dicht gefüllter Lehrpläne hatten viele Schulen an diesem Punkt Probleme. Es wäre deshalb sinnvoll, entsprechende Kapazitäten in den Schulalltag einzuplanen.

Ich möchte nun zum Schluss kommen und die wesentlichen Aussagen meines Vortrags noch einmal hervorheben.

4.5 Schluss

- Die Ergebnisse der Zwischenevaluation unterstreichen die Bedeutung einer **individuellen Kompetenzentwicklung** gegenüber einem tradierten Verständnis von Lernen, das auf die faktenorientierte Wissensvermittlung setzt.
- Charakteristisch für das SWA-Programm ist die Entwicklung eines **fächerübergreifenden Berufsorientierungsansatzes**, der Einsatz von Modulen und Lernprogrammen zur eigenständigen Erforschung von Interessen und Fähigkeiten und die Erprobung verschiedener Ansätze selbstgesteuerten Lernens.
- Die Aneignung von **Medienkompetenz** bei Jugendlichen ohne Vorkenntnisse und bei Lehrenden ist besonders dringlich.
- Für die Berufsvorbereitung sind **als Netzwerk angelegte Kooperationen** von Schulen, Betrieben, Hochschulen, Eltern, Arbeitsverwaltungen und anderen relevanten Einrichtungen und Verbänden sowie praktische Erfahrungen unverzichtbar.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass im Rahmen der SWA-Programmarbeit sowohl **innovative Elemente einer veränderten Praxis wie auch ein neues Verständnis von Berufsorientierung** sichtbar wurden. So ergibt sich aus dem SWA-Programm eine neue Lehr- und Lernkultur sowohl der Individuen als auch der Schule, die auf Eigenverantwortung und Selbstständigkeit setzt.

Entsprechend können aus der bisherigen Programmarbeit folgende Konturen eines **veränderten Verständnisses von Berufsorientierung** bezeichnet werden:

- Die Stärkung von **Selbstständigkeit und Eigenverantwortung** als die heute vielleicht wichtigsten Kompetenzen im Arbeitsleben ist als Aufgabe nicht erst in Ausbildung und Beruf, sondern bereits in der allgemein bildenden Schule, erkannt.
- **Schülerinnen und Schüler** werden stärker als **"handelnde Subjekte"** einbezogen, indem die beteiligten **Lehrerinnen und Lehrer** wie auch andere Akteure zunehmend in die Rolle von **"Moderatorinnen und Moderatoren"** schlüpfen und durch Anwendung veränderter Lern- und Lehrformen unterstützend tätig sind.

- **Berufswahl wird als Prozess** begriffen, in dem der Übergang an der sogenannten "ersten Schwelle" nicht punktualisiert, sondern flexibilisiert wird.
- Für eine nachhaltige Verbesserung der Berufsorientierung werden neue **Kooperationsformen** von Schulen, Betrieben, Berufsberatungen und Eltern entwickelt, auf eine vertragliche Grundlage gestellt (institutionalisiert) und auf regionaler und überregionaler Ebene **vernetzt**.
- Berufsorientierung ist nicht mehr nur Aufgabe einer bestimmten Fächergruppe sondern wird als **Angelegenheit der ganzen Schule** wahrgenommen und entsprechend im Schulprofil verankert.

Durch das SWA-Programm konnte bereits eine beachtliche Breitenwirkung erzielt werden. Dies ist insofern sehr bedeutsam, als die erreichte Qualität der Zwischenergebnisse des Programms Hoffnung machen, auch in der Breite eine nachhaltige Wirkung auf die Verbesserung der Berufswahlkompetenz und darüber hinaus auf Inhalt und Didaktik des Schulunterrichts zu entfalten.

Sowohl bei Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern als auch bei Eltern ist die Resonanz überzeugend positiv.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

AG 1 Kooperation Schule – Wirtschaft:
Unternehmerisches Handlungsfeld
„Berufswahlorientierung“

- **SWA – Projekte „Abo/SchuB“, Bielefeld**

Referentin: Barbara Koch, Universität Bielefeld

- **„Dialog Schule – Wirtschaft“**

Referent: Andreas Oehme, Westdeutscher Handwerkskammertag, Bielefeld

- **Projekt-Wettbewerb „Schulen und Unternehmen“ der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach – Stiftung**

Referent: Franz Stein, Leiter des Projekt-Wettbewerb

5 Konzepte für Kooperationen zwischen Unternehmen, Hochschulen und Schulen

- Umsetzungserfolge und -probleme

Barbara Koch, Universität Bielefeld

5.1 Einleitung

Kooperationsbeziehungen zwischen Schulen und Unternehmen können sehr unterschiedliche Formen annehmen. Sie reichen von punktuellen Begegnungen auf eigens dafür initiierten Veranstaltungen (z. B. Berufseinstiegs messen), über gemeinsame, an betrieblichen und pädagogischen Aspekten ausgerichtete Maßnahmen (z. B. Betriebserkundungen) bis hin zu 1:1 Kooperationen mit einer Reihe von gemeinsamen Zielen und Unterrichtsprojekten, die in einem Kooperationsvertrag beschrieben und vereinbart werden.

Hier werden Konzepte für Kooperationen vorgestellt, die innerhalb von zwei Projekten der Universität Bielefeld entstanden sind: Der "Arbeitsstelle für Berufsorientierung – Lehrerbildung und Schulentwicklung mit regionalen Partnern" (ABo) und des Projektes "Beruf im Zentrum – Eingliederung benachteiligter und behinderter Schülerinnen und Schüler"

(BiZEbS⁶). Beide Projekte wurden gefördert im Rahmen des Programms "Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben" durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

Im Rahmen dieser Darstellung werden die Konzepte weitgehend aus der Perspektive von Unternehmen beschrieben, d. h. beispielsweise in welcher Form sie sich beteiligt haben. Zunächst lässt sich als positive Erfahrung beider Projekte festhalten, dass die Bereitschaft der Unternehmen sich zu engagieren sehr hoch gewesen ist. Nachstehende Tabelle gibt bezogen auf die noch darzustellenden Konzepte darüber Aufschluss.

⁶ Zahlreiche Arbeitshilfen sind auf unseren Internetseiten eingestellt (www.bielefeld.swa-programm.de).

Anzahl der Unternehmen, die sich im Projekt engagiert haben:

ABo (4 Jahre Projektlaufzeit)			BiZEbS (2,5 Jahre Projektlaufzeit)
Lehrerbetriebspraktika ⁷	Duales Orientierungspraktikum (Hospitationen in Unternehmen oder anderen Institutionen)	Vor- und Nachbereitung von Schülerbetriebspraktika (Betriebserkundungen)	Förderpraktika
17	258	83	130

Im Rahmen der Projekte beteiligten sich Unternehmen u.a. an

1. der Durchführung von Lehrerbetriebspraktika;
2. der Bereitstellung von Praktikumsplätzen für Schülerinnen und Schüler, die ein Studium beginnen wollen im Rahmen des Projektelementes „Über das Studium zum Beruf - Duales Orientierungspraktikum für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II“;
3. der Durchführung von Betriebserkundungen im Rahmen der Vor- und Nachbereitung von Schülerbetriebspraktika für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I;
4. der Bereitstellung von Plätzen für Förderpraktika für benachteiligte und behinderte Schülerinnen und Schüler.

Des Weiteren werden die Konzepte kurz erläutert und beispielhaft deren Umsetzungserfolge und –probleme beschrieben. Detaillierte Darstellungen liegen in Form von Handreichungen vor, die aus dem Internet (www.bielefeld.swa-programm.de) heruntergeladen werden können. Alle Konzepte wurden im Rahmen der Projektarbeit zunächst entwickelt, dann mehrfach erprobt und durch systematische Evaluationen zum Prozessgeschehen und seinen Ergebnissen ständig überarbeitet und weiterentwickelt.

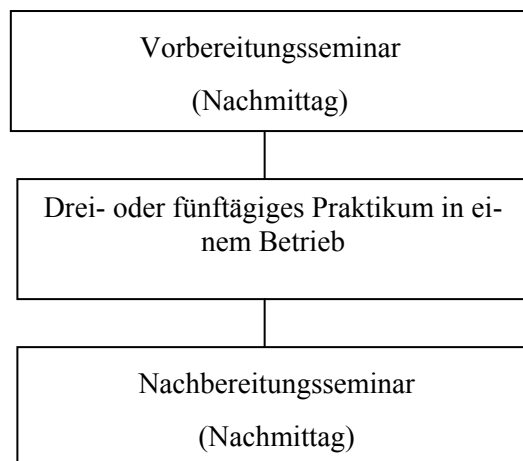
5.2 Lehrerbetriebspraktikum

Das Lehrerbetriebspraktikum ist eine von allen beteiligten Akteuren (Arbeitsagentur, Schulamt, Unternehmen, Schulen) akzeptierte Maßnahme, um Lehrerinnen und Lehrern Einblicke in die Arbeits- und Berufswelt zu ermöglichen. Im Rahmen des Projektes haben Unternehmen Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt, sich an der Planung und Gestaltung der Maßnahme aktiv beteiligt sowie an der Vor- und Nachbereitung des Lehrerbetriebspraktikums teilgenommen. Bisher war das Angebot der Unternehmen für Praktikumsplätze größer als die Nachfrage der Lehrerinnen und Lehrer. Diskussionsbedarf bestand bei der Frage der Länge des Praktikums. Während Unternehmensvertreter

⁷ Das Lehrerbetriebspraktikum wurde nur im letzten Jahr der Projektlaufzeit durchgeführt.

mit Blick auf die Zielsetzungen ein möglichst langes Praktikum befürworten (bis zu drei Wochen), möchte die Bezirksregierung bzw. das Schulamt das Praktikum möglichst kurz halten (drei Tage plus Vor- und Nachbereitung jeweils am Nachmittag). Unterrichtsausfall zu vermeiden steht hier als Argument im Vordergrund. Eine Lösung des Problems, Praktika in die unterrichtsfreie Zeit zu legen, schätzen alle Beteiligten wegen der (ausbleibenden) Teilnahme von Lehrerinnen und Lehrern als nicht realisierbar ein. Vereinzelt Berichte über 'mutige' Versuche in diese Richtung bestätigen dies.

Das Lehrerbetriebspraktikum wurde wie folgt durchgeführt:



Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Lehrerbetriebspraktikum ist eine systematische für alle Beteiligten transparente Organisation, die sowohl die Rahmenbedingungen der Schulen als auch der Unternehmen berücksichtigt. Innerhalb des Projektes ist eine Handreichung entwickelt worden, die viele nicht nur organisatorische, sondern auch inhaltliche Hinweise zur Planung, Durchführung und Evaluation eines Lehrerbetriebspraktikums gibt.

Um einen Einblick darin zu bekommen, wie Unternehmen intern das Lehrerbetriebspraktikum planen und durchführen dient das folgende Beispiel:

Beispiel für den Ablauf eines Lehrerbetriebspraktikums im Unternehmen

Einsatzplan Lehrer-Praktikum			
17.11.03-21.11.03			
Arbeitszeit: 17.11.03-20.11.03 08.00 Uhr bis 15.00 Uhr			
21.11.03 08.00 Uhr bis 14.00 Uhr			
Zeitraum	Uhrzeit	Abteilung	Ansprechpartner
17.11.03	08.00 – 13.00	Lehrwerkstatt	Herr L.
17.11.03	13.00 – 15.00	Artikelkonstruktion	Herr Z.
18.11.03	08.00 – 13.00	Werkzeug- und Vorrichtungsbau	Herr S.
18.11.03	10.30 – 12.30	Marketing-Support Customer Unit	Frau M.
18.11.03	13.00 – 15.00	Labor	Herr Dr. J.
19.11.03	08.00 – 14.00	Produktionstechnik Werkzeuge	Herr H.
19.11.03	14.00 – 15.00	Betriebsrat und JAV	Herr S. / Herr R.
20.11.03	08.00 – 13.00	Produktion Blastechnik + MCC	Herr P.
20.11.03	13.00 – 15.00	Wareneingangsprüfungen PSG/PBL	Herr K.
21.11.03	08.00 – 10.00	QM Info und Fertigungsprüfung	Herr K.
21.11.03	10.00 – 13.00	Personalwesen	Frau I.
21.11.03	13.00 – 14.00	Abschlussgespräch	Frau I. / Herr L.
Verteiler:			
H. H. Gymnasium B.			

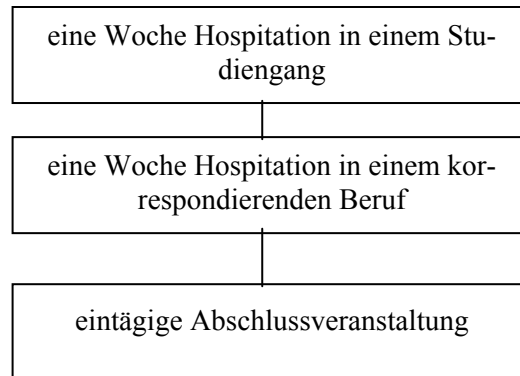
Quelle: Ursula Reinartz (2004): Das Lehrerbetriebspraktikum. Handreichung für die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, Universität Bielefeld

5.3 Über das Studium zum Beruf - Duales Orientierungspraktikum

Die Erkenntnis, dass nicht nur Schülerinnen und Schüler, die eine Ausbildung im Dualen System beginnen wollen, berufliche Orientierungsprobleme haben, sondern auch diejenigen, die ein Studium anfangen wollen, setzt sich immer mehr durch. So wird seitens der Hochschulen festgestellt, dass in der Übergangsphase von der Schule in die Hochschule nur unzureichende Orientierungsprozesse stattgefunden haben, die dann in der Anfangsphase des Studiums nachgeholt werden und sich in hohen Abbruchquoten und späten Studiengangswechsler äußern. Zugleich nehmen Schulen die Orientie-

rungsprobleme ihrer Schülerinnen und Schüler immer deutlicher wahr. Es mangelt ihnen allerdings an ausgereiften Konzepten in der Oberstufe, um diesen angemessen zu begegnen. Das Duale Orientierungspraktikum bietet hierfür ein Konzept.

Es folgt nachstehendem Ablauf:



Im dualen Orientierungspraktikum erhalten Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II exemplarische Einblicke sowohl in einen Studiengang als auch in einen korrespondierenden Beruf.

Für Unternehmen gehört diese Form des Praktikums – die Hospitation in einem akademischen Beruf –, im Gegensatz zum traditionellen Schülerbetriebspraktikum, nicht zur Routine. Die Schülerinnen und Schüler wollen nicht einem Auszubildenden oder einer Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter, der eine duale Ausbildung absolviert hat, über die Schulter schauen, sondern Akademikerinnen und Akademikern. Alle Unternehmen, die sich im Rahmen des Projektes beteiligten, sind auf diese besondere Anforderung eingegangen. Einige Unternehmen haben den Schülerinnen und Schülern ein eigenes Programm zusammengestellt; andere wiederum haben sie „mitlaufen“ lassen. Das Engagement der Unternehmen bestand unabhängig davon, ob sie Chancen sahen, zukünftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rekrutieren zu können. Zu beobachten war allerdings, dass Unternehmen mit diesem Ziel das Praktikum systematischer gestaltet haben. Engpässe bezüglich der betrieblichen oder institutionellen Praktikumsplätze hat es vor allem bei Studiengängen gegeben, die mit diffusen Berufsbildern (z. B. Soziologie) oder die mit einem schwierigen Arbeitsmarkt (z. B. Biologie) verbunden sind.

Nur in Einzelfällen waren Schülerinnen und Schüler unzufrieden mit den Praktikumsplätzen, die sie sich entweder selbst gesucht haben oder ihnen durch das Projekt vermittelt wurden.

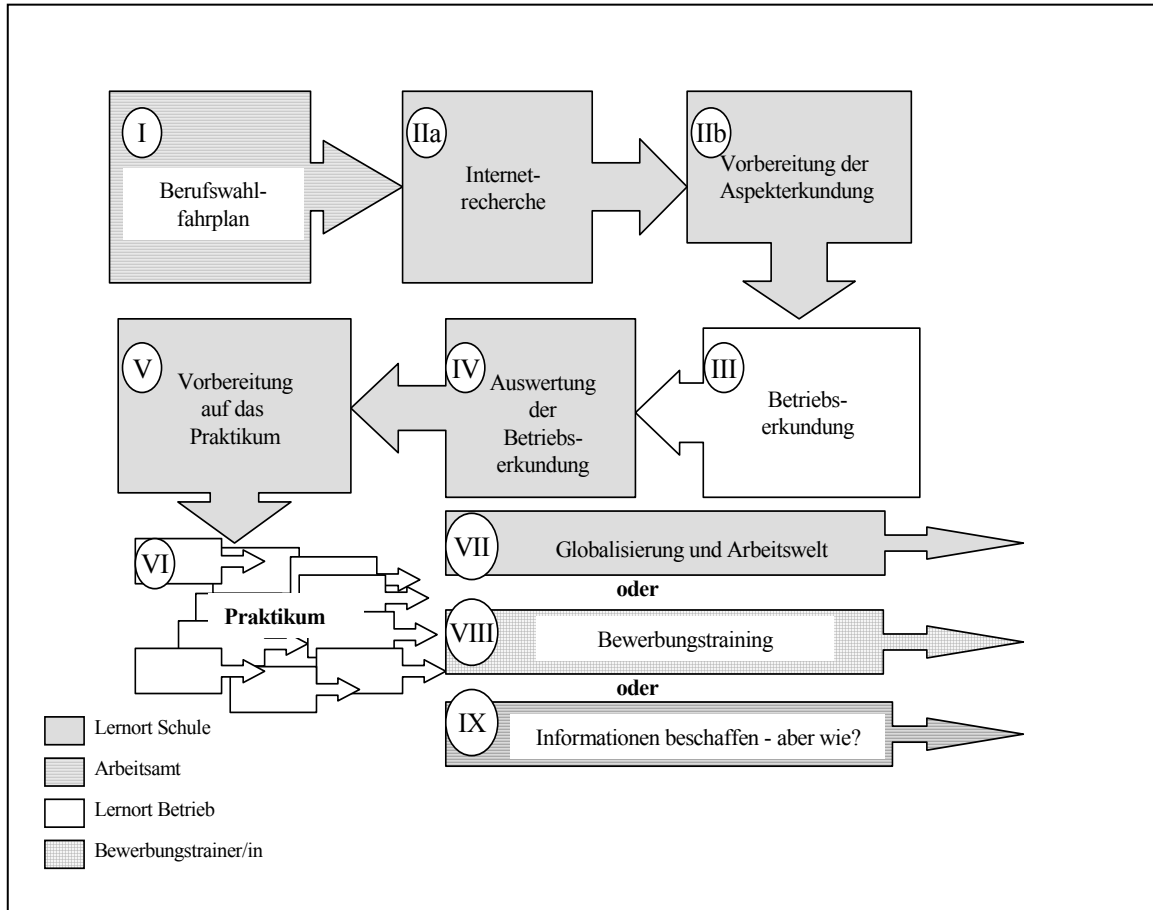
Auch für dieses Projektelement liegt eine Handreichung⁸ für Lehrerinnen und Lehrer vor, die das Duale Orientierungspraktikum in der Oberstufe implementieren möchten.

⁸ Elke Pauly (2003): Über das Studium zum Beruf – Duales Orientierungspraktikum für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II, Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer, Universität Bielefeld.

5.4 Vor- und Nachbereitung von Schülerbetriebspraktika

Die systematische Vor- und Nachbereitung von Schülerbetriebspraktika ist, obwohl sich das Schülerbetriebspraktikum an allen Schulformen in NRW etabliert hat, nicht selbstverständlich. Das hier vorgestellte Konzept macht dafür einen Vorschlag.

Ablauf und Module



Quelle: Ina Kahl-Lüdtke, Barbara Koch, Johannes Kortenbusch (Hrsg.) (2003): Vor- und Nachbereitung von Schülerbetriebspraktika in der Sekundarstufe I, Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer, Universität Bielefeld

Mit Blick auf Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen wird hier die Betriebserkundung als ein Modul im Rahmen der Vor- und Nachbereitung von Schülerbetriebspraktika herausgegriffen. Auch hier waren viele Unternehmen in der Region bereit, eine Betriebserkundung durchzuführen. Die Qualität der Durchführung variierte allerdings sehr. Nicht selten wurde aus der Betriebserkundung eine Betriebsbesichtigung. Dies äußerte sich beispielsweise in langen Monologen über das Unternehmen, ohne die Adressaten und deren Interessen zu berücksichtigen. Wesentlichen Einfluss auf die Qualität der Betriebserkundung hatten Vorgespräche, die zwischen Schulen und Unternehmen zur Vorbereitung der Betriebserkundung geführt worden sind. Zudem wurde den Unternehmen als Orientierungshilfe folgender Ablaufplan zur Verfügung gestellt:

Möglicher Ablauf der Betriebserkundung und der Auswertung

1. Einführung

Eine kurze Vorstellung des Betriebes sollte durch eine(n) Betriebsvertreter(in) vorgenommen werden. Folgende Aspekte könnten angesprochen werden: Beschäftigungsstruktur, Aus- und Weiterbildung, Betriebsart und Aufbau des Betriebes, Leistungsbewertung und Entlohnung usw.

2. Betriebserkundung

Die Schülerinnen und Schüler sollten Gelegenheit haben, an einzelnen Arbeitsplätzen verweilen zu können, um zum Beispiel Betriebsangehörigen Fragen stellen zu können. Es wäre wünschenswert, wenn Auszubildende beteiligt sind, weil die Schülerinnen und Schüler in der Regel dann mehr Mut haben, Fragen zu stellen.

3. Auswertung der Betriebserkundung

Hilfreich wäre die Teilnahme von betrieblichen Experten(innen) zu den erkundeten Einzelaspekten, damit die Schüler(innen) Rückfragen stellen können.

Abschließend sollten Auszubildende im Betrieb über ihre Ausbildung berichten und gemeinsam mit Betriebsangehörigen den Schülern und Schülerinnen berufliche Anforderungsprofile darstellen.

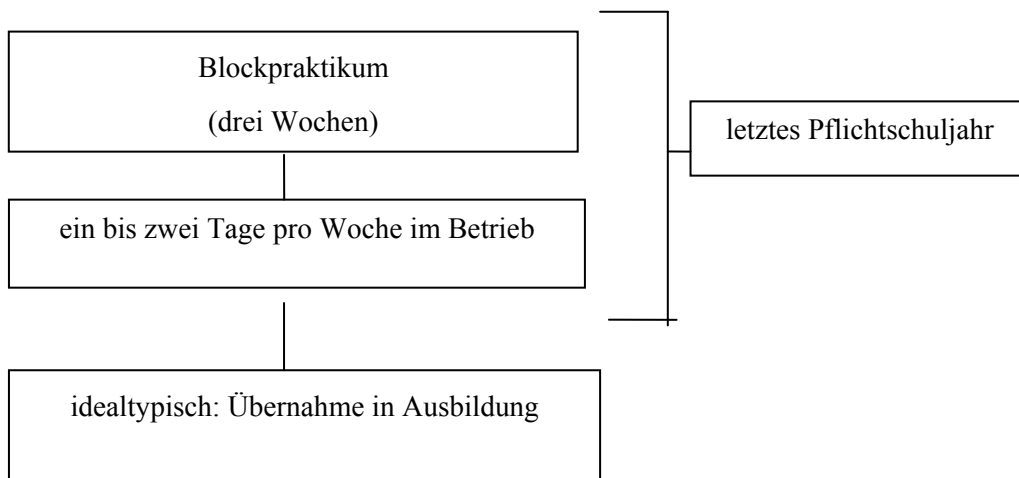
Quelle: Ina Kahl-Lüdtke, Barbara Koch, Johannes Kortenbusch (Hrsg.) (2003): Vor- und Nachbereitung von Schülerbetriebspraktika in der Sekundarstufe I, Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer, Universität Bielefeld

Für den Erfolg von Betriebserkundungen hat es sich als günstig erwiesen, dass diese nicht klassenweise, sondern interessenorientiert durchgeführt wurden.

5.5 Förderpraktika in BiZEBs

Förderpraktika haben zum Ziel, dass benachteiligte oder behinderte Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Schule im selben Betrieb in Ausbildung übernommen werden. Die Praktikumsstellen befinden sich in Betrieben, die ausbilden und grundsätzlich bei einem erfolgreichen Praktikum zur Übernahme in Ausbildung bereit sind. Das Praktikum wird in der Regel mit einem zwei- oder dreiwöchigen Block begonnen. Danach arbeiten die Jugendlichen entweder an einem Tag oder an zwei Tagen in der Woche im Betrieb.

Ablauf



Die Kooperationsbeziehungen zwischen Unternehmen und Schulen gestalten sich hier im Verhältnis zu den anderen vorgestellten Konzepten wesentlich anders. Dies betrifft vor allem die Länge und die Intensität der Kooperation. An dieser Maßnahme sind in der Regel kleinere Unternehmen (z. B. Handwerksbetriebe mit bis zu 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern) beteiligt. Sie erklären sich bereit, einer Schülerin bzw. einem Schüler über ein Jahr, ein- bis zweimal die Woche einen Praktikumsplatz zur Verfügung zu stellen. Die Kooperation zwischen der betreuenden Lehrerin und dem Betrieb ist deutlich enger als bei den anderen Kooperationskonzepten. Wenn Probleme auftauchen, steht die Lehrerin bzw. der Lehrer als Ansprechpartner zur Verfügung. Ggfs. üben Lehrerinnen und Lehrer mit Schülerinnen und Schülern betriebliche Aufgaben (z. B. Kopfrechnen, Telefontraining zum Umgang mit Kunden) im Unterricht.

Die nachstehende Aufzählung benennt einige Gründe für ein Scheitern der Übernahme in Ausbildung, die im Projektverlauf erhoben worden sind:

- Schülerinnen und Schüler stellen fest, dass sie sich für das ‚falsche‘ Berufsfeld entschieden haben, wechseln den Praktikumsbetrieb oder brechen das Praktikum ab,
- die ‚Chemie‘ zwischen der Ausbildungsleiterin bzw. dem Ausbildungsleiter und der Schülerin bzw. dem Schüler stimmt nicht,
- Schülerinnen und Schüler sind mit den Anforderungen des gewählten Ausbildungsberufes überfordert,
- Schülerinnen und Schüler erhalten einen solchen Motivationsschub, dass sie sich dafür entscheiden weiter zur Schule zu gehen, um einen höheren Schulabschluss zu erreichen,
- der Aufenthaltsstatus der Schülerinnen und Schüler ist nicht geklärt und/oder

- die wirtschaftliche Situation des Betriebes verändert sich, so dass er keinen Auszubildenden mehr einstellen kann.

Obwohl die Liste der Faktoren, die ein Scheitern herbeiführen können, lang ist, stellt das Förderpraktikum im letzten Pflichtschuljahr eine Erfolgsstory dar: Über 20 Prozent der BiZEbS - Schülerinnen und Schüler haben unmittelbar nach Abschluss der Sonderschule eine Ausbildung im ersten Arbeitsmarkt begonnen. Diese Zahl ist vor dem Hintergrund des äußerst problematischen Ausbildungsmarktes als großer Erfolg zu bewerten.

6 „Dialog Schule – Wirtschaft NRW“



Andreas Oehme, Westdeutscher Handwerkskammertag

Der Dialog Schule – Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist aus dem Ausbildungskonsens NRW heraus entstanden und ein eigenständiges Bündnis auf Landesebene, um im weiteren Sinne die Qualifikationen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu verbessern. Der Dialog existiert seit 2001, und ein Schwerpunkt ist der Aufbau von Partnerschaften zwischen Allgemeinbildenden Schulen und Betrieben vor Ort. Um zu erreichen, dass zukünftig möglichst viele Schulen in NRW Partnerschaften mit Betrieben eingehen, müssen insbesondere KMU mit Schulen zusammengeführt werden. Eine Konzentration auf große Unternehmen ist aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll: So sind sie allein weder repräsentativ für die nordrhein-westfälische Wirtschaft insgesamt noch für das tatsächliche und vielfältige Angebot an Ausbildungsberufen und Karriereperspektiven.

Schulpartnerschaften – was ist das?

Schulpartnerschaften sind auf Dauer angelegte und mit gemeinsamer Zielsetzung vereinbarte Kooperationsformen zwischen Betrieben und Schulen.

Ziele der Kooperationen von Schulen und Betrieben

Ziel dieser Partnerschaften ist die Öffnung der Schule für wichtige Aspekte der betrieblichen Realität und damit auch eine verbesserte Vorbereitung der Schüler auf einen Übergang in das Beschäftigungssystem. Dies umfasst auf der einen Seite die Berufsreife, d. h. die Schüler sollen lernen, welche Anforderungen das Arbeitsleben an den einzelnen stellt, und auf der anderen Seite die Berufswahlorientierung jedes einzelnen Schülers. Konkret bedeutet dies:

- Erhöhung des Anwendungsbezugs der Unterrichtsinhalte
- Bezug zur Arbeitswelt fächerübergreifend und fächerbezogen stärken
- Best-practice-Beispiele zur Nachahmung empfehlen
- Geeignete Kooperationsformen für KMU (als größtes Ausbildungspotential) finden
- Unterstützung von Schulen und Betrieben bieten

Lehrkräfte und Schüler bekommen die Gelegenheit, ihre Kenntnisse und Informationen über die Wirtschafts- und Arbeitswelt zu erweitern und praxisorientiert zu vertiefen. Unternehmervvertreter erhalten die Möglichkeit, einen Einblick in Aufgaben, Methoden und Möglichkeiten der Schule zu bekommen, z. B. durch Schulerkundungen, die einen Einblick in den schulischen Unterricht und die Schulorganisation bieten.

Dabei geht es nicht darum, dass Wirtschaftsvertreter oder auch Vertreter aus Forschungseinrichtungen und Instituten den gesamten Fachunterricht übernehmen, sondern punktuell ihr Expertenwissen zur Verfügung stellen, um authentisch zu berichten, aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse sowie den Praxisbezug herzustellen.

Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft mit dem Ziel einer inhaltlichen Kooperation ist darauf ausgerichtet, einen aktuellen und sachorientierten Unterricht zu unterstützen, das Schulleben zu bereichern, die Schulentwicklung zu fördern und die Schulqualität zu steigern.

Kooperationen in der Vergangenheit in NRW

Die gemeinsamen Aktivitäten von Schulen und Betrieben erstreckten sich bislang in der Regel auf Partnerschaften von einem größeren Unternehmen und einer Schule sowie auf weitere Betätigungsfelder. Als Beispiele seien genannt:

- Bereitstellung von Materialien für den Einsatz im Fachunterricht
- Planspiele zu sozioökonomischen Themen
- Begabtenförderung, z. B. durch die Durchführung von regionalen Wettbewerben
- Unterstützung von schulischen Veranstaltungen
- Bereitstellung von Expertenwissen durch die Teilnahme von Unternehmensvertretern am Unterricht
- Förderung von lernschwachen Schülerinnen und Schülern (Schnupperlehren, Probierwerkstätten bzw. Jahrespraktika)
- Spezielle Angebote für Mädchen zur Förderung des Interesses im gewerblich-technischen Bereich;
- Seminarangebote für Lehrerinnen und Lehrer

KMU im Fokus

Die bisherigen Partnerschaften funktionierten meist durch den Support einer dritten Stelle. Diese Stelle sorgt zunächst dafür, dass die Kooperation überhaupt zustande kommt, in dem sie interessierte Partner zusammenführt und die Kooperationsanbahnung moderiert. Die Erfahrung zeigt, dass die Begleitung durch die dritte Stelle auch im fortgeschrittenen Kooperationsprozess der Partner notwendig ist, um immer wieder eine I-

initiative zu geben, die Partnerschaft aktiv zu gestalten. Da große Betriebe eine gewisse Unterstützung und Anleitung benötigen, gilt dieses erst recht für KMU.

KMU werden aus eigener Initiative heraus kaum in der Lage sein, Partnerschaften mit allgemein bildenden Schulen einzugehen. KMU konzentrieren sich aufgrund ihrer Größe fast ausschließlich auf die Produktion bzw. Erbringung ihrer Dienstleistung und den Vertrieb, d. h. auf das betriebliche Kerngeschäft. Obgleich auf der Seite einzelner Betriebe durchaus großes Interesse besteht, erscheint eine bilaterale Kooperation eines beispielsweise 8-Mann-Betriebs mit einer Schule nicht sinnvoll zu sein. Ein einzelner Kleinbetrieb kann sich verständlicherweise sowohl im Hinblick auf den Einsatz eigener Ressourcen sowie auf das Abdecken einer gewissen Bandbreite an Berufsspektren und wirtschaftlicher Betätigung nicht mit einem großen Unternehmen vergleichen lassen. Eine Vielzahl von KMU repräsentieren jedoch sehr gut die Wirtschaft. Deshalb gilt es, „Verbünde“ von KMU zu organisieren, damit diese gemeinsam Kooperationspartner einer oder mehrerer Schule werden und so auch möglicherweise über eine „übergeordnete Stelle“ Kooperationsvereinbarungen schließen können.

Hintergrund in NRW



- **Eigenes Bündnis**
(zur Verbesserung der Qualifikation der Schulabgänger)
- **Partner**
(Schulministerium, Handwerkskammern, IHK'n, Freie Berufe, AG-Verbände, DGB, Wirtschaftsministerium, Bundesagentur für Arbeit)
- **konkrete Arbeitsaufträge**
- **„Dialog“**
WHKT-Ausschuß Berufsbildung,
28.02.2001

Arbeitsaufträge

- Sicherstellung der allgemeinen Ausbildungsreife
- Bessere Berufswahlvorbereitung, Testverfahren für Schüler/Schulabgänger, Profiling
- **Kooperation Schule – Betrieb / „Schulpartnerschaften“**
- Lehrerausbildung, -fortbildung
- Übergangsmanagement in Modellregionen



WHKT-Ausschuß Berufsbildung,
28.02.2001

Warum Kooperation Schule – Wirtschaft?

Schüler/innen

- bessere Vorbereitung der Schüler auf das „Leben“ nach der Schule
- Erhöhung der Berufsreife
- fundierte Orientierung für die Berufswahl
- Steigerung der Lernmotivation
- Nutzen für Lehrkräfte und Wirtschaftsvertreter



WHKT-Ausschuß Berufsbildung,
28.02.2001

Bisherige Kooperationen Schule – Wirtschaft?

- Unterstützung schulischer Veranstaltungen
(z. B. AGs, Schülerzeitungen, Internetauftritte, Berufsbörse)
- Bereitstellung von Materialien / Ausstattung
- Begabtenförderung
(Wettbewerbe, wie Jugend forscht, Sommerakademien)
- Bereitstellung von Labors für Experimente
- Planspiele (Schulung / Durchführung)



WHKT-Ausschuß Berufsbildung,
28.02.2001

Bisherige Kooperationen Schule – Wirtschaft?

- Förderung von lernschwachen Schülern
(durch Schnupperlehren, Probierwerkstätten, Jahrespraktika)
- Gründung von Schülerfirmen
- Fortbildungsangebote für Lehrkräfte
- Spezielle Angebote für Mädchen zur Förderung
des Interesses in gewerblich-technischen
Berufen
- Schüler übernehmen kleine Aufgaben für Betriebe



WHKT-Ausschuß Berufsbildung,
28.02.2001

Kooperation Schule – Betrieb

Schulpartnerschaften

- auf Dauer angelegte und
- mit gemeinsamer Zielsetzung
- vereinbarte Kooperationsformen
- zwischen Betrieben und Schulen



WHKT-Ausschuß Berufsbildung,
28.02.2001

KMU im Fokus

- **Partnerschaften bislang i. d. R. mit Großunternehmen**
- **Externe Unterstützung notwendig**
- **Großbetriebe nicht repräsentativ für Wirtschaft**

Einige überregional bekannte Aktivitäten:

Trans-Job (bmbf-Projekt mit Stiftung der Dt. Wirtschaft)

KURS – Kooperation Unternehmen der Region mit Schulen /

KSW – Kooperationsnetz Schule / Wirtschaft (Prof. Vollmer)

Projektwettbewerb Schulen und Unternehmen

Projekt Schule – Wirtschaft – Arbeitsmarkt (Agentur für Arbeit)



WHKT-Ausschuß Berufsbildung,
28.02.2001

KMU im Fokus

⇒ Einzelnes KMU überfordert / Verbünde notwendig

Aufgabe auch der Wirtschaftsorganisationen

Problem: fester Ansprechpartner in Schule



WHKT-Ausschuß Berufsbildung,
28.02.2001

Kooperationsinhalte

- Durchführung von Unterrichtsprojekten im Betrieb
- Betriebserkundungen / Exkursionen
- Mithilfe in der Unterrichtsgestaltung (Dozenten, Materialien)
- Bewerbungstrainings
- Diskussionsrunden mit Experten
- Einbindung der Schüler in betriebliche Aufgaben
- Lehrerfortbildung
- Vorstellung einzelner Berufe / Berufsgruppen in der Schule
- Mitwirkung bei Projektwochen in der Schule



WHKT-Ausschuß Berufsbildung,
28.02.2001

Berufswahlorientierung

Handwerk:

„Nach 10 Schuljahren muss Orientierung erreicht sein.“

Kooperation Schule – Wirtschaft notwendige Voraussetzung
(es geht dabei um deutlich mehr als Berufswahlorientierung)

Berufswahlpass

Wettbewerb: Berufswahlfreundlichste Schule

„Beratungsbüros in Schulen“



WHKT-Ausschuß Berufsbildung,
28.02.2001

7 Konzeption und Umsetzung von Lernortkooperationen zwischen Schulen und Unternehmen – Der Projektwettbewerb Schulen und Unternehmen ein Fördervorhaben der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung

Franz Stein, Universität Duisburg-Essen

- Einleitung
- Ideen, Ziele und Prinzipien des Projektwettbewerbs Schulen und Unternehmen
- Wirkungsdimensionen und Wirkungseffekte des Projektwettbewerbs
- Quantitative und qualitative Spezifika des Projektwettbewerbs Schulen und Unternehmen
- Resümee

7.1 Einleitung

Veränderte gesellschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen sowie ein erheblicher Anforderungswandel in den Bereichen private Lebensführung, Beruf und Freizeit, evozieren für Schulen, Lehrer und Schüler vielfältige neue Lernherausforderungen, die nur mit adäquaten Lehr- und Lernprozessen bzw. Lernmöglichkeiten bewältigt werden können. Zusätzlicher Handlungsdruck entstand und entsteht für die Schulen durch die Veröffentlichung der Ergebnisse der Timms- und Pisa-Studien, die nachhaltige Ansatzpunkte lieferten, die Qualität, die Leistungsfähigkeit und den Erfolg von Bildungs- und Erziehungsprozessen des deutschen Schulwesens zu hinterfragen und Defizite aufzudecken..

Ein potenzieller Ansatzpunkt, um den angesprochenen Problemen und Herausforderungen entgegen zu wirken, wird in der Konzeption und Umsetzung von Lernortkooperationen mit Unternehmen gesehen, da diese neue Lernmöglichkeiten eröffnen und eine handlungsorientierte theoretische sowie praktische Erschließung bekannter und neuer Lerninhalte ermöglichen. Die Ausschöpfung der positiven Aspekte solcher Lernortkooperationen hat jedoch insbesondere für die allgemein bildenden Schulen noch nicht das Niveau erreicht, welches eigentlich wünschenswert wäre, so dass eine zentrale Aufgabenstellung allgemein bildender Schulen zukünftig darin zu sehen sein wird, Lernkooperationen zu initiieren und die entstehenden Erfolgspotenziale aktiv zu erschließen und nutzbar zu machen.

Ein Projekt, welches in diesem Kontext bereits seit drei Jahren vielfältige und leistungsfähige Ansatzpunkte und Hilfestellungen liefert, ist der PROJEKTWETTBEWERB SCHULEN

UND UNTERNEHMEN der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung.⁹ Dieses Stiftungskonzept soll zunächst hinsichtlich seiner Idee, Ziele und angestrebten Wirkungseffekte vorgestellt werden. Hierauf aufbauend werden gewichtige quantitative und qualitative Spezifika des Projektwettbewerbs, die sich in den letzten drei Jahren gezeigt haben, thematisiert.

7.2 Idee, Ziele und Prinzipien des Projektwettbewerbs Schulen und Unternehmen

Der PROJEKTWETTBEWERB SCHULEN UND UNTERNEHMEN wurde von der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung ins Leben gerufen und gefördert. Die gemeinnützige Stiftung, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dient, fördert Projekte im In- und Ausland in den Bereichen ‚Wissenschaft in Forschung und Lehre‘, ‚Erziehungs- und Bildungswesen‘, ‚Gesundheitswesen‘, ‚Sport‘ sowie ‚Literatur, Musik und bildende Kunst‘. Aus Anlass ihres 30-jährigen Bestehens hat die Krupp-Stiftung am 4. Februar 1998 ein Förderprogramm zur ‚Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit‘ beschlossen und hierfür Mittel in Höhe von 15,3 Mio. € bereitgestellt. Im Rahmen dieses Programms werden Vorhaben gefördert, die darauf abzielen, bestehende Arbeitslosigkeit zu beenden, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und drohender Arbeitslosigkeit vorzubeugen. In den vergangenen Jahren hat die Stiftung in diesem Kontext insbesondere Vorhaben unterstützt, die zur Berufsorientierung im schulischen Bereich anregen und die jungen Menschen helfen sollen, den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreich zu bewältigen. An diesem Punkt setzt auch der PROJEKTWETTBEWERB SCHULEN UND UNTERNEHMEN an, den die Stiftung seit 2001 ausschreibt. Die Organisation und Begleitung des Projektes erfolgt im Zusammenwirken mit der Industrie- und Handelskammer zu Essen und der Arbeitsgruppe Bildungsforschung/Bildungsplanung an der Universität Duisburg-Essen, Standort Essen.

Die Stiftung regt mit dem Wettbewerb Kooperationsprojekte zwischen ortsansässigen Unternehmen und allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufen I und II einschließlich der Sonderschulen im Kommunalverband Ruhrgebiet an und unterstützt diese. (siehe Abb. 1)

⁹ van Ackeren, I./Thierack, A. (Hrsg.): Der Projektwettbewerb – Ideen für die Kooperation von Schulen und Wirtschaft, Weinheim und München 2004.

Abbildung 1: Der Kommunalverband Ruhrgebiet



Quelle: www.kvr.de¹⁰

Die Vorhaben sollen sich durch Phantasie und Engagement auszeichnen und, über eine Förderung durch den Projektwettbewerb hinaus, als Beispiele für weitere Entwicklungen dienen. Gefördert werden – mit einer Anschubfinanzierung von bis zu 2.500 € – konkrete Vorhaben, die Vorgänge, Probleme und Fragen aus dem Alltag unternehmerischen Denkens und Handelns gezielter in den Unterricht einbeziehen. Förderungswürdige Projektvorhaben werden auf Empfehlung einer siebenköpfigen Jury (aus Wirtschaft, Wissenschaft sowie der Schuladministration und -praxis) aus den eingegangenen Anträgen ausgewählt.

Der PROJEKTWETTBEWERB SCHULEN UND UNTERNEHMEN strebt durch die Initiierung der Lernpartnerschaften insbesondere die folgenden Ziele an:

- berufsorientierende Bildung als Bildungsauftrag von Schule zu fördern,
- praxisbezogenes Lernen im Unterricht zu ermöglichen,
- Kenntnisse wirtschaftlicher Prozesse einschließlich ihrer sozialen Dimensionen zu vermitteln,
- Fragen und Probleme aus dem Alltag unternehmerischen Handelns bewusst in den Unterricht einzubeziehen,
- systematisch über Ausbildungsmöglichkeiten und die berufliche Praxis zu informieren sowie
- Schlüsselqualifikationen zu stärken und weiterzuentwickeln.

¹⁰ Ab Oktober 2004 tritt der KVR nicht mehr als Kommunalverband Ruhrgebiet auf, sondern als Regionalverband Ruhrgebiet (RVR).

In diesem Sinne setzt die Initiative auf die Vielfalt der unternehmerischen Möglichkeiten, einen Beitrag zur Zielerreichung zu leisten. Die Unternehmen stellen neue Lernorte (z.B. Ausbildungszentren und Labore) bereit und eröffnen Einblicke in den betrieblichen Alltag. Durch die gezielte Betreuung von Schülern und Lehrkräften können diese die Anforderungen und Aufgabenbereiche der Berufswelt kennen lernen. Die Vermittlung fachlichen und überfachlichen Wissens (durch Lehrkräfteschulungen, Unterricht durch Werksangehörige, Hilfestellung bei fachlichen Fragen, Einbindung in aktuelle Forschungsfragen) soll schließlich den Unterrichtsalltag bereichern und den schulischen Akteuren die Praxisrelevanz von Lerninhalten verdeutlichen.

Um seinen Ansprüchen gerecht zu werden, folgt das Konzept des Projektwettbewerbs den Prinzipien „Offenheit“ und „Individualität“. Diese Leitmotive zeigen sich darin, dass

- alle allgemein bildenden weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I und II einschließlich der Sonderschulen zur Teilnahme eingeladen werden,
- es keine Begrenzung hinsichtlich der Anzahl geförderter Projekte gibt,
- ganz unterschiedliche inhaltliche Aspekte, die bei Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen von Bedeutung sein können, unterstützt werden,
- die Integration wirtschaftlicher und unternehmerischer Themen und Fragen in die schulischen Erziehungs- und Bildungsziele, die Berufsorientierungsprozesse sowie konkrete Unterrichtsinhalte umfassen können, gewünscht wird,
- die Auseinandersetzung mit ökonomischen Aspekten, die vor dem Hintergrund der ‚teilautonomen Schulen‘ für ihre institutionelle Entwicklung von Bedeutung sind, einbezogen wird sowie
- Bildungs- und Entwicklungsprozesse für Lernende, Lehrende, Auszubildende und Ausbilder initiiert werden können.

7.3 Wirkungsdimensionen und Wirkungseffekte des Projektwettbewerbs

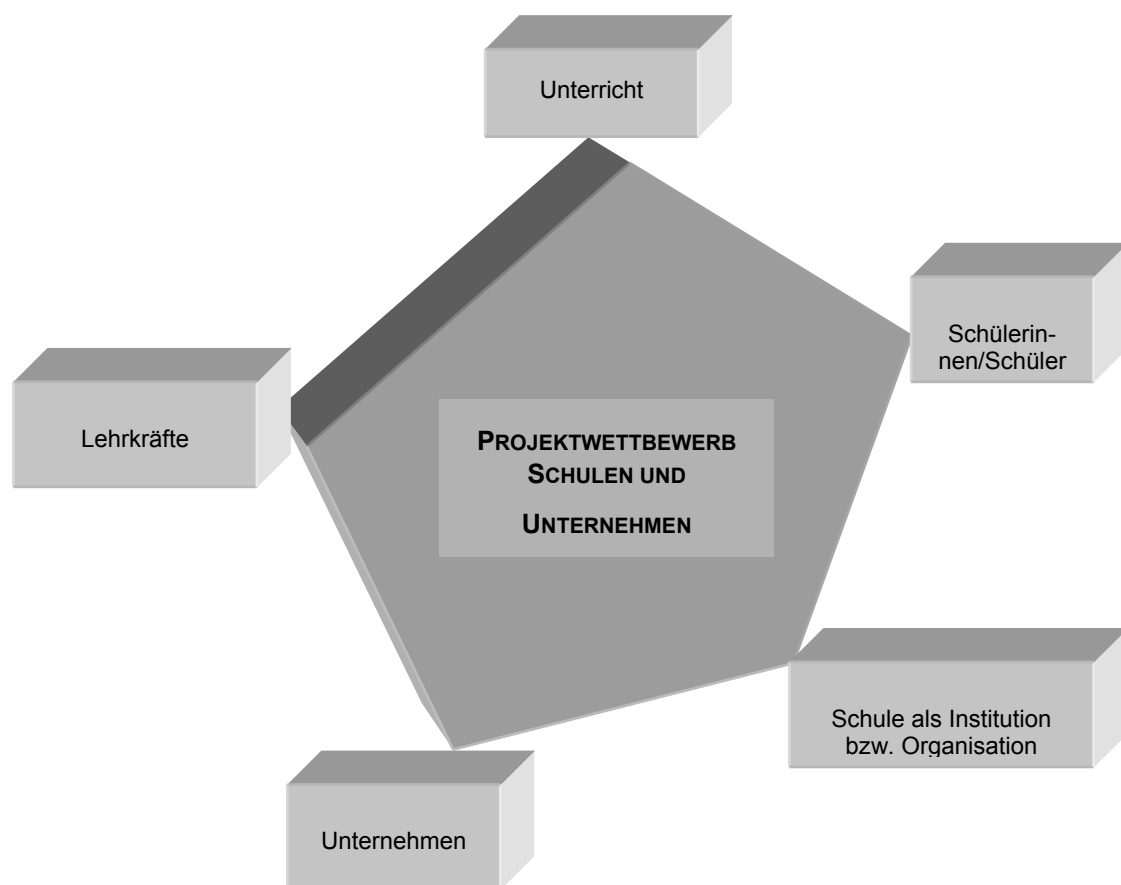
Um den Erfolg und die Leistungsfähigkeit von Lernortkooperationen zu gewährleisten, müssen die relevanten Handlungsbereiche schulischer Arbeit identifiziert und zielgerichtet resp. anforderungsgerecht erschlossen werden. Neben den individuell involvierten Personengruppen müssen auch prozessuale sowie institutionell-organisatorische Aspekte berücksichtigt und in den Wirkungsfokus einer Lernortkooperation miteinbezogen werden.

Der PROJEKTWETTBEWERB SCHULEN UND UNTERNEHMEN greift diese komplexe Perspektive auf, da er nicht nur Wirkungseffekte bei den beteiligten Personengruppen erzielen will, sondern auch die Schule als Institution sowie den Unterricht als Handlungsfeld positiv beeinflussen bzw. weiterentwickeln will. Als zentrale Wirkungsdimensionen, die im Rahmen der Gestaltung einer Lernortkooperation angesprochen und entwi-

ckelt werden sollten, fokussiert der Projektwettbewerb die in der Abbildung 2 dargestellten Wirkungsdimensionen.

Eine solche erweiterte Sichtweise vermeidet einseitige Orientierungen und kommt den umfänglichen, gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüchen, die an Schule gestellt werden, eher entgegen, da sie bedeutsame Handlungsfelder in ihrer Notwendigkeit und im Hinblick auf bestehende Interdependenzen

Abbildung 2: Potenzielle Wirkungsdimensionen des PROJEKTWETTBEWERB SCHULEN UND UNTERNEHMEN



Quelle: van Ackeren, I./Thierack, A., S. 50

betrachtet. Es besteht jedoch keine Pflicht, im Rahmen der Projektplanung und -realisierung alle Dimensionen zu berücksichtigen, d.h. es können für die jeweiligen Partnerschaften spezifische Schwerpunkte gesetzt werden bzw. wirksam sein.

Der Projektwettbewerb eröffnet innerhalb der einzelnen Wirkungsdimensionen Aktivitätsoptionen, die das Entstehen von vielfältigen unterschiedlichen Wirkungseffekten begünstigen. Die zentralen positiven Wirkungseffekte bündelt die nachstehende Tabelle 1.

In Abhängigkeit vom konkreten Projekt können die benannten Effekte mit divergierender Komplexität und Intensität auftreten. Gleichzeitig können auch andere projektspezi-

fische Effekte auftreten.¹¹ Bedeutsam ist es jedoch, dass die beteiligten Projektpartner im Rahmen der Planung und Umsetzung ihrer Kooperation bzgl. der unterschiedlichen Wirkungsdimensionen Klarheit erzielen und potenzielle Auswirkungen ihrer Partnerschaften bereits im Vorfeld erkennen, um sie dann gezielt ansteuern zu können.

Tabelle 1: Wirkungseffekte des Projektwettbewerbs Schulen und Unternehmen

Schule als Organisation	Unterricht	Lehrkräfte	Schülerinnen / Schüler	Unternehmen
Profilschärfung und Imagegewinn	Einbeziehung und Nutzbarmachung bisher kaum verwandter Inhalte, Methoden oder Medien	Erweiterung des eigenen Wissens und Gespürs für unternehmerisch-betriebliche Fragestellungen und ihre schulische Nutzbarmachung	Konfrontation und Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Themenkreisen sowie neuen Lernformen und -techniken	Imagegewinn auf verschiedenen Ebenen
Verbesserung der Lehr- und Lernmöglichkeiten an der Schule	Ermöglichung unterschiedlicher Lernformen	Erweiterung und Modifikation der eigenen didaktischen Handlungsoptionen	Besserer Ein- und Überblick über Möglichkeiten der Berufswahl	Sensibilisierung von Schülern für das Unternehmen als Arbeitgeber
Entwicklung bzw. Modifikation in den Bereichen des Schulcurriculums sowie des Schulprogramms oder anderer schulischer Standards	Integration und Realisierung anderer Interaktionsformen	...	Entwicklung von Selbstständigkeit und Verantwortung im Rahmen spezifischer Projekte	Verbesserte Wissensbasis für die eigene Aus- und Weiterbildung (Inhalte, Methoden, Medien etc.)
...	Verbesserung des Lerntransfers	...	Motivationsförderung und Entwicklung einer Leistungskultur	Gewinnung von Partnern für weiterführende Kooperationsprojekte
...	...	...	...	...

Quelle: eigene Erstellung

7.4 Quantitative und qualitative Spezifika des Projektwettbewerbs Schulen und Unternehmen

In den zurückliegenden Jahren konnten zahlreiche bedeutsame quantitative und qualitative Entwicklungen des Projektwettbewerbs Schulen und Unternehmen identifiziert werden. Neben sehr positiven Effekten, die den Erfolg der Zielsetzungen und der Intention des Projektwettbewerbs aufzeigen und bestätigen, konnten jedoch auch Ansatzpunkte für Weiterentwicklungs-Notwendigkeiten entdeckt werden. Auf zentrale quantitative und qualitative Effekte des Projektwettbewerbs soll nun eingegangen werden.

In jedem Wettbewerbsjahr werden alle etwa 900 allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufen I und II einschließlich der Sonderschulen im Gebiet des Kommunalverbandes Ruhrgebiet von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung zur Teilnahme eingeladen. Durch die Anforderung von Teilnahmeunterlagen zeigten sich in den ersten beiden Förderjahren bislang etwa 540 Schulen und Unternehmenspartner am Wettbewerb – teilweise zum wiederholten Male – interessiert. In den ersten drei Jahren

¹¹ van Ackeren, I./Thierack, A. (Hrsg.): Der Projektwettbewerb – Ideen für die Kooperation von Schulen und Wirtschaft, Weinheim und München 2004.

wurden insgesamt 87 Projekte mit einer Summe von rd. 280.000 € gefördert. Die Beteiligung der unterschiedlichen Schulformen über den betrachteten Zeitraum zeigt sehr unterschiedliche Entwicklungen. Während die Anzahl der teilnehmenden Gesamtschulen von rund 25 % auf 7 % zurückging, nahmen die durch die Berufskollegs eingereichten Anträge von 5% auf fast 15% zu. Die Schulformen Gymnasium, Hauptschule und Realschule haben von der Tendenz in den zurückliegenden Jahren einen ähnlichen Entwicklungsverlauf genommen. Alle drei Schulformen hatten ihren prozentual höchsten Anteil im ersten Projektjahr (Gymnasien 23,7%/ Hauptschulen 17 %/ Realschulen 14 %), wohingegen im zweiten Jahr ihre Teilnahmebereitschaft abnahm (Gymnasien 14,9%/ Hauptschulen 10%/ Realschulen 6,3%). Im dritten Projektjahr stieg die Beteiligung dieser Schulformen wieder an und insbesondere die Realschule erreichte fast wieder das Niveau des ersten Jahres (Gymnasien 18,2%/ Hauptschulen 11 %/ Realschulen 14 %).

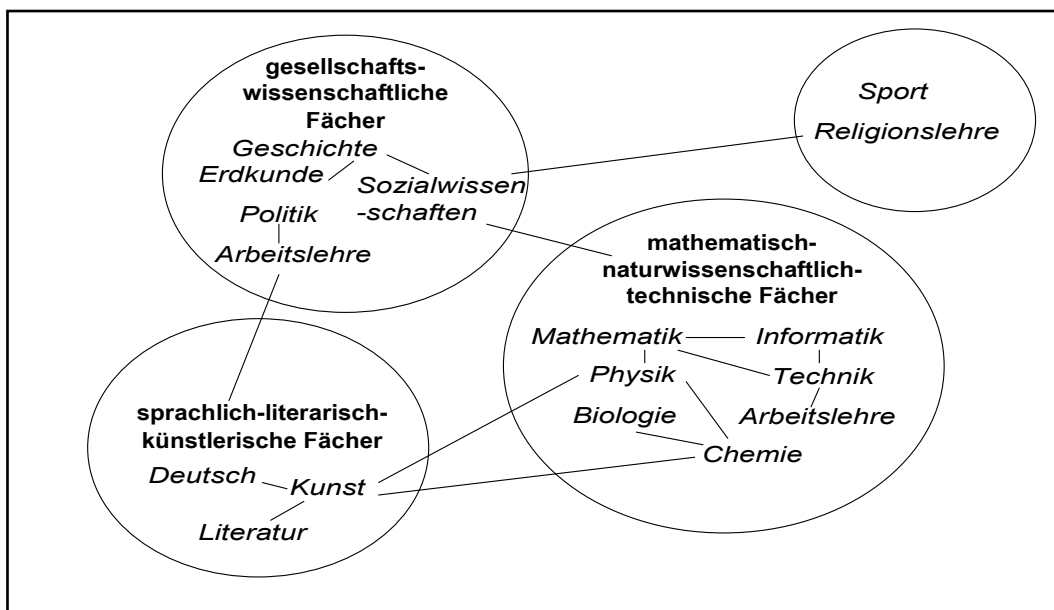
Eine sehr erfreuliche Entwicklung nahm die Teilnahmepräsenz der Sonderschulen. Im Vergleich zum ersten Wettbewerbsjahr hat sich die Beteiligung aus den Sonderschulen im zweiten und dritten Jahr fast verdreifacht und lag bei rd. 34%. Vermutlich bietet der Projektwettbewerb Schulen und Unternehmen den Sonderschulen und ihrer besonderen Schülerklientel bisher kaum wahrzunehmende Möglichkeiten, sich mit Inhalten der Berufswahlorientierung, des unternehmerischen Handelns sowie der Entwicklung benötigter personaler Kompetenzen auseinander zu setzen.

Aus den Ruhrgebietsstädten Duisburg, Oberhausen, Essen, Bochum und Dortmund, welche die ‚Mittelachse‘ des Kommunalverbandes Ruhrgebiet bilden, kommt die überwiegende Anzahl der Projektanträge. Während im ersten Bewerbungszeitraum die Mehrzahl der Anträge aus den städtischen Ballungsgebieten kam, ist das Interesse von Schulen aus den Randgebieten und dem ländlichen Raum der Wettbewerbsregion in den letzten beiden Jahren gestiegen. Insgesamt überzeugt der Projektwettbewerb Schulen und Unternehmen durch eine Schulformenvielfalt und bietet daher Projekte mit sehr unterschiedlichem Zuschnitt.

Die bisher im Rahmen der geförderten Projekte gewählten Inhaltsschwerpunkte zeichnen sich durch eine weite thematische Spannbreite aus und finden ihre Verankerung in nahezu allen schulischen Unterrichtsfächern. Die nachstehende Abbildung 3 zeigt nicht nur die involvierten Fächer, sondern kennzeichnet auch die realisierten, fächerübergreifenden Projektaktivitäten.

Die thematisierten Inhaltsschwerpunkte beschäftigen sich häufig mit betriebswirtschaftlich-unternehmerischen Fragestellungen (z.B. Betriebsorganisation, Logistik und Produktion, Marketing, Unternehmensführung, etc.), wobei eine Problematisierung zumeist in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern erfolgt. Daneben zielen zahlreiche Projektkooperationen auf die Stärkung und Entwicklung überfachlicher Kompetenzen, wie Teamfähigkeit, Konfliktlösung, Interaktionsverhalten, personale Kompetenzen etc. Hier bieten nahezu alle Unterrichtsfächer Ansatzmöglichkeiten für eine spezifische Thematisierung. Ein dritter wesentlicher Unterrichtsbereich, in dem zahlreiche Projekte realisiert wurden und werden, ist der mathematisch-naturwissenschaftliche, wobei eine Integration häufig in den Fächern Chemie und Biologie erfolgt.

Abbildung 3: Involvierte Fächer und realisierte Fächerkombinationen



Quelle: van Ackeren, I. / Thierack, A., S. 57

Zu den wesentlichen Organisationsformen, welche die beteiligten Schulen zur Gestaltung von Partnerschaften nutzen, gehören Praktika, außerschulische Lerngelegenheiten und Schülerfirmen. Darüber hinaus werden spezielle Trainings ebenso genutzt wie das Angebot von Berufsbörsen und besonderen Unterrichtsprojekten. Vorhaben, die nicht den direkten Unterrichtsprozess betreffen, aber deutlich zur Verbesserung des Lernklimas beitragen, werden als Workshops gefasst. Damit werden dem Stichwort ‚Workshop‘ Projektanträge zugeordnet, deren Vorhaben der Schaffung neuer Lerngelegenheiten bzw. -umgebungen dienen, z.B. der Installation und dem Aufbau eines schulischen Intranets oder der Gestaltung von Freiluftklassen. Zu den Anträgen, die Praktika für Lernende und Lehrende anbieten, ist zu sagen, dass diese über die üblichen, für die Schulen verpflichtenden Angebote hinausreichen und damit ein neues schulisches Bildungsangebot entwickeln. Insgesamt begünstigt der Projektwettbewerb die unterrichtliche Anwendung neuer Lernformen, die ein vielseitiges und abwechslungsreiches Lernen erlauben und so die Erschließung neuer Lerninhalte durch die Schüler ermöglicht.

Der Projektwettbewerb hat sowohl eine hohe Bedeutung als auch eine ebensolche Akzeptanz bei den Schulen des KVR. Persönliche Besuche des Verfassers bei unterschiedlichen Projekten, die bisher durchgeführten Informationsnachmittage sowie die eingereichten schriftlichen Dokumentationen der Kooperationen zeigen das starke Engagement und die hohe Motivation auf Seiten der Schulen, Schüler und der Unternehmen. Eindeutiger Tenor ist, dass der Projektwettbewerb ein Konzept ist, das an den richtigen Stellen ansetzt und insbesondere die theoretische Auseinandersetzung in Kombination mit der handelnd-praktischen Erschließung der zentrale Vorteil ist.

Die Erfahrungen, die in den ersten drei Jahren gesammelt werden konnten, verdeutlichen jedoch auch, dass die Projektkooperationen sich im Rahmen ihrer Realisierung mit unterschiedlichen Problemen konfrontiert sehen:

- Die unsichere wirtschaftliche Situation zahlreicher Unternehmen im Bereich des KVR (Insolvenzangst, unsichere Auftragslage, fehlende Planungssicherheit etc.) reduziert die Bereitschaft, sich an einem Konzept wie dem Projektwettbewerb zu beteiligen.
- Das hohe Involvement der beteiligten Lehrer geht zu Lasten der sonstigen Schul-, Arbeits- sowie Freizeit und kann sich leistungsmindernd auf die Projektarbeit auswirken.
- Im Rahmen des Projekts erfahren die Lehrer eine nur sehr geringe und spärliche Unterstützung durch Kollegen und die Schulleitung, was die Teilnahmebereitschaft einschränkt.

Vor dem Hintergrund einer notwendigen Öffnung und Verselbstständigung der allgemein bildenden Schulen müssen die beteiligten und verantwortlichen Personen und Institutionen diese Problembereiche zukünftig verstärkt angehen, um die gewichtigen Vorteile, die ein Konzept wie der Projektwettbewerb Schulen und Unternehmen bietet, nutzbar zu machen.

7.5 Resümee

Die Erfahrungen in der Begleitung des Wettbewerbs haben gezeigt, dass der PROJEKTWETTBEWERB SCHULEN UND UNTERNEHMEN der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung einen wertvollen Beitrag dazu leistet, Lernpartnerschaften zu initiieren und zu fördern, die im Hinblick auf die Erfordernisse einer zukunftsfähigen Wissensgesellschaft zur Entwicklung einer geänderten schulischen Lehr- und Lernkultur beiträgt. Das Konzept liefert Schulen, Schülern und Unternehmen vielfältige Möglichkeiten, neue Aufgabenstellungen situationsadäquat unter Berücksichtigung von Werten, Zwecken und Zielen zu interpretieren und Anforderungen leichter zu bewältigen, die aufgrund von gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen notwendige Um- und Neulernprozesse erfordern. Die bisher realisierten Projekte belegen, welche Potenziale Lernkooperationen beinhalten können und dabei vor allen Dingen den beteiligten Jugendlichen Lern- und Entwicklungsoptionen offerieren, die basierend auf dem Zusammenspiel kognitiver, affektiver sowie psychomotorischer Qualifikationen Chancen für nachhaltige Bildungseffekte beinhalten.

7.6 Literatur:

van Ackeren, I./Thierack, A. (Hrsg.): Der Projektwettbewerb – Ideen für die Kooperation von Schulen und Wirtschaft, Weinheim und München 2004

Pätzold, G.: Lernorte und Lernortkooperationen, in Kaiser, F.-J./ Pätzold (Hrsg.): Wörterbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Hamburg 1999, S. 285 – 288

Weinert, F.E.: Lernen und Evaluation von Lerneffektivität, München 1994

Walden, G./Pätzold, G.: Lernortkooperationen Stand und Perspektiven, Bielefeld 1999

AG 2: Kooperation
Schule – Arbeitsverwaltung/Verbände:
Partner in lokalen Netzwerken

- **Förderung der beruflichen Orientierung durch die Bundesagentur für Arbeit**

Referentinnen: Annegret Lehnert, Regionaldirektion NRW der BA,
Gabriele Buchholz, Agentur für Arbeit Recklinghausen

- **Ausbildungsberatung der Unternehmensverbände**

Referent: Michael Vornweg, IHK Nord Westfalen

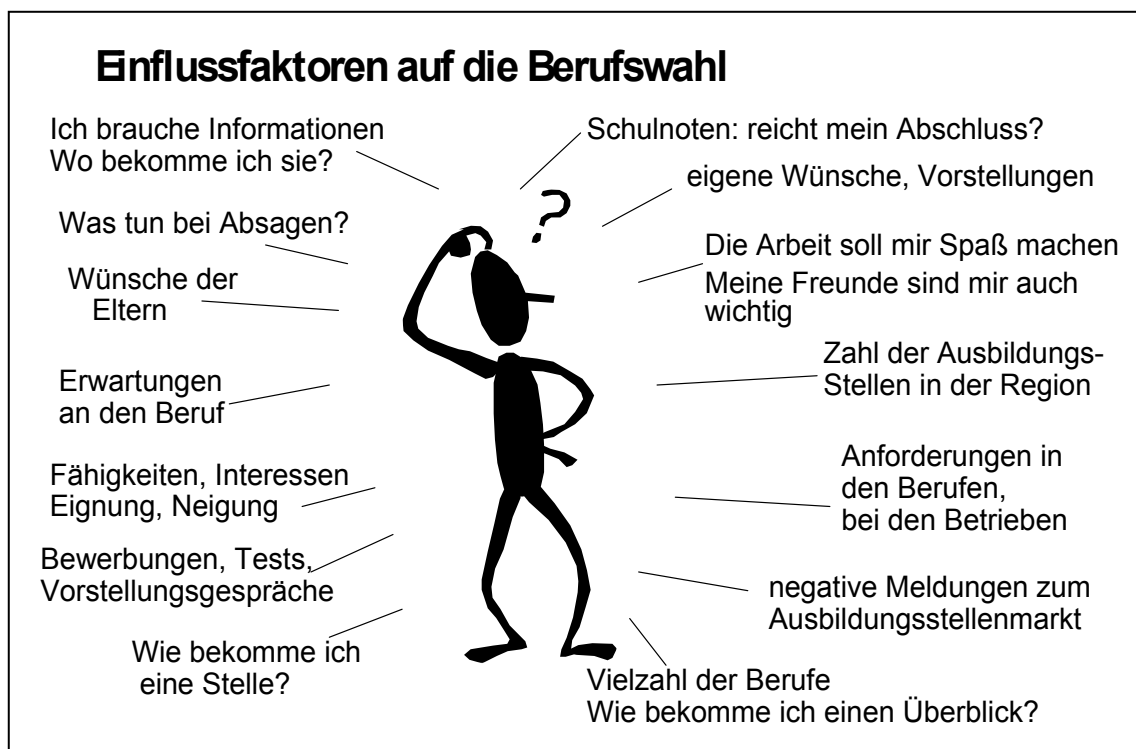
8 Förderung der beruflichen Orientierung durch die Bundesagentur für Arbeit

Annegret Lehnert, Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit

Gabriele Buchholz, Agentur für Arbeit Recklinghausen

8.1 Einflussfaktoren auf die Berufswahl

Die Bundesagentur für Arbeit hat den Auftrag, Berufsorientierung zu betreiben (§ SGB III). Dieses Ziel beinhaltet die Förderung der Berufswahlkompetenz der Schüler, damit sie eigenverantwortlich und selbstständig Berufswahlentscheidungen im Rahmen ihres Übergangs von der Schule in das Erwerbsleben treffen können. Die Bundesagentur für Arbeit hat ihrem gesetzlichen Auftrag nach auch Auskunft und Rat zu erteilen zu allen die Berufswahl betreffenden Fragen (§ 29 SGB III). Ausgangspunkt ist das Anliegen der Rat Suchenden, die auf die Fachkräfte der Bundesagentur für Arbeit zukommen, diese lassen sich festmachen an ihren Fragen und den Einflussfaktoren auf die Berufswahl, die hier im Einzelnen aufgegriffen werden und die die Unterstützungsangebote der Agentur für Arbeit übersetzt werden.



Information der Bundesagentur für Arbeit

(Einflussfaktoren: Ich brauche Informationen. Wie bekomme ich sie? - Vielzahl der Berufe. Wie bekomme ich einen Überblick? - Erwartungen an den Beruf - Zahl der Ausbildungsstellen in der Region)

Eine erfolgreiche Berufswahl ist eine Frage frühzeitiger und umfassender unterrichtlicher Vorbereitung in der Schule, in der Regel im vorletzten Schuljahr. Die Schüler sollen angeleitet werden, bei der Berufswahl systematisch vorzugehen.

Berufswahlvorbereitung wird von der Schule angeboten und von der Berufsberatung/den Teams für die Kundengruppe Ausbildungsmarktpartner mit ihren Orientierungs- und Beratungsangeboten fortgeführt. Jugendliche sollen bei der Berufswahl ihre *individuelle Situation*, die eigenen Chancen, Interessen, Neigungen und Wertvorstellungen wirklichkeitsnah einschätzen, die gegebenen Möglichkeiten realistisch bewerten und eine getroffenen Entscheidung aktiv umsetzen können.

In den **Orientierungsveranstaltungen** in der Schule geben die Fachkräfte der Berufsberatung/Teams für die Kundengruppe Ausbildungsmarktpartner der Agenturen für Arbeit erste Anstöße für den Prozess der Beschäftigung mit den Berufswahlaufgaben. Klassenveranstaltungen (Schulbesprechungen) bilden den **Auftakt der Berufsorientierung**. Im Verlauf der Berufswahl werden von Schülern und Lehrern vielfältige Informationen nachgefragt, die die Berufsberatung im **Berufsinformationszentrum (BIZ)** bereitstellt.

Themenauswahl von Orientierungsveranstaltungen

- Bedeutung der Berufswahl für die eigene berufliche Zukunft
- Persönliche Berufswahlkriterien und Einflussfaktoren auf die Berufswahl
- Berufswahl – Schritt für Schritt zu einer tragfähigen Entscheidung
- Berufsberatung - Ansprechpartner im Berufswahlverlauf und seine Leistungen
 - Berufliche Beratung
 - Vermittlung betrieblicher Ausbildungsstellen
 - Psychologischer/ärztlicher Dienst
 - Finanzielle Hilfen

Die **Schriften zur Berufswahlvorbereitung** der Bundesagentur für Arbeit sind für Schülergruppen in der Sekundarstufe I und der gymnasialen Oberstufe erarbeitet und vielfältig erprobt worden. Sie werden kostenlos ausgegeben, z. T. für alle Schüler, z. T. in Klassensätzen an die Schulen verteilt.

Das Taschenbuch BERUF AKTUELL ermöglicht einen Gesamtüberblick über Berufe mit geregelter Ausbildung. Es informiert in Kurzbeschreibungen über Tätigkeiten in den anerkannten Ausbildungsberufen sowie in Berufen mit geregelten Ausbildungsgängen an Berufsfachschulen, Fachschulen, Verwaltungen sowie an Fachhochschulen. Es ist ein ideales Nachschlagewerk für den Berufswahlunterricht.

MACH'S RICHTIG - die Medienkombination zur Berufswahlvorbereitung. In Schülerarbeitsheften werden die Inhalte auf Doppelseiten klar strukturiert in unterschiedlichen Textelementen, wie Sachtexten, Fallbeispiele, Interviews, Checklisten und Arbeitsaufträgen.

Themen der Schülerarbeitshefte:

- Interessen erkennen - Berufe erkunden
- Meine Interessen
- Meinen Fähigkeiten auf der Spur
- Blick in die Zukunft
- Bewerbung um eine Ausbildungsstelle

Medienkombination:

Die Arbeitshefte sind zu kombinieren mit dem PC-Berufswahlprogramm auf CD-ROM (im Lehrerordner enthalten) oder im Internet. Es besteht aus den Programmteilen: *Mein Berufswunsch und die Alternativen*, der *MACH'S RICHTIG InfoBase*, den *Berufskurzinformationen* und den virtuellen *Betriebsbesuchen*.

Die Regionalschriften der Arbeitsämter geben einen Überblick über betriebliche und schulische Ausbildungsangebote in der Region und das Studienangebot im Land. Sie werden bevorzugt von den Berufsberatern in den Klassenbesprechungen eingesetzt, um jeweils anhand der Übersichten über den aktuellen Stand der Situation auf dem Ausbildungsmarkt zu informieren und die regionalen Besonderheiten darzustellen.

Beratung durch die Bundesagentur für Arbeit

(Einflussfaktoren: Fähigkeiten, Interessen, Eignung, Neigung - eigene Wünsche und Vorstellungen - Erwartungen an den Beruf - Die Arbeit soll mir Spaß machen - Meine Freunde sind mir auch wichtig - Schulnoten: reicht mein Abschluss? - Wünsche der Eltern)

Berufswahl ist immer Entscheidung unter Unsicherheit, weil im Zeitpunkt der Entscheidung die eigene Entwicklung und die Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldes allenfalls in der Tendenz vorausgesehen werden kann. Deshalb benötigen in diesen länger anhaltenden Entscheidungsprozeß die jugendlichen Berufswähler Ermutigung und vertrauensvolle Begleitung von Lehrern und den Fachkräften der Berufsberatung/Teams für die Kundengruppe Ausbildungsmarktpartner. Den Schülern müssen Zutrauen in die eigenen Stärken und Begabungen vermittelt werden und sie sind darin zu unterstützen, die für die Berufswahl zu beachtenden Faktoren richtig einzuschätzen. Das Bedürfnis nach Beratung und Information in einer schwierigen subjektiven Konfliktsituation verlangt nach einer fachkundigen und seriösen Berufswahlhilfe, die unabhängig, umfassend und objektiv angeboten werden muss. Schulberatung und Berufsberatung nehmen diese Aufgabe professionell und kooperativ wahr.

Ausgehend von den jeweiligen Erwartungen und dem individuellen Stand im Berufswahlprozess unterstützt und fördert berufliche Beratung die Entwicklung der berufs-wahlbezogenen Entscheidungs- und Handlungskompetenz. Das **persönliche Bera-**

tungsgespräch ist ein zielgerichteter Dialog, der das Berufswahlverhalten qualifizieren hilft. Berufliche Beratung bietet zu jedem Zeitpunkt im Berufswahlprozess den jugendlichen Berufswählern fachlich fundierte Unterstützung an und greift die Komplexität der unterschiedlichen Fragen und Bedürfnisse auf. In der Regel sind Mehrfachkontakte erforderlich.

Schüler lernen „ihren“ Berufsberater/„ihre“ Berufsberaterin in seiner/ihrer Funktion als Berater/in zuerst in der **Sprechstunde in der Schule** kennen. In den Schulen sind Berufsberater regelmäßig zu sprechen, z. B. einmal im Monat. Hier kann das Anliegen wie auch die Erwartungshaltung des Schülers geklärt und das weitere Vorgehen zur Berufsentscheidung besprochen werden. Der Schüler kann weiterhin neu auftauchende Fragen jederzeit besprechen.

Die Fachkraft für Berufsberatung stimmt mit dem Jugendlichen jeweils das weitere Vorgehen ab. Für viele Beratungsanliegen ist ein ausführliches Gespräch erforderlich.

Anliegen im Beratungsgespräch

- Wie komme ich meinen persönlichen Entscheidungskriterien auf die Spur? Welche Begabungsschwerpunkte ermöglichen mir eine zufrieden stellende berufliche Zukunft? Wofür bin ich geeignet?
- Wie kann ich meine beruflichen Vorstellungen im Zusammenhang mit anderen Lebenszielen realisieren?
- Welche Berufe, Bildungs- oder Ausbildungswege sollte ich vorzugsweise in meine Überlegungen mit einbeziehen? Reichen meine Schulnoten, mein Schulabschluss aus, um den eingeschlagenen Weg zu schaffen?
- Wie sollte ich konkret vorgehen, welche Schritte bzw. Handlungsstrategien führen mich am ehesten an mein Ziel?
- Wie sind meine Chancen auf dem Ausbildungsmarkt einzuschätzen?

Erwartungen an Arbeit und Beruf

(Vertiefenden Exkurs zur Studie „Fit für den Berufsstart“. Einflussfaktoren: Erwartungen an den Beruf - Die Arbeit soll mir Spaß machen - Meine Freunde sind mir auch wichtig - Erwartungen an den Beruf)

Arbeit im Sinne von Erwerbsarbeit hat mit zunehmendem Alter der Berufswähler/innen und zunehmender Konkretisierung der Lebenspläne einen wichtigen und Sinn gebenden Stellenwert, auch wenn konkurrierende Lebensfelder, wie Familie, Freundeskreis, Freizeit, Partnerschaft und Hobbys ihre bisherige Bedeutung nicht verlieren, es kann eher von gleichberechtigten Lebensbereichen ausgegangen werden, oder konkreter gesagt, der eine Lebensbereich liefert die materielle Grundlage für den anderen.

In der Studie der Bundesanstalt für Arbeit „Fit für den Berufsstart“ wurden hierzu Schüler/innen detaillierter befragt. Haupt- und Realschüler/innen glauben zu zwei Dritteln, „dass die Berufstätigkeit in ihrem späteren Leben sehr wichtig sein wird. Dies gilt für junge Frauen genauso wie für junge Männer. Ganz anders stellt sich die Wertehierarchie

bei Gymnasiasten dar: Bei ihnen rangiert der Beruf erst an dritter Stelle nach Freunden und Partnerschaft und vor der Familie.

Wichtiger als Freizeit und Hobbys erscheinen den Jugendlichen für ihr künftiges Leben auch Partnerschaft und Freunde – ein Ergebnis, das den in der Wertediskussion häufig beklagten Hedonismus der jungen Generation etwas relativiert. Mit dem bevorstehenden Beginn einer Berufsausbildung verbinden Jugendliche überwiegend positive Aspekte: Rund drei Viertel der Befragten sehen darin die Chance, sich mit interessanten Dingen beschäftigen zu können. An zweiter Stelle steht die Vorstellung, damit später auch einmal Geld verdienen zu müssen. Unabhängigkeit von den Eltern ist besonders für Mädchen ein starkes Motiv, sich mit der Berufswahl zu beschäftigen (57% gegenüber 40% bei Jungen).¹²

In der Rangfolge der Motive für die spätere Berufstätigkeit stehen für junge Menschen die Sicherheit des Arbeitsplatzes und eine ausreichende Existenzsicherung weit oben. Es folgen inhaltliche und soziale Ansprüche an die Berufsarbeit, wie z.B. mit Menschen umgehen und etwas Nützliches tun oder, eine interessante, abwechslungsreiche Tätigkeit. Bei den Motiven für die unmittelbar bevorstehende Berufswahl sind den Jugendlichen Spaß an der Arbeit, persönliche Interessen und Eignung am wichtigsten.

Der hohe Stellenwert von Erwerbsarbeit in den Lebensentwürfen ist zum einen vor dem Hintergrund Existenz sichernder Motivation zu sehen zum anderen wird er durch sozial-humanistische Motive begründet. Es ist auch zu beobachten, dass die Verwirklichung anspruchsvoller Persönlichkeitsmodelle Teil der Identität vieler junger Menschen geworden ist. Dies lässt vermuten, dass sich die Ansprüche an Ausbildung und Arbeit zugunsten persönlichkeits- und identitätsrelevanter Merkmale verändert. Diese neue Wertigkeit macht die Jüngeren heute bereiter zur Kritik an den vorzufindenden Arbeitsbedingungen und anfälliger für Erfahrungen des Sinnverlustes von Arbeit.

Ausbildungsvermittlung durch die Bundesagentur für Arbeit

(Einflussfaktoren: Zahl der Ausbildungsstellen in der Region - Anforderungen in den Berufen, bei den Betrieben - Wie bekomme ich eine Stelle? - negative Meldungen zum Ausbildungsstellenmarkt)

Der gesetzliche Auftrag zur Ausbildungsvermittlung ist in §35 des dritten Sozialgesetzbuches (SGB III) festgeschrieben. Ausbildungsvermittlung umfasst alle Tätigkeiten, die darauf gerichtet sind Arbeitgeber und Ausbildungssuchende zur Begründung eines Ausbildungsverhältnisses zusammenzuführen. Ziel aller vermittlerischen Bemühungen ist es, dass Arbeitgeber geeignete Auszubildende und Ausbildungsbewerber eine geeignete Ausbildungsstelle erhalten. Dabei sind die Anforderungen der angebotenen Stellen sowie Neigung, Eignung und Leistungsfähigkeit der Ausbildungssuchenden zu berücksichtigen.

¹²Annette Kleffner, Lothar Lappe, Erich Raab, Karen Schober: "Fit für den Berufsstart?" Berufswahl und Berufsberatung aus Schülersicht. Materialien zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 3/1996, Seite 5.

Die Anforderungen an einen Ausbildungsbetrieb (Eignung des Ausbildungsbetriebes) zum Erhalt einer Ausbildungsberechtigung regelt das Berufsbildungsgesetz (BBiG). Bei erstmaliger (oder nach längerer Unterbrechung erneuter) Erteilung eines Vermittlungsauftrags für eine Ausbildungsstelle schaltet die Agentur für Arbeit vor der Vermittlung die für den meldenden Betrieb zuständige Stelle (Kammer) zur Überprüfung der Ausbildungsberechtigung ein.

Im Beratungsgespräch klären die Berufsberater/innen mit den Ausbildungssuchenden deren Interessen, Eignung und Leistungsfähigkeit ab und stellen einen Bezug zu den Anforderungen der Berufe her. Mit dem Einverständnis der Rat suchenden Jugendlichen können zusätzlich ärztliche und/oder psychologische Untersuchungen und Gutachten durchgeführt und eingeholt werden, soweit dies für die Feststellung der Berufseignung oder Vermittlungsfähigkeit erforderlich ist.

Ausbildungsvermittlung meint im engeren Sinne die Vermittlung in Ausbildungsstellen im dualen System (nach dem Berufsbildungsgesetz BBiG). Daneben erbringt die Berufsberatung/Teams für die Kundengruppe Ausbildungsmarktpartner aber auch den Nachweis schulischer Ausbildungsplätze (z.B. für die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin, zum Krankenpfleger/zur Krankenschwester etc.) sowie von Praktikantenstellen für Studienanfänger und Studierende. Das Schülerpraktikum in einem Betrieb gehört nicht dazu, hier werden die Stellen in der Regel durch die Schule vermittelt.

Folgende Schritte sind bei der Ausbildungsvermittlung besonders hervorzuheben:

Auftrags(Stellen-)orientierte Vermittlung

- Informationen über die aktuellen Bedingungen auf dem Ausbildungsmarkt und Unterstützung des Arbeitgebers bei der Entwicklung von Auftragsprofilen unter Berücksichtigung des aktuellen Bewerberangebotes.
- Offene Präsentation der Ausbildungsstellenangebote (sofern vom Auftraggeber gewünscht) online und in den Berufsinformationszentren im Virtuellen Arbeitsmarkt/ AusbildungsStellenInformationsService *asis*.
- Präsentation des Stellenangebotes im zentralen Stellenanzeiger von Markt+Chance, einer Zeitung der Bundesanstalt für Arbeit, die kostenlos in öffentlichen Räumen (Bibliotheken, Verwaltungen etc.) ausgelegt wird.
- Überregionale Vermittlung.
- Unterbreitung von gezielten Vermittlungsvorschlägen an Bewerber/innen, mit Hinweisen zum Bewerbungs- und Einstellungsverfahren, zum Ansprechpartner im Betrieb, ggf. auch mit konkreten Hinweisen zum jeweiligen Unternehmen.
- Gezielte Gewinnung von Bewerberinnen und Bewerbern für die Vermittlung in Ausbildungsstellen.
- Unterstützung bei der Analyse erfolgloser Bewerbersuche und Entwicklung alternativer Rekrutierungsstrategien (z.B. Veränderung des Anforderungsprofils).

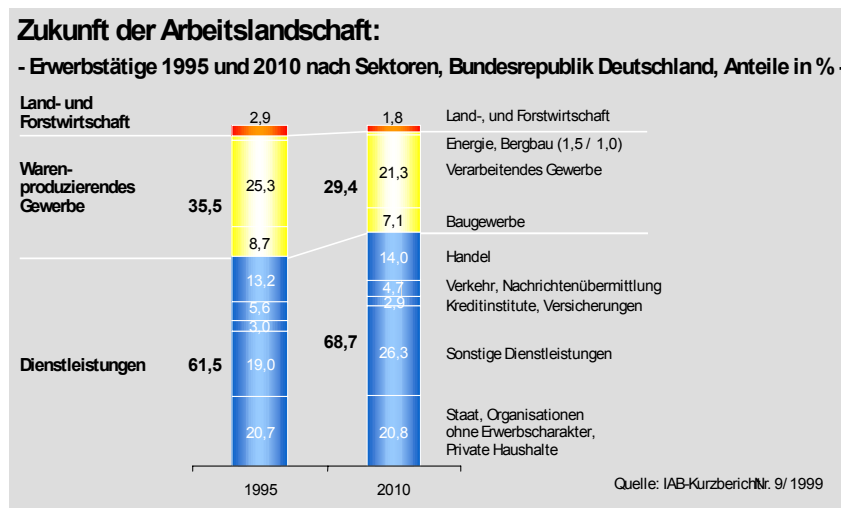
- Gezielte Erweiterung des Ausbildungsplatzangebotes zum Beispiel durch die finanzielle Förderung von Betrieben, bzw. durch die Initiierung von Ausbildungsverbünden.

Bewerberorientierte Ausbildungsvermittlung

- Informationen über die aktuellen Möglichkeiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt (insbesondere Angebots- und Konkurrenzsituation).
- Entscheidungshilfen bei der Auswahl von Bewerbungsmöglichkeiten (z.B. Informationen über den einzelnen Betrieb, die Ausbildung und die Form des Berufsschulunterrichtes).
- Gezielte Ausgabe von Vermittlungsvorschlägen, s.o.
- Überregionale Vermittlung
- Präsentation des Bewerberangebotes im zentralen Bewerberanzeiger von Markt+Chance, einer Zeitung der Bundesanstalt für Arbeit, die kostenlos an Arbeitgeber (Abonnenten) im ganzen Bundesgebiet ausgeliefert wird.
- Tipps für die Bewerbungen.
- Unterstützung bei der Analyse erfolglos verlaufener Bewerbungen und Entwicklung alternativer Bewerbungsstrategien (z.B. Erweiterung des Berufswahlspektrums, Verhaltensänderungen im Vorstellungsgespräch).
- Gezielte Akquisition von Ausbildungsstellen.
- Ausbildungsvermittlung ist kein isoliertes Tätigkeitsfeld der Berufsberatung, sondern ist auf vielfältige Weise mit dem Aufgabenspektrum von Beratung und Orientierung verflochten.

8.2 Berufsforschung durch die Bundesagentur für Arbeit

(Exkurs zu den Einflussfaktoren, im Kontext zum Thema: Förderung der beruflichen Orientierung durch die Bundesagentur für Arbeit)



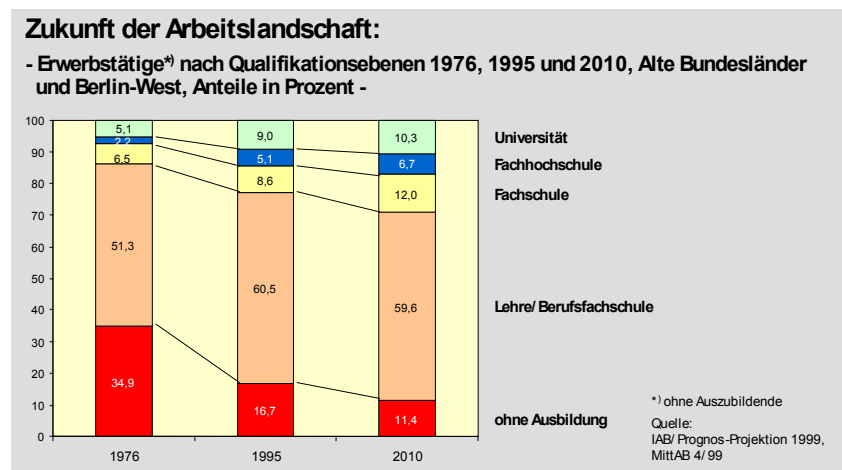
Die Arbeitslandschaft in Deutschland (und in der Welt) befindet sich auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft. Die Drei-Sektoren-Theorie beschreibt, dass sich der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit in allen Gesellschaften zunächst vom primären auf den sekundären Sektor und anschließend vom sekundären auf den tertiären Sektor verlagert, oder mit anderen Worten: Agrargesellschaften verwandeln sich zunächst in Industriegesellschaften und Industriegesellschaften schließlich in Dienstleistungsgesellschaften. Die Schwerpunktverlagerung hin zum tertiären Sektor ist – wie auch die vorherigen Entwicklungen – mit wichtigen Veränderungen in der Sozialstruktur, im Schichtgefüge der Gesellschaft und in den Lebens- und Arbeitsbedingungen verknüpft.

In der Regel wird der **Strukturwandel** durch zwei grobe statistische Eckdaten angezeigt: Durch den Anteil der drei Sektoren an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung (am Bruttosozialprodukt) und an der Verteilung der Erwerbstätigen auf die drei Sektoren. Bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts hinein war Deutschland eine Agrargesellschaft, mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen war im primären Sektor beschäftigt. Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein durchlief Deutschland dann die Phase einer Industriegesellschaft: Immer mehr Erwerbstätige arbeiteten im sekundären Sektor, in der Produktion – in den fünfziger und sechziger Jahren fast die Hälfte. Der Anteil der Erwerbstätigen im primären Bereich schrumpfte kontinuierlich – von gut einem Drittel um die Jahrhundertwende auf sieben Prozent im Jahre 1970.

Gleichzeitig stieg der Anteil der Dienstleister kontinuierlich an und überholte in den siebziger Jahren den rückläufigen Anteil der Erwerbstätigen in der Produktverarbeitung. Seit den siebziger Jahren ist Deutschland also zu einer **Dienstleistungsgesellschaft** geworden. Der tertiäre Sektor dominiert in der Beschäftigung und in der Wertschöpfung; er dehnt sich immer weiter aus, während der industriell-handwerkliche kontinuierlich

zurückgeht und der Primärsektor auf einen kleinen, weiter schrumpfenden Rest zusammengedrückt wird. Allerdings ist dabei zu beachten, dass ein großer Teil der Dienstleistungen „produktionsbezogen“ ist – sie dienen der Planung und Durchführung der Güterproduktion sowie der Verteilung der Güter. Daher ist es durchaus angemessen, die moderne Gesellschaft noch als eine industrielle Dienstleistungsgesellschaft zu bezeichnen.

Die **Forschung** ist zwar nicht in der Lage, die Anforderungen der künftigen Arbeitswelt in all ihren Facetten sicher vorher zu sagen. Sie kann aber wohl die großen Entwicklungslinien erkennen, die die Arbeitswelt der Zukunft bestimmen werden. Deutschland befindet sich, wie andere hoch entwickelte Wirtschaftsnationen auch, auf dem Weg in die Wissensgesellschaft. deutlich wird dies, wenn man sich die unterschiedlichen Arbeitsmarktrisiken verschiedener **Qualifikationsgruppen** ansieht: je niedriger die berufliche Qualifikation, desto schlechter die Position. Während die Arbeitslosenquote von Hochqualifizierten in den vergangenen Jahrzehnten auf niedrigen Niveau blieben und auch Personen mit Ausbildungsabschluss noch unterdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren, verschlechterten sich die Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten erheblich.



Die beiden mittleren Ebenen Lehr- und Fachschulabschluss werden zusammen zwar noch leichte Beschäftigungsgewinne erzielen, allerdings mit einer deutlichen Gewichtsverschiebung zugunsten der Fachschulebene (Handels- und andere Fachwirte, Techniker). Innerhalb der Gruppe Lehr- bzw. Berufsfachschulabschluss wird die klassische Kombination Hauptschule und Lehre erheblich an Bedeutung verlieren, Gewinner sind Personen mit mittlerer Reife und Abschluss einer Berufsausbildung.

Es lassen sich allerdings Tendenzen erkennen, die aktuell einfach strukturierten Arbeitsaufgaben nicht an Personen mit unterem Leistungsniveau zu übertragen, sondern auch hierfür Mitarbeiter mit höheren Qualifikationen einzustellen, die dann zunächst einmal unterfordert sind. Diese Strategie wird gewählt, um bei Änderung der Anforderungen, wie sie in innovativen Arbeitsumgebungen immer auftreten, die betroffenen

MitarbeiterInnen weiter beschäftigen zu können. Dies ist nur möglich, wenn die Mitarbeiter über ein zusätzliches, bisher nicht genutztes Potenzial und über Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügen, die dem Unternehmen die Möglichkeit lässt, sie jederzeit anders einzusetzen.

Der Bedarf an Hochschulabsolventen wird weiter steigen, besonders begünstigt sind Fachhochschulabsolventen. Die akademische Ausbildung unterliegt immer schnelleren Veränderungen. Gerade in den letzten beiden Jahren sind an fast allen Hochschulen neue Studiengänge mit Bachelor/Master-Abschluss entstanden. Denn es wird in der Informations- und Wissensgesellschaft vor allem anspruchsvolle Arbeitsplätze für jene Personen geben, die sich mit einer soliden, die Grundlagen vertiefenden Qualifizierung auf diese Aufgaben vorbereitet haben und über die nötigen Schlüsselqualifikationen verfügen.

Bewerbungsverfahren/Was tun bei Absagen?

(Einflussfaktoren: Wie bekomme ich eine Ausbildungsstelle? - Bewerbungen, Tests, Vorstellungsgespräche - Was tun bei Absagen?)

Bewerben kommt von Werben. Mit der Bewerbung will der Ausbildungsstellensuchende Erfolg haben. Sie werben für sich mit dem Ziel, die gewünschte Ausbildungsstelle oder den gewünschten schulischen Ausbildungsplatz zu bekommen

Im Laufe Ihrer Bewerbung werden Sie immer wieder folgenden Fragen gestellt:

Warum haben Sie sich für diesen Beruf entschieden?

Warum bewerben Sie sich gerade bei diesem Betrieb?

Welche Fähigkeiten und Interessen bringen Sie für diesen Beruf mit?

Bewerbungsschreiben

Die meisten Betriebe und Behörden sowie Berufsfachschulen oder Akademien erwarten als erstes eine schriftliche Bewerbung, auch dann, wenn man telefonisch Kontakt aufgenommen hat. Zu den einzureichenden Unterlagen gehören immer:

- Bewerbungsschreiben,
- tabellarischer Lebenslauf,
- Lichtbild vom Fotografen,
- Kopie des letzten Zeugnisses,
- evtl. Bescheinigungen von Praktika oder Kursen.

Wichtige Informationen zum Bewerbungsverfahren sind im Internet unter www.arbeitsagentur.de, > Berufs- und Studienwahl/Ausbildungssuche > Bewerbung zu finden. Auf dieser Seite befindet sich auch das umfangreiche interaktive Bewerbungsprogramm „Bewerben um eine Ausbildungsstelle“.

Auswahltest

Bei vielen Arbeitgebern gehört der Test zum Auswahlverfahren. Es gibt sehr viele verschiedene Testarten und Testelemente, „selbst gestrickte“ oder auch von Spezialisten erstellte Tests. Herausgefunden werden soll damit z.B.

- ob man den Anforderungen der Ausbildung gewachsen ist,
- ob man über schulisches Grundwissen und Allgemeinwissen verfügt,
- ob man sich trotz Prüfungsdruck über einen längeren Zeitraum hinweg konzentrieren und systematisch arbeiten kann,
- ob die Persönlichkeit und die Einstellungen den Erwartungen des Betriebes entsprechen.

Vor der Teilnahme an einem Test empfiehlt es sich, z.B. Grundrechenarten, Bruchrechnen, Prozentrechnen, Dreisatzrechnen zu wiederholen. Auch „problematische“ Rechtschreibregeln sollte man sich noch einmal anschauen. Das regelmäßige Lesen einer Tageszeitung oder Anschauen der Nachrichten- oder Magazinsendungen hilft bei Aufgaben und Fragen zur Allgemeinbildung.

Die Informationsbroschüre „Orientierungshilfe zu Auswahltests“ mit vielen Tipps und Beispielen wird von der Bundesagentur für Arbeit in jeder Arbeitsagentur bereitgestellt.

Vorstellungsgespräch

Wenn man zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen wird, hat man die erste Bewerbungshürde genommen. Grundregeln, die unbedingt beachtet werden sollten:

- Pünktlich erscheinen
- Kleidung, die der Situation angemessen ist
- Nicht hinter jeder Frage eine Falle vermuten
- Freundlich und gelassen bleiben
- Deutlich und konzentriert antworten
- Höflich nachfragen, wenn man eine Frage nicht verstanden hat
- Eigene Fragen stellen
- Auf die eigenen Stärken hinweisen, Schwächen nicht vertuschen.

Assessment Center (AC)

Mittlerweile nutzen viele Unternehmen auch bei Auszubildenden diese Art der Bewerberauslese. Die Teilnehmer müssen in diesem Verfahren Anforderungen und Fähigkeiten mehrfach in wechselnden Situationen unter Beweis stellen, z.B. soziale Kompetenz oder Durchsetzungsvermögen in Rollenspielen, Kritikgesprächen oder Gruppendiskussionen. Ihr Verhalten wird hierbei durch mehrere geschulte Beobachter beurteilt.

Was tun bei Absagen?

Man darf sich nicht entmutigen lassen! Ursachenforschung hilft herauszufinden, was man beim nächsten Mal besser machen kann.

Eine Absage kann man bekommen haben,

- weil sich viele um wenige Stellen beworben haben. Das heißt nicht, dass der Einzelne für den Beruf ungeeignet ist. Tipp: die Berufsberatung weiß ggf., ob woanders mehr Stellen als Bewerber vorhanden sind. Oder man denkt über berufliche Alternativen nach.
- weil der Bewerber die vom Betrieb gewünschten Voraussetzungen nicht erfüllt, z.B. einen bestimmten Schulabschluss nicht hat oder die Zeugnisnoten nicht gut genug sind. Tipp: weiterer Schulbesuch kann ggf. zum geforderten Abschluss führen. Oder man ändert den Berufswunsch.
- weil die schriftliche Bewerbung unvollständig, fehlerhaft oder zu unpersönlich war. Tipp: Informationen und Beispiele für bessere Bewerbungen besorgen.
- weil man im Auswahltest gescheitert ist oder das Vorstellungsgespräch nicht gut lief.
- *last but not least*: weil man für die Stelle nicht geeignet ist.

8.3 Ansätze zur Berufswahl

„Die Berufswahl ist ein komplexer Vorgang, den die Berufswahlforschung von verschiedenen Seiten her aufzuschlüsseln versucht hat. Dabei sind mehrere Erklärungsansätze – und diese jeweils in mehreren Varianten – entstanden. Für die Berufswahlforschung mag diese Vielfalt zweckmäßig vielleicht unumgänglich sein, weil sie möglicherweise nur so die Komplexität ihres Gegenstandes in den Griff bekommt. Für die Praxis der Berufswahlhilfe (Berufsberatung, schulische Berufswahlvorbereitung u.ä.) ergibt sich daraus die Schwierigkeit, ein ausgewogenes Gesamtverständnis von der Berufswahl zu gewinnen, das sie ihrem Handeln zugrunde legen könnte.“¹³

Im Folgenden sollen die klassischen Berufswahltheorien in einem knappen Überblick wiedergegeben werden, insbesondere die von ihnen thematisierten Aspekte der Berufswahl. Danach wird die Erklärungsperspektive vorgestellt, die es unternimmt, eine ganzheitliche Auffassung von der Berufswahl zu vermitteln, das Konzept der Berufswahl als Identitätsbewährung.

Der **allokationstheoretische Ansatz** stellt die gesellschaftlichen Bedingungen und Steuerungsprozesse in den Vordergrund, die bei der Berufswahl wirksam sind. Aus dieser Sicht wird die Berufswahl aufgrund sozialer und ökonomischer Einflüsse bestimmt. Hierzu zählt die Umwelt und ihr Einfluss, die formellen und informellen Barrieren, die den Zugang zu Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten reglementieren. Das Individuum ist geprägt durch seine Sozialisation - Familie, Schule, Berufsberatung, Arbeitsorganisa-

¹³ Ludger Bußhoff: Berufswahl. In: Kreklau/Siegers (Hrsg.): Handbuch der Aus- und Weiterbildung, Grundlagen der Bildungsarbeit - Ausbildungsförderung. Köln, 1995.

tionen - es hat Haltungen und Einstellungen übernommen, die die Perspektiven einengen.

Im **entwicklungstheoretischen Ansatz** wird die Interaktion zwischen Umwelt und Individuum hervorgehoben. Berufswahl wird als eine Phase in einem lebenslangen Prozess der vorberuflichen, beruflichen und nachberuflichen Entwicklung verstanden, welche durch Reifungsprozesse und Lernerfahrungen ihre Dynamik erhält. Sie vollzieht sich parallel zur Persönlichkeitsentwicklung. Berufliche Persönlichkeitsmerkmale werden in bestimmten Entwicklungsphasen herausgebildet und sind dem phasenspezifischen Einfluss der sozialen Umwelt ausgesetzt. Individuelle Festlegungen sind umso stabiler, je früher sie getroffen werden.

Ein sehr verbreiteter, weil dem alltäglichen Denken weit entgegenkommender Erklärungsansatz, betrachtet die **Berufswahl als Zuordnungsprozess**. Er geht davon aus, dass jede Person über ein spezifisches Muster von Merkmalen (Fähigkeiten, Interessen, Einstellungen u.a.) verfügt und jeder Beruf durch ein typisches Muster von geforderten Fähigkeiten, Möglichkeiten, gewünschten Einstellungen u.a. gekennzeichnet ist. Berufswahl wird dann als ein Abgleich von Persönlichkeitsprofil und Berufsprofil gesehen. Dabei nimmt man an, dass Erfolg und Zufriedenheit im gewählten Beruf umso wahrscheinlicher eintreten, je besser Persönlichkeitsmuster und Berufsmuster übereinstimmen.

Im Erklärungsmodell der **Berufswahl als Entscheidungsprozess** wird das Individuum und sein Verhalten in den Vordergrund gestellt. Die persönlichen Merkmale sind in diesem Ansatz als Entscheidungskriterien konzipiert, die vom Berufswähler/von der Berufswählerin unterschiedlich gewichtet sein können. Berufswahl ist ein Prozess, der in aufeinander aufbauenden Entscheidungsschritten abläuft und im Wesentlichen rational bestimmt ist:

1. Problemfeststellung
2. Suche nach Informationen und deren Verarbeitung
3. Herausarbeiten von Entscheidungsalternativen
4. Entscheidung
5. Umsetzung der Entscheidung
6. Auseinandersetzung mit und Überwindung von Nachentscheidungsdissonanzen

Ein weiteres Erklärungskonzept ist der **lerntheoretische Ansatz** der Berufswahl. Es macht sich die Erkenntnis der Lernforschung zunutze und betrachtet die für die Berufswahl wichtigen persönlichen Faktoren als Ergebnisse vorausgegangener Lernerfahrungen. Als in diesem Sinne zentrale Lernergebnisse werden das Selbstkonzept (insbesondere das Konzept der eigenen Fähigkeiten und Interessen) und die Problemlösungsmethoden angesehen. Von ihnen hängt ab, welche Berufsalternativen als personenkonform wahrgenommen, wie sie informatorisch aufgearbeitet, zu einer Entscheidung gebracht und schließlich zu realisieren versucht werden.

„Von einer übergeordneten Perspektive aus können die bisher beschriebenen Erklärungsansätze als aspektgebundene Teiltheorien begriffen werden. Eine (...) übergeordnete Perspektive wird in dem Konzept der **Berufswahl als Identitätsbewährung** eröffnet. Berufswahl wird als Übergangsprozess betrachtet, in dem es um die Bewährung (Erhaltung und Entfaltung) der Identität in der beruflichen Dimension geht.

Identität entwickelt sich aus der Erfahrung, die wir selbst in bestimmten Umwelten machen. Selbsterfahrungen sind dann zugleich auch Identitätserfahrungen, wenn die beiden folgenden Erfahrungsstränge aufeinander treffen:

- der eine Erfahrungsstrang, der uns mit unserer gegenwärtigen Umwelt verbindet und uns aktuelle Selbsterfahrung verschafft;
- der andere, der in unsere Lebensgeschichte zurückreicht und in dem die vergangenen Erfahrungen zu einem bestimmten Selbstsystem verarbeitet sind.

Ein Element dieses Selbstsystems ist die Selbstwertorientierung, damit ist eine wertende Einstellung sich selbst gegenüber gemeint, sie gehört zu den fundamentalen Determinanten unseres Denkens, Fühlens und Handelns. Wir sind unablässig dabei, Dinge zu tun, die uns in den Augen anderer und auch im eigenen Urteil als gut, wichtig, wertvoll, liebenswert, einflussreich etc. erscheinen lassen. Zwei weitere fundamentale Elemente sind das Selbstkonzept (das Bild, das wir im Laufe der Zeit von uns gewonnen haben, wie wir sind, zu sein wünschen und glauben, sein zu sollen) und die Selbstmotive (selbstbezogene Aktivitätspräferenzen).

Dieser Schnittpunkt der beiden Erfahrungsstränge ist seiner Funktion nach als eine Art Kontrollstelle in einem Regelkreis der Selbst- und Umwelterfahrung zu denken. Wird in Problemsituationen der Selbsterfahrungskreis unterbrochen, (...) wird Identität erfahrbar und erlebbar als Ausdruck der eigenen Persönlichkeit und sie wird zur Aufgabe, dann geht es um die Erhaltung und Entfaltung von Identität.“¹⁴

Berufswahl ist aus dieser Sicht ein Übergangszyklus, der in der Regel mehrfach im Laufe des Berufslebens zu bewältigen ist (primäre Berufswahl, Spezialisierungsentscheidungen während der Ausbildung/ des Studiums, Arbeitsplatzwahl, Arbeitsplatzwechsel, Tätigkeitswechsel, Berufswechsel, formelle Fortbildung, Wechsel in Aufstiegspositionen, Übernahme von Teilzeitbeschäftigung, Selbstständigkeit).

Zu Beginn der primären Berufswahl werden Jugendliche mit der Erwartungshaltung der Familie, der Schule und auch der Berufsberatung konfrontiert, sich auf eine Position im Berufsleben vorzubereiten. Sie sehen sich vor eine Herausforderung gestellt, die sich bei der Vielzahl und Vielfalt der Berufe nicht von selbst erledigt, sondern wenigstens einiges an Aufmerksamkeit und Überlegungen erfordert. Objektiv ist die Situation dadurch gekennzeichnet, dass ihrer bisherigen Identität, in der sie sich als Schüler/als Schülerin eingerichtet haben, in wesentlichen Teilen die Grundlage entgleitet und neue Selbsterfahrungswege erst gefunden und erprobt werden müssen.

¹⁴ Ludger Bußhoff: Selbstwertorientierung und Berufswahl. In: ibv, Zeitschrift für berufskundliche Information und Dokumentation, Hrsg.: Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 33, 1996, Seite 2052

Aus dieser Identitätskrise - ob sie als schwerwiegend erlebt wird oder nicht - ergibt sich die Aufgabe, den Identitätsprozess neu einzuregeln. Der Berufswähler/die Berufswählerin kann zwar versuchen, sich dieser Aufgabe zu entziehen, in dem er/sie die Entscheidung hinauszögert z.B. durch weiteren Schulbesuch. Spätestens nach dem neu erreichten Schulabschluss aber steht er erneut vor der Notwendigkeit der Berufsfindung und erkennt, dass die Voraussetzung für eine förderliche persönliche Entwicklung die Annahme der Identitätsaufgabe ist, d.h. die Suche nach und die Entscheidung für einen beruflichen Einstieg muss erfolgen.

„Der identitätstheoretische Ansatz nimmt Berufswähler/innen in ihrer jeweiligen Individualität ernst. Er geht davon aus, dass den Urteilen und dem Handeln der Berufswähler/innen eine spezifische individuelle Rationalität zugrunde liegt, die es zu erfassen bzw. zu rekonstruieren gilt. Aus Sicht der Berufswähler/innen erweist sich dann häufig als konsistent, rational und hinreichend, was aus Sicht des entscheidungstheoretischen Modells rationalen Berufswahlverhaltens als inkonsistent, irrational oder defizitär erscheint. (...)“

Aus identitätstheoretischer Perspektive beispielsweise lässt sich das Verhalten desjenigen Schülers als konsistent beurteilen, der Kfz-Mechaniker werden wollte und den Beruf eines anderen Mechanikers ablehnte, weil er nicht an dreckigen, ölverschmierten Maschinenteilen arbeiten wollte. Aus Interviews mit anderen Schülern, die den Kfz-Mechanikerberuf anstrebten, weiß man, dass sie den Beruf nicht wegen seiner Arbeitsinhalte, sondern wegen der Faszination des Produkts Auto wählen. Das Auto spielt eine wesentliche Rolle in ihren Identitätsentwürfen. Es ist Ausdrucksmittel eines bestimmten Männlichkeitsideals. Mit ihm binden sich Vorstellungen von Kraft, Geschwindigkeit, Technikbeherrschung, sozialem Ansehen und Attraktivität bei Mädchen.“¹⁵

¹⁵ Dietmar Kahsnitz: Identitätstheoretische Berufswahlforschung und Berufsberatung. In: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 202. Nürnberg, 1995, Seite 326.

9 Ausbildungsberatung durch die IHK

Michael Vornweg, IHK Nord Westfalen

Die Ausbildungsberatung ist im Rahmen der Verantwortung für Ausbildung bei Industrie, Handel und Dienstleistung eine – durch Gesetz zugewiesene – hoheitliche Aufgabe der Industrie- und Handelskammer. Die IHK unterstützt ihre Mitgliedsunternehmen in allen Fragen der Ausbildung, leistet konkrete Hilfe bei Schwierigkeiten und vermittelt bei Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Unternehmen.

Die Industrie- und Handelskammern haben Ausbildungsberater zu bestellen, die die Berufsausbildung in den Unternehmen durch Beratung fördern und begleiten. Dabei ist zuerst festzustellen, ob das Unternehmen überhaupt ausbilden kann. Sachliche Voraussetzungen sind augenscheinlich – dazu zählen räumliche Möglichkeiten und inwieweit die Inhalte der Ausbildungsordnung im Unternehmen vermittelt werden können. Großes Gewicht hat neben den sachlichen Voraussetzungen die persönliche, fachliche und berufspädagogische Eignung des Ausbilders.

Auch hier sind die Ausbildungsberater gefragt, diese durch unterschiedliche Vorschriften vorgegebenen Punkte vor Ort festzustellen.

Gerade in Zeiten eines angespannten Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage nach Lehrstellen werben Ausbildungsberater und besondere Lehrstellenakquisiteure der IHK intensiv um neue Ausbildungsstellen.

Dazu stehen sie in engem Kontakt zu Unternehmen, um Ausbildungsmöglichkeiten auszuloten. Inhalte der Ausbildungsordnungen und Berufsbilder werden vorgestellt und erörtert, Anforderungen an die Ausbildungsstätte erläutert. Kann ein Unternehmen nicht alle Inhalte vermitteln, versuchen die Berater, Ausbildung im Verbund mit anderen Unternehmen beziehungsweise Bildungsträgern zu organisieren. Doch die IHK-Beratung umfasst mehr: Informationen über den Einsatz von Lehr- und Lernmittel, Auswahl und Ausstattung von Ausbildungsplätzen, Aufgabe und Inhalt betrieblicher Ausbildungspläne, über Möglichkeiten der Verlängerung und der Verkürzung der Ausbildungszeit oder vorzeitige Zulassung zur Abschlussprüfung. Aber auch die Zusammenarbeit mit anderen an der Berufsausbildung Beteiligten, zum Beispiel den Eltern und den Berufskollegs, sind die Ausbildungsberater erste Ansprechpartner.

Die Palette von Rechten und Pflichten in der Berufsausbildung oder die vorgesehenen Zwischen- und Abschlussprüfungen – die IHK Ausbildungsberater kennen sich aus. Und nicht zuletzt helfen sie bei Bedarf, die Berufsausbildungsverträge zusammen mit Betrieb und Auszubildenden auszufüllen.

Diese Leistungen erhalten die Unternehmen nach Möglichkeit direkt vor Ort durch die Berater. Manchmal genügt allerdings ein Telefongespräch oder eine kurze Mail oder ein Brief.

Die Industrie- und Handelskammer ist mit ihren Ausbildungsberatern in gleicher Weise aber auch Ansprechpartner für die Auszubildenden. Zum Beratungsspektrum für die Auszubildenden gehören die Information über die

- Rechte und Pflichten aus dem Ausbildungsverhältnis,
- Verkürzung oder Verlängerung der Ausbildungszeit,
- Berufsschulbesuch und Teilnahme an außerbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen,
- Zulassung, Anforderungen und Ablauf der Zwischen- und Abschlussprüfung,
- Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten,
- Aufstiegs- und Förderungsmöglichkeiten,
- rechtliche Grundlagen und Rechtsverordnungen,
- die Unterstützung, die Ausbildung – zum Beispiel bei Insolvenz – in einem anderen Unternehmen fortzuführen,

Während der Ausbildung stehen die Ausbildungsberater Unternehmen, Auszubildenden, deren Erziehungsberechtigten und Lehrern von Berufskollegs als Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Berufsausbildung zur Verfügung. Selbst bei Streitigkeiten und Konflikten während der Ausbildung zwischen den Parteien vermitteln die Ausbildungsberater und versuchen, sie einvernehmlich zu lösen. Gelingt es in Einzelfällen nicht, die Streitigkeit zu lösen, kann der Schlichtungsausschuss angerufen werden. Dieser entscheidet dann objektiv nach Anhörung beider Parteien über den vorgetragenen Konflikt.

Und sollte ein Ausbildungsbetrieb Insolvenz anzeigen müssen, helfen IHK-Berater den Lehrlingen, eine neue Ausbildungsstelle zu finden. Diese Aufgabe wird von den Industrie- und Handelskammern in enger Kooperation mit der jeweils zuständigen Agentur für Arbeit wahrgenommen.

Die Industrie- und Handelskammern haben es sich selbst zur Aufgabe gemacht, ein möglichst großes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zu erschließen. Ziel dabei ist, einen Ausgleich zwischen angebotenen und nachgefragten Ausbildungsplätzen herzustellen. In diesem Zusammenhang unterstützen die Industrie- und Handelskammern die Agenturen für Arbeit, Jugendliche in Lehrstellen zu vermitteln. Die IHKs informieren über die verschiedenen Möglichkeiten der Ausbildung bei vielen Gelegenheiten – zum Beispiel bei Berufsinformationsveranstaltungen von Schulen, Städten oder der Agentur für Arbeit.

Die Wahrnehmung dieser Aufgaben setzt eine enge Kooperation mit allen an der Ausbildung Beteiligten vor Ort voraus. Zu dieser Vernetzung gehören unter anderem allgemeinbildende Schulen, Berufskollegs, Unternehmen, Wirtschaftsverbände/-organisationen, Kommunen, Gewerkschaften und die Agenturen für Arbeit.

Die IHK Nord Westfalen in Gelsenkirchen veranstaltet regelmäßig gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, Ausbildungsbetrieben und anderen Verbänden und Organisationen einen Markt der Bildung auf der Verbraucherausstellung „Gelsen-Schau“. Durch Un-

terstützung der heimischen Wirtschaft haben die Schulabgänger/-innen der allgemeinbildenden Schulen und der Berufskollegs die Möglichkeit, den Markt der Bildung zu besuchen. Dort werden Ausbildungsberufe zum Anfassen gezeigt. Die Jugendlichen können sich über die vielfältigen Berufsmöglichkeiten informieren und sich zu den bisherigen Berufswünschen Alternativen erarbeiten. Die ausstellenden Weiterbildungsträger zeigen die vielfältigen Wege nach der Ausbildung jenseits eines Studiums auf. Ausbildung endet nicht in einer Sackgasse, sondern bietet mit einer sinnvollen Weiterbildung die Grundlage für den Slogan "Karriere mit Lehre und Weiterbildung".

Die IHK bietet durch die internetbasierte interaktive Lehrstellenbörse und dem im Internet sowie auf CD vorhandenen Lehrstellenatlas eine aktuelle Informationsmöglichkeit mit modernsten Instrumenten an. Durch Vorträge in Schulen, die Durchführung von Lehrerbetriebspraktika und der Bereitstellung eines mit PC-Info-Plätzen und Beratungsinseln ausgestatteten „mobilen“ Berufsinformationszentrums wird ein Maximum an Wissen zu den einzelnen Berufen, den Berufsanforderungen und beruflichen Perspektiven vermittelt.

Die IHK hilft Schulen bei der Durchführung von Betriebserkundungen und Schülerbetriebspraktika und fördert die Anbahnung von Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung einer für die Jugendlichen optimalen Berufswahlvorbereitung und Berufsorientierung.

AG 3: Kooperation Schule – Jugendberufshilfe: Benachteiligtenförderung - Qualifizierung für die berufliche Bildung

- **BUS-Programm: Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung**

**Referentinnen: Melanie Gläser/Tim Rietzke, Institut für Schulentwicklungs-
forschung, Universität Dortmund**

Monika Schulte, Gesamtschule Berger Feld, Gelsenkirchen

- **Berufsplanung im Rahmen des Modellprogramms
„Kompetenzagenturen“**

Referentin: Monika Käseberg, Kompetenzagentur Groß Gerau

10 Das BUS-Programm: Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung¹⁶

Melanie Gläser, Universität Dortmund

Tim Rietzke, Universität Dortmund

Seit Beginn des Schuljahres 2001/02 wird in Nordrhein-Westfalen eine neue Form von Förderpraktika erprobt. Durch die Verknüpfung eines einjährigen betrieblichen Praktikums mit einem eigens entwickelten schulischen Curriculum soll benachteiligten Jugendlichen auch ohne Hauptschulabschluss der Übergang in Ausbildung oder Beschäftigung ermöglicht werden. Zentrales Ziel der Förderpraktika ist es, eine „Karriere“ in berufsschulischen Warteschleifen zu verhindern. Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt sowie die persönliche und soziale Stabilisierung der Schülerinnen und Schüler stehen im Mittelpunkt des Programms.

Das Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) der Universität Dortmund wurde im Rahmen des Programms „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (bmb+f) über das Institut für Sozial- und Kulturforschung e.V. (isk) im Juli 2001 mit der landesweiten wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation der Förderpraktika beauftragt.

Im Zentrum der Evaluation stand die Akzeptanz der Maßnahme seitens der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler, deren Motivation und Leistungsbereitschaft, ihr Selbstkonzept sowie die Unterstützung durch Familien und Freunde. Von besonderem Interesse waren dabei die diesbezüglichen Veränderungen im Verlauf des jeweiligen Praktikumsjahres.

Die Untersuchung basiert auf zwei methodischen Ansätzen: Ein Schwerpunkt der Untersuchung lag auf Fallstudien, die im Schuljahr 2001/2002 an sechs ausgewählten Modellstandorten durchgeführt wurden. In diesem Rahmen wurden Interviews mit den Lehrkräften sowie einzelnen Schülerinnen und Schülern geführt.

Ein zweiter Akzent lag auf der schriftlichen Befragung aller am Förderpraktikum teilnehmenden Schülerinnen und Schüler sowie der beteiligten Lehrkräfte in den Schuljahren 2001/2002 und 2002/2003. Für eine standardisierte Befragung zu Themen wie „Begabungsselbstbilder“, „Erfolg und Misserfolg“, „Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen“ sowie „Einschätzung des Förderpraktikums“ und der „eigenen Fähig- und Fertigkeiten“ hat das IFS ein Instrument entwickelt, welches jeweils zu Beginn und zum Ende der Schuljahre zum Einsatz kam. Parallel zu den Schülerinnen und Schülern der BUS-Klassen wurde jeweils eine 10. Klasse der teilnehmenden Schulen befragt. Hier wurde der eingesetzte Fragebogen um die das Förderpraktikum betreffenden Fragen gekürzt.

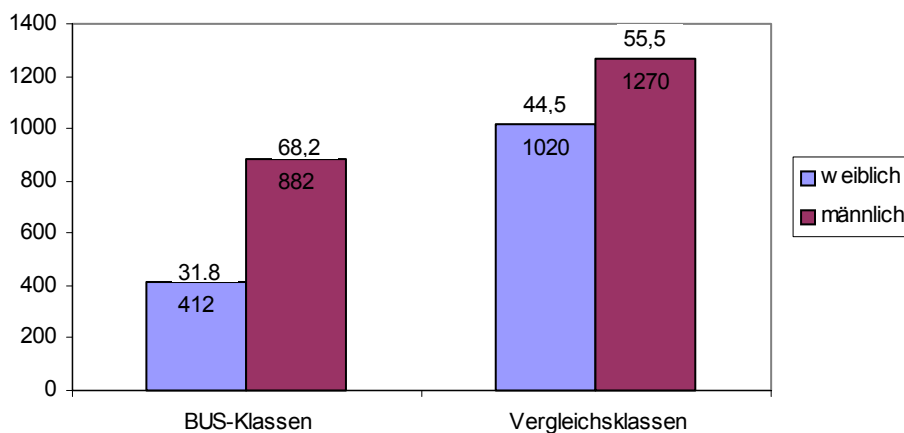
¹⁶ Der vorliegende Text basiert auf dem Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts „Förderpraktika im letzten Pflichtschuljahr an Haupt-, Gesamt- und Sonderschulen“, NRW

Datenrücklauf

In der ersten Erhebungsphase des Schuljahres 2001/02 (November 2001) beteiligten sich 121 Schulen (92%) – davon 25 Gesamtschulen – an der Befragung. Es lagen Fragebögen von insgesamt 1.315 Schülerinnen und Schülern aus den BUS-Klassen vor, von denen 1.304 Fragebögen bis auf einige fehlende Angaben ausgewertet werden konnten. Dies entspricht einem errechneten Rücklauf von ca. 83%. In der zweiten Erhebungsphase (Juni 2002) nahmen 107 Schulen (82%) an der Befragung teil. Die Rücklaufquote betrug 76%, was insgesamt 969 auswertbaren Fragebögen entspricht. Dieser deutliche Rückgang ist vor allem auf die Tatsache zurück zu führen, dass im Verlauf der Maßnahme nach Lehrerangaben ca. 20% der Schülerinnen und Schüler das Förderpraktikum abgebrochen haben. Einige Schülerinnen und Schüler wurden zudem bereits vor dem Zeitraum der 2. Befragung aus der Schule entlassen und konnten daher nicht mehr erreicht werden.

Mit 68% Jungen und 32% Mädchen war der Anteil der Schüler gegenüber den Schülerinnen deutlich höher als in den Regelklassen (vgl. Abb.1).

Abb. 1: Befragte Schüler und Schülerinnen im Schuljahr 2001/2002 nach Geschlecht (n=1.294; n=2.290)



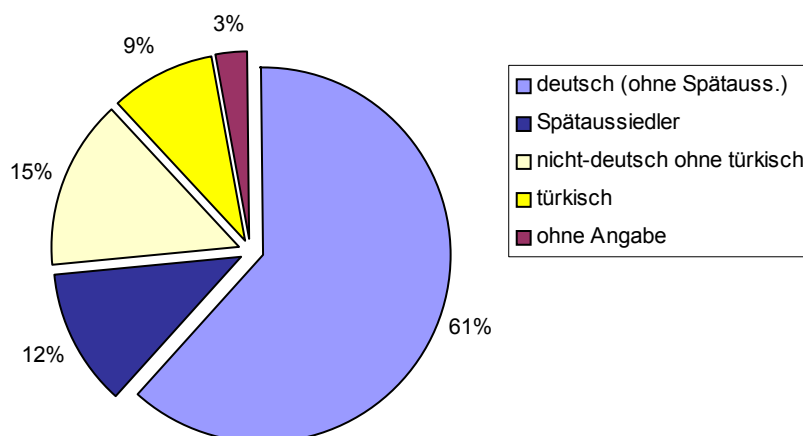
Quelle: IFS 2002, Schülerbefragung Schuljahr 2001/2002

Im Schuljahr 2002/03 (November 2002) beteiligten sich in der ersten Erhebungsphase 152 Schulen (87%) an der Befragung – davon 26 Gesamt- und 25 Sonderschulen. Es lagen auswertbare Fragebögen von insgesamt 1.646 Schülerinnen und Schülern vor, was einem errechneten Rücklauf von 71% entspricht. In der zweiten Erhebungsphase (Mai/Juni 2002) nahmen 149 Schulen (85%) an der Befragung teil, davon 20 Gesamtschulen und 27 Sonderschulen. Die Rücklaufquote betrug 73% (1.295 auswertbare Fragebögen). 66% der Jugendlichen waren Jungen, 34% Mädchen.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit deutscher Staatsbürgerschaft betrug im Schuljahr 2001/02 in den Förderklassen 73% (vgl. Abb. 2), von denen wiederum 16%

Spätaussiedler waren. Gemessen an der Schülerzahl in den BUS-Klassen insgesamt, lag der Anteil der Schülerinnen und Schüler aus Spätaussiedlerfamilien somit bei 12%. Mit 9% stellten türkische Schülerinnen und Schüler die größte ausländische Gruppe dar. Im Schuljahr 2002/03 war eine nahezu identische Verteilung zu beobachten. Die Werte der Vergleichsklassen entsprachen in beiden Schuljahren denjenigen der BUS-Klassen.

Abb. 2: Staatsangehörigkeiten in den BUS-Klassen im Schuljahr 2001/02 (n=1.304)



Quelle: IFS 2002, Schülerbefragung Schuljahr 2001/2002

Parallel zu den Schülerbefragungen am Ende der Schuljahre 2001/02 und 2002/03, erhielten die Lehrkräfte einen ausführlichen Fragebogen, der die Erfahrungen, Erkenntnisse und Einschätzungen der beteiligten Lehrerinnen und Lehrer fokussiert. Von ursprünglich 133 Schulen waren am Ende des Schuljahres 2001/02 noch 131 beteiligt. Es konnten insgesamt 107 Fragebögen von Lehrerinnen und Lehrern ausgewertet werden, was einer Quote von knapp 82% entspricht. Im Schuljahr 2002/03 beteiligten sich 141 Lehrer (81%) an der Befragung.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragungen aller beteiligten Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer zeigen eine sehr breite Zustimmung und Zufriedenheit mit dem Förderpraktikum.

Insbesondere das Betriebspraktikum findet bei einer großen Mehrheit der Schülerinnen und Schüler Zustimmung: Drei Viertel der Befragten finden es interessant, haben Spaß daran und fühlen sich im Praktikumsbetrieb wohl. Noch verbreiteter ist die positive Bewertung des Praktikums im Hinblick auf das Arbeitsleben und den zukünftigen Beruf. Mehr als vier Fünftel meinen, einen guten Einblick und vielfältige Informationen über diese Bereiche zu erhalten.

Eine nicht ganz so breite, jedoch auch klar mehrheitliche Zustimmung findet der curricular und organisatorisch neu gestaltete schulische Teil der Maßnahme. Rund zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler glauben, im Unterricht viel Nützliches für ihr späteres Berufsleben zu lernen. Der Unterricht in der neuen Klasse macht ihnen Spaß und sie fühlen sich jetzt wohl in der Schule. Mehr als zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler sind sogar stolz auf ihre Teilnahme am BUS-Programm. Die beteiligten Lehrkräfte werden überwiegend gut beurteilt.

Das weitaus häufigste Motiv für die Teilnahme am Förderpraktikum ist zu Maßnahmebeginn die Erwartung, die Chance auf eine Ausbildung zu verbessern, verbunden mit der Hoffnung, diese im Praktikumsbetrieb selbst absolvieren zu können. Am Ende der Maßnahme haben allerdings deutlich weniger Teilnehmer beider Jahrgänge entsprechende Erwartungen und Hoffnungen, insbesondere viele Mädchen scheinen resigniert zu haben. Ein größerer Einblick in die angespannte Ausbildungssituation sowie Absagen von Praktikumsbetrieben dürften für diese Ernüchterung bei einem Teil der Schülerschaft verantwortlich sein. Gleichwohl behalten Ausbildung und Arbeit beim Gros der Teilnehmer ihren Stellenwert. Und ebenfalls gleich bleibend hoch ist der Anteil derer, die ihr Engagement und ihre Leistungsbereitschaft positiv einschätzen. In den BUS-Klassen sind jeweils mehr Schülerinnen und Schüler als in den Vergleichsklassen bereit, jeden Ausbildungsplatz zu nehmen, an konkreten Berufswünschen hält nur noch eine Minderheit fest.

Von ihren Familien wie auch von ihren Freundinnen und Freunden erfahren die meisten Förderpraktikumsteilnehmer Zustimmung und Unterstützung, und zwar zu Beginn der jeweiligen Maßnahme wie auch an deren Ende. Die qualitativen Interviews illustrieren dies anschaulich. Erhebliche Unterschiede zu den Vergleichsklassen finden sich überraschenderweise auch hier nicht, so dass offenbar weder besondere familiäre Belastungen noch mangelnde Peergroup-Integration als Ursache vorangegangener Schulschwierigkeiten in Betracht kommen.

Eine ähnlich positive Einschätzung der Förderpraktika ist auch bei den am BUS-Programm beteiligten Lehrerinnen und Lehrern erkennbar. So beurteilen knapp 70% der befragten Lehrkräfte das BUS-Projekt insgesamt als gut bis sehr gut, weitere 23% würden dem Projekt eine befriedigende Note geben. Kleine Lerngruppen und die Arbeit in Betrieben haben aus Sicht der Lehrkräfte Schulerfolg und Arbeitshaltung verbessert. Als besonders positiv werden hierbei die Chancen und Perspektiven, welche sich den Schülerinnen und Schülern durch die Teilnahme eröffnen, sowie deren Entwicklung innerhalb des Schuljahres beurteilt. Insbesondere in den Bereichen „Motivation“ und „Selbstvertrauen“ erkennen die Lehrerinnen und Lehrer positive Entwicklungen.

Mit ihrer neuen Arbeitssituation zeigen sich die Lehrkräfte so zufrieden, dass fast alle ein weiteres Förderpraktikum übernehmen wollen. Gut bewertet wird durchweg auch die Zusammenarbeit mit Praktikumsbetrieb, Arbeitsamt und Jugendhilfe. Ebenfalls positiv ist ihrem Eindruck nach die Resonanz bei Eltern, Schulleitungen und Kollegen.

Fazit

In zwei Durchgängen haben rund 3000 Jugendliche mit ungünstiger Schulabschlussprognose an der Befragung teilgenommen. Obwohl wir insgesamt von einem deutlichen Erfolg des Modellvorhabens ausgehen, bedarf diese Bewertung zweier Einschränkungen:

Zum einen bezieht sie sich nur auf die praktische Gestaltung der Maßnahme sowie auf deren Akzeptanz und deren Wirkungen bei den Beteiligten, insbesondere den Schülerinnen und Schülern. Dies war der Gegenstand unserer Untersuchung, die sich damit nur auf einige, allerdings wichtige Erfolgsbedingungen beziehen konnte. Letztes entscheidendes Erfolgskriterium ist natürlich der Übergang – und der Verbleib – in Ausbildung und Erwerbsarbeit. Ob und inwieweit dies gelingt, wird erst eine Studie erweisen können, die die Erfolgsquote von Maßnahmeabsolventen mit einer ähnlich zusammengesetzten Kontrollgruppe ohne Maßnahme vergleicht.

Zum Zweiten wird die positive Bewertung des Vorhabens relativiert durch die beträchtlichen Abbrecherquoten von jeweils fast einem Fünftel. Dass nicht alle oder fast alle Schülerinnen und Schüler zum Abschluss der Maßnahme geführt werden konnten, lässt sich zum einen jedoch mit dem Verweis auf eine besondere Problemgruppe innerhalb der insgesamt schon mit Schulproblemen belasteten Teilnehmerschaft plausibel begründen. Immerhin haben vier Fünftel einer Risikogruppe durchgehalten, die ansonsten vollständig aus dem Schulbereich und der Ausbildungswelt heraus gefallen wären.

Möglicherweise haben auch Gründe, die nicht nur in der Person der Abbrecher liegen, zum vorzeitigen Ende eines Förderpraktikums geführt, z.B. unattraktive Praktikumsplätze oder mangelnde Unterstützung durch Lehrkräfte. Dies herauszufinden war im Rahmen unserer Untersuchung allerdings nicht mehr möglich.

Trotz der genannten Einschränkungen bleibt festzuhalten, dass die Förderpraktika als ein Unterstützungssystem für diejenigen Jugendlichen gelten können, die ansonsten kaum Chancen hätten, einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle zu bekommen. Unterstützungssystem meint, dass die benachteiligten Schülerinnen und Schüler durch bestimmte schulische und betriebliche Maßnahmen Hilfestellungen erhalten, die das Verlassen der Schule mit einer positiven Perspektive ermöglichen. Nach unseren Untersuchungsergebnissen sollten die Förderpraktika der BUS-Maßnahme als Regeleinrichtung an denjenigen Haupt- und Gesamtschulen eingeführt werden, in denen ein großer Anteil der Schülerschaft in die gefährdete Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit ungünstigen Schulabschlussprognosen verbunden mit einer drohenden beruflichen Ausgrenzung einzuordnen ist. Mit den Förderpraktika kann diese Schülergruppe für das schulische Lernen remotiviert werden, Kompetenzen für den erfolgreichen Einstieg in Ausbildung und Arbeit erwerben und eine realistische berufliche Perspektive entwickeln.

11 Sekundarstufen I und II an der Gesamtschule Berger Feld der Stadt Gelsenkirchen

Monika Schulte, Gesamtschule Bergerfeld

11.1 Zielgruppe:

Die Zielgruppe des Projektes sind SchülerInnen im 10. Schulbesuchsjahr, die nach Einschätzung der Lehrkräfte keine Chance mehr haben, den Hauptschulabschluss nach Klasse 9 (HA9) im 10. Pflichtschuljahr zu erreichen. Es handelt sich um SchülerInnen aus der 7., 8., und 9. Jahrgangsstufe. Kennzeichnend für die Jugendlichen ist, dass sie Lernschwächen aufweisen und dadurch den theoretischen Anforderungen im Regelunterricht nicht gewachsen sind. Zum Teil handelt es sich um sozial instabile Persönlichkeiten, die den „Schutzraum Schule“ weiterhin für ihre Entwicklung dringend benötigen. Um in die Praxisklasse aufgenommen zu werden, müssen die Jugendlichen grundsätzlich dazu bereit sein, sich den Anforderungen der LehrerInnen zu stellen. Schließlich ist für die Aufnahme in das Projekt die Unterstützungszusage der Erziehungsberechtigten zwingend erforderlich. Voraussetzung für eine Aufnahme ist ferner, dass die SchülerInnen die deutsche Sprache auf einem Niveau beherrschen, dass sie dem Unterricht folgen können.

11.2 Die schulische Seite des Projektes „Praxisklasse“

Im Rahmen der Praxisklasse werden die im regulären Lehrplan vorgegebenen Stundenrichtwerte für die einzelnen Unterrichtsfächer verringert. Der Unterricht in der Praxisklasse wird nach einem abschluss- und arbeitspraktisch orientierten Curriculum durchgeführt (herausgegeben vom Ministerium für Schule, Jugend und Kinder). Zu den Unterrichtsfächern zählen Deutsch, Mathematik, Englisch, Gesellschaftslehre (und Arbeitslehre), Naturwissenschaften, Sport und Kunst.

Der Unterricht in der Praxisklasse erfolgt montags, dienstags und freitags von 7.50 bis 13.15 Uhr. An den beiden übrigen Tagen leisten die SchülerInnen ein Praktikum in einem Betrieb. Die zeitliche Lage der Praktikumsstage wurde in dieser Art gewählt, damit die SchülerInnen am Freitag noch die Gelegenheit haben, ihre Erfahrungen aus dem Praktikum aufzuarbeiten. Die Bündelung des Praktikums an zwei aufeinander folgenden Tagen kommt darüber hinaus den betrieblichen Interessen entgegen. Der Montag bietet den SchülerInnen an der Schule die Gelegenheit, die privaten und möglicherweise das Lernen beeinflussenden Erfahrungen vom Wochenende aufzuarbeiten.

Anders als im regulären Schulunterricht liegt die pädagogische Priorität in der Praxisklasse nicht primär in der Vermittlung von fachlichem bzw. theoretischem Wissen. Ein zentrales Ziel besteht demgegenüber in einer Art „Lebenshilfe“. Hierzu zählt die Entwicklung von sozialen Kompetenzen, wie der Umgang mit anderen Menschen, Freundlichkeit und z.B. das Verhalten in einem Betrieb. Die Entwicklung dieser Kompetenzen stellt die Voraussetzung für das theoretische Lernen dar und muss diesem deswegen vorangestellt werden.

11.3 Die betriebliche Seite des Projektes „Praxisklasse“

Bisher hat es sich als besonders tragfähig erwiesen, dass die Jugendlichen ihr Praktikum in kleineren Betrieben bzw. Familienbetrieben absolvieren. Die in diesen Betrieben bestehende Sozialstruktur kann häufig für die Jugendlichen eine Art Familienersatz darstellen. Zum Teil fühlen sich die Betriebsinhaber auch über die Arbeit hinaus für die Entwicklung der Jugendlichen zuständig und nehmen Kontakt zur Schule auf, wenn sich Probleme mit den Jugendlichen ergeben. Es hat sich zudem gezeigt, dass sich die Betriebe für die Jugendlichen, die sie über ein ganzes Jahr im Praktikum haben, in einem viel größeren Maße verantwortlich fühlen, als für Jugendliche im Rahmen des traditionellen dreiwöchigen Praktikums.

Die Klassenlehrerinnen der Praxisklasse besuchen die SchülerInnen mittwochs und donnerstags in den Praktikumsbetrieben; pro Lehrerin steht hierfür jeweils ein Tag zur Verfügung, an dem sieben bis acht SchülerInnen aufgesucht werden. Sie führen dort Gespräche mit den betrieblichen Verantwortlichen über die Jugendlichen und verschaffen sich einen eigenen Eindruck vom Verlauf des Praktikums. Von den Betrieben wird diese Art der Fürsorge sehr gut aufgenommen. Wichtig ist, dass man sich als betreuende Lehrerin auf den Betrieb einstellt, d.h., dass man ein Gespür entwickelt, wie oft, wann und wie lange ein Betriebsbesuch erforderlich und geeignet ist.

11.4 Elternarbeit

Durch regelmäßige Beratungstermine, ggf. Hausbesuche, sind die Eltern als Erziehungsverantwortliche zur Zusammenarbeit mit der Schule und den Betrieben verpflichtet worden.

11.5 Erfolge und Probleme des Projektes:

Nach Abschluss des ersten Projektjahres 2000/2001 konnten von 13 TeilnehmerInnen sechs in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden. Vier SchülerInnen wechselten in das Berufsgrundschuljahr, ein Schüler besuchte die Handelsschule, und ein Schüler absolvierte ein Förderpraktikum „Ausbildung und Arbeit“ bei einem Weiterbildungsträger. Eine Teilnehmerin brach die Praxisklasse auf Grund einer Schwangerschaft ab und wechselte wieder in die Regelklasse.

Alle SchülerInnen erhielten den Hauptschulabschluss nach Klasse 9.

Im zweiten „BUS“-Schuljahr 2001/2002 konnten von 14 TeilnehmerInnen fünf in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden. Bei einem Schüler wurde das Ausbildungsverhältnis vorzeitig (nach vier Wochen) beendet. Sechs SchülerInnen wechselten in das Berufsgrundschuljahr; davon besucht eine die Vorklasse. Eine Schülerin geht zur Abendrealschule und ein weiterer Schüler absolviert ein Förderpraktikum „Ausbildung und Arbeit“. Ein Schüler arbeitet in einem Dienstleistungsunternehmen. Eine Schülerin musste wegen hoher Fehlzeiten der Regelklasse wieder zugeführt werden. Sieben SchülerInnen erhielten den Hauptschulabschluss nach Klasse 9.

Wir bekommen bisher von Betrieben, in denen die SchülerInnen Praktika leisten, überwiegend positive Rückmeldungen. Für eine produktive Kooperation zwischen Schule

und Praktikumsbetrieben ist es dabei sehr wichtig, die betrieblichen Verantwortlichen über die möglichen schulischen Perspektiven der PraktikantInnen, die in der Mehrzahl keinen Hauptschulabschluss erlangen werden, aufzuklären. Hierbei ist es von zentraler Bedeutung, die betrieblichen Vertreter darauf hinzuweisen, dass die Jugendlichen nach einer erfolgreichen Berufsausbildung auch automatisch den Hauptschulabschluss der Klasse 9 erlangen.

Für die Mehrzahl der Jugendlichen, die bisher in die Praxisklasse aufgenommen wurden, zeigte es sich bisher nicht als Problem, ob sie den richtigen Beruf für sich gefunden haben. Die Jugendlichen sind zumeist sehr dankbar darüber, dass sie überhaupt einen Praktikumsplatz gefunden haben und dass sie möglicherweise die Aussicht auf eine Übernahme in ein Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis besteht. Nach unseren Einschätzungen hat die Teilnahme an der Praxisklasse bei den meisten Jugendlichen das Selbstbewusstsein signifikant gesteigert. Dies resultiert insbesondere daraus, dass sie in den Betrieben – anders als bisher beim theoretischen Lernen in der Schule – im Rahmen der praktischen Arbeit positive Erfahrungen machen, Erfolgserlebnisse haben und Lob für ihre Leistungen bekommen.

Ebenfalls haben wir bisher sehr positive Rückmeldungen über die Eignung der Jugendlichen von den Betrieben erhalten. Die intensive Betreuung in der Praxisklasse scheint dabei möglich werden zu lassen, die Potenziale der einzelnen Jugendlichen und die Anforderungen des jeweiligen Betriebs in Übereinstimmung zu bringen. Gegenwärtig konnten jedoch noch nicht genügend kleinere Betriebe für das Projekt gewonnen werden, d.h. die Akquisition muss zukünftig verstärkt werden. Grundsätzlich zeigt es sich dabei als Problem, dass auch andere Schulen der Umgebung derartige Betriebe suchen, so dass sich eine Art Konkurrenz zwischen den Schulen um diese Betriebe entwickelt.

Wie allgemein bekannt ist, ist die wirtschaftliche Situation mehr als angespannt. Das hat auch Auswirkungen auf die Bereitstellung von Lehrstellen. Es ist unter Umständen damit zu rechnen, dass die Zahl der Abgänger aus der „BUS“-Klasse, die einen Ausbildungsplatz erhalten werden, demnächst geringer sein wird als in den Vorjahren.

12 Berufswegplanung im Kreis Groß-Gerau

Monika Käseberg, Kompetenzagentur Groß-Gerau

Der Kreis Groß-Gerau ist ein Landkreis im südlichen Rhein-Main-Gebiet mit 250.000 Einwohnern. Er leidet am und profitiert vom Frankfurter Flughafen, er ist gleichzeitig ehemalige Industrieregion mit nun sinkenden Arbeitsplätzen und aufstrebende Dienstleistungsregion. Fährt man über Landstraße durch den Kreis Groß-Gerau z.B. von Wiesbaden nach Darmstadt, dann ist auffällig, wie viel bewirtschaftete Ackerbaufläche es mitten im Rhein-Main-Gebiet gibt.

Diese Rahmenbedingungen haben u.a. dazu geführt, dass es insbesondere im Norden des Kreises eine bunte Vielvölkermischung gibt, in der Altersgruppe der unter 30jährigen haben in einzelnen Kommunen bis zu 50 % keinen deutschen Pass. Das Spektrum reicht von schulisch sehr gut integrierten Kindern hochqualifizierter Beschäftigter der Fluggesellschaften bis zu Kindern der Arbeitsmigranten die vor Jahren noch sehr gut ohne formale Qualifizierung und ohne Sprachkenntnisse gut bezahlte Arbeit fanden und nun von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind.

Der Kreis Groß-Gerau und die ihn umgebenden Großstädte verfügen auch heute noch über ein breites Spektrum attraktiver Ausbildungsplätze. Große Firmen wie Merck, Opel aber auch die großen Banken und Versicherungsgesellschaften schreiben ihre Ausbildungsplätze bundesweit aus. Die auf den ersten Blick im Bundesvergleich durchaus passable Lehrstellenrelation nutzt so nur den wirklich gut qualifizierten Jugendlichen, diejenigen ohne Hauptschulabschluss, aber auch mit mäßigem Hauptschulabschluss oder Realschulabschluss profitieren nicht vom Angebot, die Konkurrenz ist groß und reist aus dem gesamten Bundesgebiet an.

Diese Ausgangslage führte dazu, dass bereits seit Mitte der 90iger Jahre im Kreis Groß-Gerau konsequent auf den unterschiedlichen Ebenen daran gearbeitet wird, die Ausgangslage für den Übergang von der Schule in den Beruf insbesondere benachteiligter Jugendlicher zu verbessern. Grundgedanke ist hierbei, dass es nicht darum gehen kann, mit einigen wenigen Jugendlichen prima Modelle zu installieren, sondern im Regelsystem von Schule und Jugendhilfe die Strukturen so zu gestalten, dass Probleme und drohendes Versagen frühzeitig erkannt werden können und Unterstützung möglichst unmittelbar und ohne aufwändige Maßnahmen erfolgen kann. Als ein wichtiger Baustein ist so neben dem Netzwerk Ausbildung und Beruf, das den fachlichen Austauschrahmen darstellt, den Beratungsstellen Ausbildung und Arbeit als Clearingstelle zwischen der Schule und sich anschließenden Perspektiven nun flächendeckend Schulsozialarbeit (mit mindestens 2 MitarbeiterInnen pro Schule) an allen Sekundarstufe I-Schulen eingerichtet wurde. In den Abgangsklassen ist ein Schwerpunkt der Schulsozialarbeit der Übergang Schule Beruf.

Berufswegplanung als Strukturelement, wie sie im Folgenden beschrieben wird, richtet sich an alle SchülerInnen der Sekundarstufe. Anbetracht der zahlreichen zur erwartenden Brüche in der beruflichen Vita der heutigen Schüler/innen ist es wichtig, dass alle

Gelegenheit haben, sich mit den Themen rund um Ausbildung, Arbeit, Geld und Lebensplanung auseinander zu setzen. Hierbei geht es keinesfalls um „Berufslenkung“ und auch nicht um das Vertiefen von Berufsbildern, sondern um die Qualifizierung des Prozesses wie ein Mensch zu einer Entscheidung kommt, wie er oder sie die eigenen Fähigkeiten einschätzt und nutzt und wie er oder sie sich Unterstützung verschaffen kann. Wir gehen davon aus, dass wenn Berufswegplanung für alle stattfindet, es automatisch auffällt wer in diesem Kontext ohne oder mit mangelnder Perspektive ist und der Unterstützung bedarf.

Berufswegplanung als Strukturelement kann nur funktionieren wenn es Garanten der Kontinuität gibt. Das Konzept im Kreis Groß-Gerau sieht die verbindliche Kooperation schulischer und außerschulischer Akteure vor. Der Dreiklang aus Beratungsstellen Ausbildung und Arbeit als die externen Fachleute, der Schulsozialarbeit als diejenigen mit dem außerschulischen Blick innerhalb von Schule und den LehrerInnen als den fachlich für den Unterricht Zuständigen führt die nötigen Kompetenzen zusammen und ermöglicht es gemeinsam mit weiteren Partnern wie Berufsberatung, Jugendförderung usw. ein Angebotsspektrum vorzuhalten, mit dem jeder einzelne der Akteure allein überfordert wäre.

12.1 Berufswegplanung was verbirgt sich dahinter?

Das Problem

Trotz zahlreicher Bemühungen ist es sowohl für die Jugendlichen als auch für LehrerInnen oder Eltern ein Problem sich ein klares Bild zu verschaffen über

- Notwendigkeiten der Vorabklärung von Berufswunsch und – Wahl und Ausbildungsmarkt
- All die Aspekte die in der individuellen Berufsvorbereitung schon gelaufen sind
- Bemühungen, Erfolge und Misserfolge bei Praktikasuche oder Ausbildungsplatzsuche
- Nötige Unterlagen wie Bewerbungsschreiben, Lebenslauf usw.
- Ergebnisse von fachlichen Auseinandersetzungen mit dem Thema Berufs- und Arbeitswelt

.....und dies alles auch immer zum rechten Zeitpunkt parat zu haben.

Ein Weg zur Lösung: Berufswegplanung!

Berufswegplanung ist ein Konzept das in der Fachdiskussion in Kreis Groß-Gerau im Rahmen der AG Jugend und Beruf, ein Fachgremium der sehr unterschiedlichen Akteure im Übergang Schule und Beruf von Schule über Jugendhilfe, Berufsberatung, Jugendberufshilfe bis zu Kammern, Ehrenamtlern und Schulverwaltung und Schulämtern, entstanden ist.

Zur Umsetzung hat der Kreis Modellmittel aus dem Bundesjugendplan Modell Kompetenzagenturen beantragt, die auch bewilligt wurden.

Im Rahmen einer Modelllaufzeit bis 2006 haben die Beratungsstellen Ausbildung und Arbeit des IB in Groß-Gerau und der VHS in Rüsselsheim je eine zusätzliche Personalstelle erhalten um die Konzeptentwicklung und Implementierung in der Region auf den Weg zu bringen. Bereits bei der Beantragung des Modells wurden Schulen im Kreis als Kooperationspartner angesprochen. Um möglichst breit Beteiligung zu schaffen wurden zwei integrierte Gesamtschulen und zwei Haupt und Realschulen, gleichmäßig in allen Regionen des Kreises verteilt, angesprochen.

Ziel des Modells ist es, zunächst an den einzelnen Schulen ein „Grundcurriculum“ zu entwickeln, aus dem dann im Austausch und in der Auswertung der Erfahrungen ein Grobraster für den Kreis insgesamt werden soll, dass an alle Schulen weiter gegeben wird. Jede Schule hat dann die Möglichkeit dieses Grundraster nach der jeweiligen Bedarfslage anzuwenden, zu variieren oder auszubauen. So soll sicher gestellt werden, dass unabhängig vom Engagement einzelner LehrerInnen ein Konzept, Material und innerschulische Vereinbarungen darüber bestehen, wie der Übergang von der Schule in den Beruf gut und verlässlich gestaltet werden kann.

Was ist Berufswegplanung nun genau?

Berufswegplanung sammelt alle bisherigen Aktivitäten auf dem Feld der beruflichen Orientierung und Vorbereitung an der Schule wie z.B.

- Lebenslauf, Bewerbungsschreiben
- Was kann ich gut, was liegt mir
- Gesammelte Werke Arbeitslehre/ Berufe/ Wirtschaft
- Schwächen und kritische Punkte
- Welche Interessen habe ich warum
- Praktika, wo , wie war's, wie oft beworben, Perspektiven
- Berufsberatung
- Was tue ich als nächstes
- Wo beworben (Schule Ausbildung usw.)
- Und und und und.....

Berufswegplanung führt dies zu einem nachvollziehbaren Ganzen zusammen.

Berufswegplanung ist ein schulbezogenes Konzept und Curriculum, in das alles was aus Sicht der Fachleute relevant ist einfließt und verbindlich festgelegt wird

- und zwar was in der Schule selbst zum „Standardprogramm“ gehört
- Was die Berufsberatung bietet was 3. von außen bieten
- Und was noch erfunden und entwickelt werden muss

Am Ende stehen 3 „Produkte“:

1. Ein verbindlicher Jahresplan für die 8. 9. und 10 Klassen/ das Curriculum dass sowohl die unterrichtsbezogenen als auch die durch Externe geleisteten Inhalte und Aktion benennt und festlegt.

2. Die Alles drin-Mappe

Diese ist ansprechend gestaltet und sammelt alles was im Prozess der beruflichen Orientierung passiert. Diese Mappe gehört den SchülerInnen.

3. und eine Konferenz/Fachgespräch. Diese Konferenz/ Fachgespräch findet als Klassenkonferenz/Jahrgangskonferenz entweder zu Beginn des letzten Schulbesuchsjahres/ oder und zu den Zwischenzeugnissen statt. Hier nehmen Teil: LehrerInnen, Arbeitsamt, Fachstellen Jugendberufshilfe. Für jeden Schüler/jede SchülerIn wird individuell geschaut, wie der Stand ist. Diejenigen die über keine gesicherte Perspektive verfügen werden von den Fachstellen Jugendberufshilfe über das Ende der Sek. I Zeit hinweg begleitet und betreut, oder es wird eine andere Form der Begleitung gefunden.

Wer soll das alles tun??

Konzeptentwicklung erfolgt gemeinsam durch die Fachstellen Jugendberufshilfe/Kompetenzagenturen

und

- Schule (eine überschaubare Gruppe von LehrerInnen, vielleicht eine AG im Rahmen des Schulprogramms)
- Schulsozialarbeit
- Ggf. örtliche Jugendpflegen
- Berufsberatung
- Ggf. Dritte

Umsetzung

- Die Fachstellen Jugendberufshilfe
- Arbeitsamt, Schule, Schulsozialarbeit, Jugendförderung und ggf. weitere Akteure je nach Ausgangssituation an der Schule
- jede/r im jeweiligen Zuständigkeitsbereich, bzw. in Kooperation

Was hat man davon?

Es existiert am Ende ein Raster der Inhalte, Angebote und Aktionen die im Prozess des Überganges von der Schule in den Beruf sinnvoll sind, sowie ein schulbezogener Zeitrahmen wann was statt findet.

Es ist klar wer welche Aufgabe in diesem Prozess übernimmt, das muss nicht jährlich oder bei Klassenlehrer/ArbeitslehrelehrerInnenwechsel neu diskutiert werden.

Das Curriculum ist im Schulprogramm verankert oder es gibt eine schulinterne Vereinbarung danach zu verfahren.

Problematische Verläufe werden frühzeitig erkannt und die Verantwortlichkeit für ein „umsteuern“ wird festgelegt.

Auch nach Ende der Schulzeit wird sicher gestellt, dass unversorgte Jugendliche einen AnsprechpartnerIn, Begleitung oder einen ‚Kümmerer‘ haben.

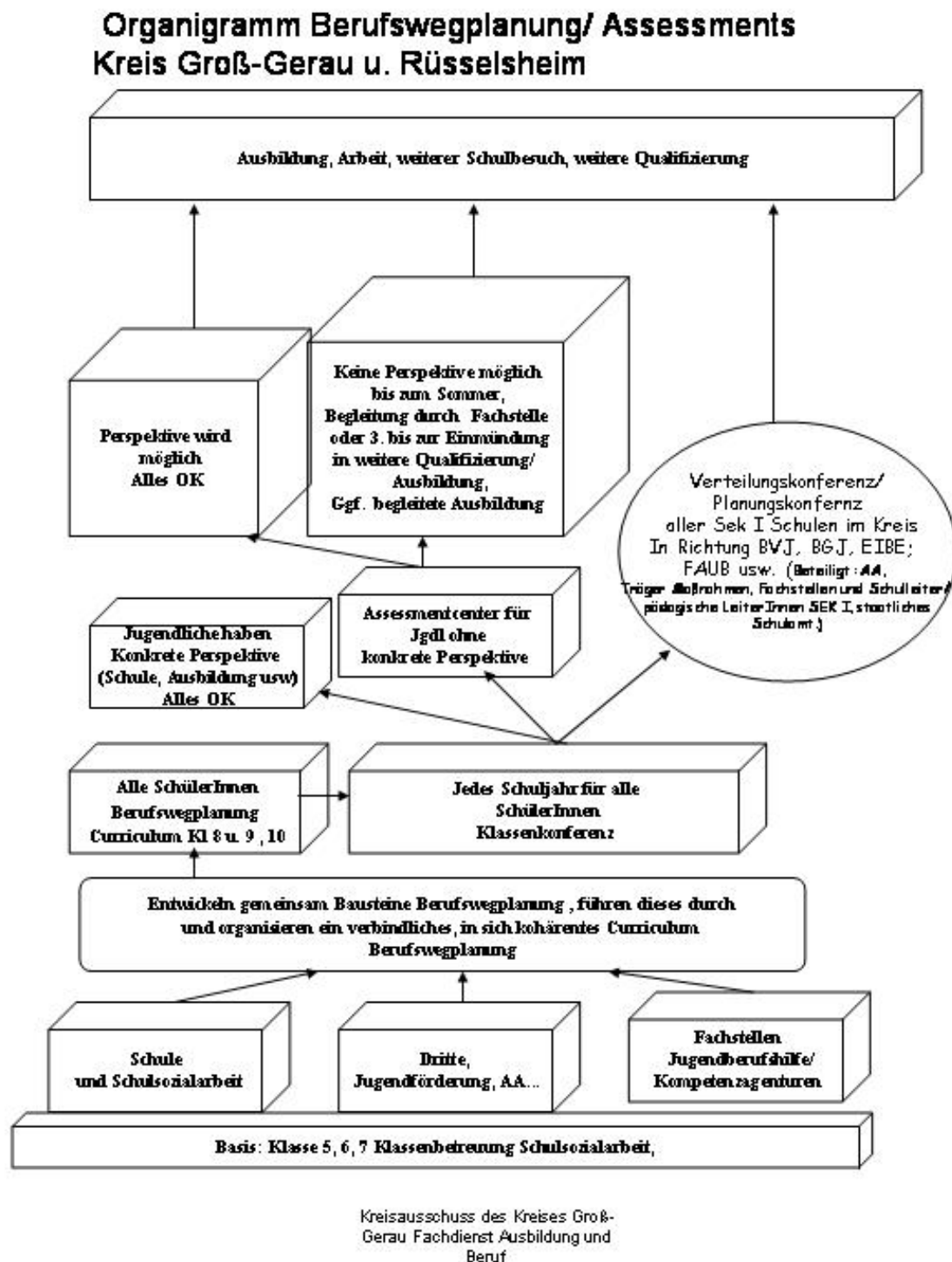
Durch die regelhafte Einbindung von dritten (Beratungsstellen, Arbeitsamt usw.) über die bisherigen Kooperationen hinaus erhöht sich der Benefit für die Schule, fachlich neue und bewährte Methoden der beruflichen Orientierung und Vorbereitung und der Begleitung junger Menschen können schneller Eingang in die alltägliche Arbeit finden.

Neue KollegInnen können sich in eine bestehende Struktur einbinden und müssen nicht alle inhaltlichen, methodischen und praktischen Fragen für sich allein klären und immer wieder neu erfinden.

Die langfristige Einführung von Berufswegplanung als Standardangebot an allen Schulen erhöht den Erfolg des Überganges zum nächsten Qualifizierungsschritt für die jungen Menschen.

Die Vernetzungskonferenz zwischen Schulen und Beruflichen Schulen und Maßnahmen, kann effektiver genutzt werden, erforderliche Angebote können besser und eher geplant werden.

Idealtypischer Verlauf der Berufswegplanung

**Aktueller Stand**

Zurzeit befinden wir uns im 2. Jahr der Modelllaufzeit, die ersten Jahresraster stehen, Bausteine sind fest gelegt. Nun beginnen die Mühen der Ebene. Kann der Terminplan eingehalten werden, wie arbeiten die Klassenlehrer/innen oder Arbeitslehrelehrer/innen mit den Mappen. Klappt das Sammeln und Archivieren des relevanten Wissens und fin-

den es die Lehrer/innen dort wo sie es suchen? Wie aufwändig sind die geplanten Assessments zur Stärken-/Schwächenanalyse. Wie viel Arbeit werden wir damit haben, die Materialien auf dem Laufenden zu halten und an jeder Schule die Kommunikationsstruktur so zu gestalten, dass Störungen und Misslingen frühzeitig auffallen und angegangen werden können. Schon heute gibt es neben den vier Schulen die wir ursprünglich angesprochen hatten zwei Weitere, mit denen an ähnlichen Strukturen gearbeitet wird, wir sind optimistisch im Laufe der nächsten Jahre den Part Berufswegplanung als verbindliches Element auf dem Weg zur 9. oder 10 Klasse Realität werden zu lassen.

13 Diskussionsergebnisse

Abschließend werden hier die zentralen Ergebnisse der Diskussionen in den drei Arbeitsgruppen der Tagung thesenartig zusammengefasst. Es wird deutlich, dass trotz vielfältiger Ansätze zur Gestaltung des Übergangs „Schule – Beruf“ sowie engagierter Beispiele ihrer Umsetzung in die Praxis und den Alltag von Schulen auch weiterhin das koordinierte Handeln aller in diesem Feld tätigen Akteure nötig sein wird, um neue Wege der Problemlösung zu gehen.

13.1 Arbeitsergebnisse und Thesen - AG 1

Kooperation Schule - Wirtschaft: Unternehmerisches Handlungsfeld "Berufswahlorientierung"

Moderatorinnen: Sirikit Krone, Brigitte Micheel

- Eine der grundsätzlichen Aufgaben wird darin gesehen, das Wissen auf beiden Seiten zu verstärken. Schule und die dort Handelnden müssen besser informiert sein über die Anforderungen und den Berufsalltag in Betrieben und umgekehrt reichen die Informationen in den Unternehmen über den Schulalltag sowie die potenziellen Auszubildenden nicht aus.
- In den Fokus sollten hierbei verstärkt die Lehrkräfte rücken, die häufig auch wenig zu Ausbildungsvoraussetzungen, Betriebsalltag und neue Berufsbilder wissen und dementsprechend ihren Unterricht nicht an den Erfordernissen des zukünftigen Berufs- bzw. Ausbildungsalltag ihrer SchülerInnen orientieren können.
- Hier erweisen sich in der Praxis Betriebspraktika auch für Lehrkräfte als sehr hilfreich, die Erfahrungen zeigen, dass beide Seiten davon profitieren und ggf. Vorbehalte abgebaut werden können.
- Ebenfalls schaffen gezielte Weiterbildung bzw. die Anreicherung der Lehrerausbildung mit wirtschaftlichen und betrieblichen Themen dauerhaft das als notwendig erachtete know-how für eine fruchtbare Kooperation zwischen Schulen und Betrieben.
- Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen sollten auf Dauer angelegt sein, um die notwendigen Erfolge zu erbringen. Zunächst ist eine Vertrauensbasis zu schaffen und die jeweilige andere 'Lebenswelt' kennen zu lernen. Mittelfristig können Synergien hergestellt werden und Konzepte weiterentwickelt bzw. präzisiert werden. Nach einem 'Probelauf' während eines Schuljahres können Modelle erprobt werden und dann über Jahre hinweg mit einem weitaus geminderten Aufwand wiederholt oder in Teilen modifiziert erneut umgesetzt werden. Damit bleiben die Ressourcen wie 'Zeit', 'manpower' und 'Kosten' für beide Seiten in einem überschaubaren Rahmen.
- Um eine funktionierende Kooperation aufzubauen wird häufig eine externe Unterstützung benötigt, um die unterschiedlichen Vorstellungen aus "zwei Welten" zu ü-

berbrücken und sinnvoll für ein gemeinsames Ziel miteinander zu verknüpfen. Hier können die Unternehmensverbände eine wichtige Rolle übernehmen, um beiden Beteiligten den win-win-Effekt zu vermitteln.

- Innerhalb der Unternehmen und der Schulen werden feste AnsprechpartnerInnen, die längerfristig für den Bereich der beruflichen Orientierung zuständig sind, benötigt. Da sich viele kleine und mittlere Unternehmen damit personell überfordert sehen, in diesen Betrieben aber absolut die meisten Ausbildungsplätze zu vergeben sind, müssen hier überbetriebliche Wege beschritten werden. Auch hier können die Wirtschaftsverbände eine entscheidende Funktion übernehmen, um Kooperationen überbetrieblich zu initiieren und zu betreuen.
- Berufsorientierung muss in der Schule bereits frühzeitig beginnen. Sie ist als ein langfristiger, über Jahre zu entwickelnder Prozess anzulegen, in dem Informationen weitergegeben werden, Praktika stattfinden, schulfachliches Wissen im Hinblick auf berufliche Anforderungen vermittelt wird etc., um am Ende einer 10-jährigen Schulbahn fundiert eine bewusste Entscheidung für einen Ausbildungsberuf treffen zu können. Ein Problem besteht heute oft in der Unwissenheit bzw. dem beschränkten Wissen der SchülerInnen und einer daraus resultierenden wenig reflektierten und fundierten eher spontan getätigten Wahl eines Ausbildungsberufes.
- Für die berufliche Orientierung ihrer SchülerInnen können und sollten sich Schulen aller Schultypen engagieren und Kontakte mit Unternehmen aufnehmen und pflegen. Neben den Gymnasien, den Haupt- Gesamt - und Realschulen sind hier auch explizit Sonderschulen gefragt, sich dieser Thematik zu stellen. Hier gilt es sicher noch in den nächsten Jahren Vorurteile auch auf Unternehmensseite auszuräumen und verstärkt für Kooperationen zwischen Sonderschulen und Betrieben zu werben und z.B. Praktikumsplätze für SonderschülerInnen zu akquirieren.
- In den Schulen gibt es bereits eine Vielzahl von Lehrkräften, die sich -teilweise weit über das normale Maß hinaus- sehr engagiert für Betriebskontakte und eine damit verbundene berufliche Orientierung ihrer SchülerInnen einsetzen und viele Wege gefunden haben, um erfolgreiche Kooperationen auf den Weg zu bringen. Sie sehen sich allerdings häufig durch die Schulleitungen und die Kollegien nicht adäquat unterstützt und fordern verstärkt eine Anerkennung und Wertschätzung ihrer (zusätzlichen) Arbeit.

13.2 Arbeitsergebnisse und Thesen - AG 2

Kooperation Schule – Arbeitsverwaltung/Verbände: Partner in lokalen Netzwerken

ModeratorInnen: Alexia Hölscher, Dirk Langer

- Deutschland befindet sich, ebenso wie andere hoch entwickelte Wirtschaftsnationen, gegenwärtig auf dem Weg in die „Wissengesellschaft“. Deutlich wird dieser Entwicklungstrend, wenn man die unterschiedlichen Arbeitsmarktrisiken verschiedener Qualifikationsgruppen miteinander in Beziehung setzt: Je niedriger die berufliche Qualifikation, desto größer das Arbeitslosigkeitsrisiko! Während die Arbeitslosenquote von Hochqualifizierten in den vergangenen Jahrzehnten auf einem niedrigen Niveau verblieb und auch Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung unterdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren, verschlechterten sich die Arbeitsmarktchancen von Un- und Angelernten erheblich. Selbst innerhalb der Gruppe der Personen mit einem dualen Berufsabschluss wird der „klassische“ Bildungsweg von der Hauptschule in die Ausbildung erheblich an Bedeutung verlieren, zu Gunsten der Schulabsolventen mit Fachoberschulreife (Realschulabschluss) und einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Darüber hinaus wird der Bedarf an Fach- bzw. Hochschulabsolventen weiter ansteigen.
- Die **Bundesagentur für Arbeit** hat nach dem III. Sozialgesetzbuch den Auftrag Berufsorientierung zu betreiben. Dieses Ziel beinhaltet die Förderung der Berufswahlkompetenz der Schüler, damit sie eigenverantwortlich und selbstständig Berufswahlentscheidungen im Rahmen ihres Übergangs von der Schule in das Erwerbsleben treffen können. Die Bundesagentur für Arbeit hat ihrem gesetzlichen Auftrag nach auch Auskunft und Rat über alle, die Berufswahl betreffenden Fragen, zu erteilen (§ 29 SGB III) und nutzt dabei die folgenden Instrumente:
 - **Information:** Die Bundesagentur für Arbeit informiert in den Schulen mit Orientierungsveranstaltungen, Schriften zur Berufswahlorientierung, einem Gesamtüberblick zu den Ausbildungsberufen (BERUF AKTUELL) oder im Berufsinformationszentrum (BIZ) der regionalen Arbeitsagentur über Berufe und aktuelle Ausbildungsangebote.
 - **Beratung:** Die Bundesagentur für Arbeit bietet die Möglichkeit zu einem persönlichen Beratungsgespräch. In Beratungsgesprächen erhalten die Jugendlichen eine fachlich fundierte Unterstützung und haben die Möglichkeit, eigene Vorstellungen, Begabungsschwerpunkte und Selbsteinschätzungen im Hinblick auf eine realistische Berufswegeplanung kooperativ zu entwickeln.
 - **Ausbildungsvermittlung:** Der Auftrag zur Ausbildungsvermittlung ist in § 35 SGB III festgeschrieben. Ziel der Vermittlungstätigkeit ist es, dass Arbeitgeber geeignete Auszubildende und Ausbildungsplatzbewerber eine geeignete Ausbildungsstelle erhalten. Dabei sind die Anforderungen der angebotenen Stellen sowie Neigung, Eignung und Leistungsfähigkeit der Ausbildungssuchenden zu berücksichtigen.

- Für die **Industrie- und Handelskammern** ist die Ausbildungsberatung eine zentrale Aufgabe für die Mitgliedsunternehmen und die Auszubildenden. Die Betreuung während der beruflichen Ausbildung ist nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) eine der Pflichtaufgaben der Industrie- und Handelskammer. So bestellt die IHK Ausbildungsberater, die die Berufsausbildung in den Unternehmen durch Beratung fördern und überwachen. Sie stellen vor allem auch die Eignung der Ausbildungsbetriebe und die fachliche wie auch persönliche Eignung der Ausbilder für ein beantragtes Berufsbild fest. Ferner besteht eine wesentliche Aufgabe der IHK darin, zum Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsstellen in der Region beizutragen. In diesem Kontext werden zum Beispiel Berufsinformationsveranstaltungen durchgeführt. Darüber hinaus nutzt die IHK moderne Medien für die Information von Lehrern und Schülern, wie die Internet-Lehrstellenbörse und den Internet-Lehrstellenatlas, um ein möglichst großes Maß an Transparenz auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu erzielen.
- Die Berufswahl der Schulabsolventen ist erstaunlich unflexibel über mehrere Jahre betrachtet. Bei den männlichen Auszubildenden sind es vor allem der Kraftfahrzeugmechaniker, der Maler und Lackierer sowie der Elektroinstallateur, die die Liste der realisierten Berufswünsche anführen. Bei den jungen Frauen dominieren die Bürokauffrau und die Einzelhandelskauffrau vor der Friseurin und der Arzthelferin. Viel zu wenig Beachtung finden die neuen Ausbildungsberufe. Hier fehlt es offenbar an Informationen über Berufsinhalte und Ausbildungsmöglichkeiten.
- Berufswahl ist ein sehr komplexer und umfassender Prozess, in dem nach wie vor die Eltern eine Schlüsselrolle wahrnehmen, ohne jedoch dabei immer über ausreichende Informationen zu verfügen. Vielfach besteht das Problem darin, Eltern nicht im notwendigen Umfang bereits in einer ersten Phase der Berufsorientierung in der Schule zu erreichen.
- In der Diskussion der Arbeitsgruppe wurde das Modell einer „Ausbildungspatenschaft“ aus dem Podium vorgestellt. Ausbildungspaten sind ehrenamtliche Mitarbeiter, die Jugendliche bei ihren ersten Schritten in die Berufswelt begleiten und zu einem Bindeglied zwischen Auszubildenden und Ausbilder werden, um bspw. im Konfliktfall den Ausbildungserfolg junger Menschen zu gewährleisten. Die Patenschaften beginnen bereits in den Abschlussklassen der allgemein bildenden Schulen. Dabei kooperieren Ausbildungspaten eng mit Lehrern, der Berufsberatung der Agentur für Arbeit und der Wirtschaft. Für die Jugendlichen besteht somit die Chance, einen vertrauten und kompetenten Ansprechpartner zu erhalten, insbesondere wenn Eltern mit dieser Rolle überfordert sind. Das Modell der Ausbildungspatenschaften ist beim Referat „Kirche und Arbeitswelt“ des Bistums Münster in Recklinghausen angesiedelt.
- Jugendliche müssen frühzeitig in der Schule auf die Herausforderungen der Berufswahl und der Arbeitswelt vorbereitet werden! Eine Möglichkeit über die Zusammenarbeit mit der IHK und der Bundesagentur hinaus ist eine verstärkte Kooperation mit der Wirtschaft in der Berufswahlorientierung. Schüler und Lehrer erfahren durch die Kooperation mit Betrieben konkret die Anforderungen der Arbeitswelt.

Möglichkeiten der praktischen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft helfen zudem eigene Fähigkeiten besser einzuschätzen, tragen zur Transparenz von Berufsbildern bei und erhöhen die Lernmotivation der Schüler durch die Verknüpfung von Theorie und Praxis. Auf Seiten der Lehrer werden hiermit die eigenen Berufsberatungskompetenzen verbessert.

13.3 Arbeitsergebnisse und Thesen – AG 3

Kooperation Schule – Jugendberufshilfe: Benachteiligtenförderung – Qualifizierung für die berufliche Bildung

Moderatoren: Karin Esch / Sybille Stöbe-Blossey

- Ein wesentliches Element von erfolgreichen Maßnahmen in der Benachteiligtenförderung besteht darin, eine Partnerschaft zwischen Eltern, Schule und Jugendberufshilfe herzustellen. Insbesondere die Kooperation zwischen Schule und Elternhaus stellt hierbei ein besonders zu beachtendes Problemfeld dar.
- Um den individuell unterschiedlichen Bedürfnissen von Schüler/inne/n gerecht zu werden, müssen die von Schule und Jugendberufshilfe erbrachten Leistungen entsprechend passgenau sein. Dies bedeutet, dass das Unterstützungssystem flexibler und diversifizierter wird. Ein wichtiger Meilenstein ist hierbei die nahtlose Zusammenarbeit zwischen den bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Akteuren, verbunden mit der entsprechenden Verknüpfung ihrer jeweiligen Maßnahmen.
- Betriebe, die mit Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf zusammenarbeiten, müssen während der Ausbildungszeit begleitet werden. Es muss verbindlich geklärt werden, wer diese Aufgabe übernimmt.
- Dies bedeutet, dass Strukturen aufgebaut werden müssen. Die Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen dürfen nicht länger von persönlichen Kontakten abhängig sein. Den Betrieben müssen konkrete Ansprechpartner zur Verfügung stehen, um etwaige Problem in Kooperation zwischen Jugendlichen, Eltern, Schule und Betrieb möglichst frühzeitig zu lösen.
- Sinnvoll wäre darüber hinaus die Konzeption von entsprechenden Tools zum Umgang mit benachteiligten Jugendlichen, bspw. in Form eines Handbuchs und/oder einer Online-Beratung/Plattform für die Betriebe.
- Bislang ging die Bildungspolitik davon aus, dass Probleme der Benachteiligung innerhalb der normalen Bildungsgänge und Bildungseinrichtungen aufgegriffen und behoben werden können. Es wird aber immer mehr deutlich, dass die Regelinstitutionen nicht mehr in der Lage sind, den Herausforderungen allein gerecht zu werden. Förderprogramme für Jugendliche müssen deshalb frühzeitiger einsetzen – nicht erst kurz vor der „ersten Schwelle“ in den Arbeitsmarkt. Oft sind die Probleme der Jugendlichen bereits „zementiert“, wenn die Jugendberufshilfe einschreitet. Anzeichen der Benachteiligung sind jedoch häufig bereits im frühen Kindesalter feststellbar.
- Die Sensibilisierung der Bildungs- und Erziehungseinrichtungen für Indikatoren von Benachteiligung bei Kindern und Jugendlichen ist notwendig. Der Erkennung von Benachteiligungen muss eine unmittelbare Lösungsstrategie folgen. Eine verbesserte horizontale und vertikale Kooperation über die Grenzen der einzelnen Institutionen hinweg ist hierbei hilfreich.

- Konkret bedeutet dies, dass Bildungs- und Erziehungseinrichtungen in verstärktem Umfang miteinander kooperieren und hierbei insbesondere mit unterstützenden anderen Einrichtungen (bspw. Jugendberufshilfe, Kammern, Allgemeiner Sozialdienst, Gesundheitsamt) besser vernetzt sind (horizontaler Aspekt). Aufgrund der starken Segmentierung des Bildungssystems entstehen viele Schnittstellendefizite, weshalb das vertikale Zusammenspiel zwischen den Bildungsinstanzen zu verbessern ist.
- Wenn eine frühzeitige und individuelle Begleitung erfolgt, sind auch die meisten „schwierigen“ Jugendlichen zu motivieren. Hierzu müssen den Akteuren des Bildungs- und Erziehungssystems größere Spielräume geschaffen werden, um pragmatische Lösungen zu initiieren, die einer Benachteiligung entgegen wirken. Dabei sind in einem verstärkten Ausmaß Anreiz- statt Sanktions- und Kontrollmechanismen durch Politik und Verwaltung zu etablieren.
- Angesichts der Arbeitsmarktlage besteht die Gefahr, dass trotz Qualifizierung keine Integration in das Arbeitsleben möglich ist. Diese Gefahr ist in bestimmten Regionen besonders hoch. Hier ist dringend die Entwicklung von Konzeptionen und eine entsprechende Umsetzung zur Bewältigung dieser Herausforderung notwendig. Hierbei sollten Erfahrungen, sowohl aus früheren Konzepten als auch aus aktuellen Debatten und Entwicklungen im In- und Ausland genutzt werden.
- Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund verfügen trotz des langjährigen Besuchs einer deutschen Schule nur über mangelhafte Kenntnisse in der deutschen Sprache. Dies ist insbesondere in den Regionen der Fall, die durch einen überproportional hohen Migrantenanteil gekennzeichnet sind. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer intensiven, nachhaltigen Sprachförderung vom Elementarbereich über die weiterführenden Schulen hinweg.